Deutschland
3,00 €

2|12

Jetzt im neuen Layout!

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Ernst Elitz
Markus Beckedahl
Dieter Gorny
Wolfgang Huber
Gerald Mertens
Ulla Schmidt
und viele andere

Kultur für alle
Der Zugang zu Kunst und Kultur ist Menschen mit einer Behinderung häufig verstellt. Dabei ist Barrierefreiheit auf dem Vormarsch. Seite 4 und 5

Lebensqualität
Sparzwänge wirken sich auf die kulturelle Infrastruktur aus. Ist demografisches Krisenmanagement mit Lebensqualität zu vereinbaren? Seite 7 und 8

Kulturjournalismus
Das Feuilleton erfreut sich großer Beliebtheit unter Lesern und Journalisten. Doch wie sieht die kulturpolitische Berichterstattung aus? Seite 15 bis 19

Krieg im Netz
Urheberrechtler stehen im World Wide Web Netzaktivisten und Internetriesen gegenüber. Wer kämpft wofür und warum? Seite 20 bis 22

Medienmacht

»Falsch, falsch, falsch. Nur Sie haben Recht. Und da die Sonne so schön scheint, sollten wir's dabei belassen.« Das schrieb mir Kai Diekmann, der Chefredakteur der Bild-Zeitung, im April 2010, weil ich die Berichterstattung der Bild-Zeitung über den Deutschen Kulturrat kritisiert hatte. Im Nachhinein erst wird mir bewusst, dass ich damals wohl großes Glück gehabt habe. Man stelle sich einmal vor, die Sonne hätte nicht schön geschienen und Herr Diekmann hätte es nicht dabei belassen.

Die Medien sind nicht nur eine unverzichtbare Kontrollinstanz der Demokratie, sie haben auch Macht! Und Macht muss immer kontrolliert werden. Diese Kontrolle darf aber nicht vom Staat organisiert werden, da die grundgesetzlich geschützte Pressefreiheit das richtigerweise ausschließt, sondern sie muss durch die Medien selbst erfolgen. Doch bislang scheinen die Medien zu einer solchen Selbstkontrolle nur in Ansätzen bereit zu sein. Wenn zum Beispiel im Frühjahr des letzten Jahres Dutzende von Feuilleton-Journalisten zu einer Reise nach Peking eingeladen wurden, um sich die von Deutschland initiierte und finanzierte Ausstellung »Die Kunst der Aufklärung« anzusehen, wundert das fast durchweg positive Echo über die Ausstellung in deutschen Medien wenig. Nicht dass man mich missversteht, gerne sollen Journalisten auch weiterhin kostenlos zu den Konzert- und Opernpremieren und zu den Ausstellungseröffnungen eingeladen werden, aber sie sollten dann bei ihren Kommentaren und Kritiken ihr eigenes Handeln mit bedenken.

Medien müssen sich gegen Einflussversuche wehren. Aber die Kritik an Medien ist weder unstatthaft noch automatisch eine Einschränkung der Pressefreiheit. Medien müssen mehr bereit sein, ihr eigenes Handeln auch öffentlich zu diskutieren.

Das gilt selbstverständlich auch für Politik & Kultur, die mit dieser Ausgabe in neuem Gewand ihr zehnjähriges Erscheinen erlebt. Eine Zeitung, die von einem Verband, dem Deutschen Kulturrat, finanziert wird und trotzdem nicht sein Zentralorgan ist, hat in diesen Jahren einige Versuche der Einflussnahme abwehren müssen. Einige zählen noch heute die Zeilen der erschienenen Artikel, um nachzuweisen, dass die Redaktion eine politische Kraft mehr zu Wort kommen lassen würde als die andere. Einige finden auch, dass die Sektionen, also die Mitglieder des Deutschen Kulturrates, Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung von Politik & Kultur haben sollten. Aber unter dem Strich kann man nach zehn Jahren sagen, dass die Unabhängigkeit der Redaktion sowohl von der Politik wie auch von den Kulturverbänden durchweg begrüßt und geachtet wird.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: JUDYWIE / PHOTOCASE.COM

Kultur des Digitalen

In Schweden wird der grenzenlose Datenaustausch zum Kult, gar zur Kirche erhoben. In Deutschland verhärten sich die Fronten zwischen Verfechtern des Urheberrechts und sogenannten Netzaktivisten.

PETRA BAHR

Die Meldung wurde in Deutschland unter der Rubrik Skurrilitäten vermeldet: Die Gemeinschaft der »Kopisten« wird in Schweden vor einigen Wochen als Kirche anerkannt. Nach monatelangen Auseinandersetzungen mit Verwaltungen und Öffentlichkeit ist die bislang größte Copyaktion der digitalen Welt geglückt: Eine Netzgemeinde inszeniert sich als religiöse Gemeinschaft, die sich vor dem Kult freier Nutzung aller Informationen ohne jede Schranke beugt.

Das geistige Eigentum wird kommunisiert, der digitale Körper wie das Allerheiligste gefeiert. Das Kalkül: Was den hohen Schutz der Religionsfreiheit genießt, ist praktisch unangreifbar geworden vor dem regulierenden Eingriff des Staates. »STRG plus C« hat nun den Rang eines heiligen Zeichens. Die Meldung aus Schweden ist deshalb bemerkenswert, weil mit der Religionstauglichkeit einer digitalen Community etwas auf die Spitze treibt, was auch in Deutschland längst kulturkämpferische Ausmaße zeigt. Die sprachlichen Anleihen bei der Religion sind deshalb keineswegs zufällig. Es geht ums Ganze, um letzte und um vorletzte Dinge, um Orientierungen und Erlösungssehnsüchte.

»STRG plus C« hat nun den Rang eines heiligen Zeichens.

Schon die Selbstbeschreibung der »Netzgemeinde« lässt stutzen. Denn die Frage muss ja erlaubt sein: Wer ist das denn? Offenbar hat sich in der nur vermeintlich schrankenlosen und hierarchiefreien digitalen Gesellschaft längst eine Kerngemeinde gebildet, die die Deutungshoheit über das beansprucht, was in dieser Gesellschaft gelten soll. Es erinnert an eine gnostische Religionsgemeinschaft, wenn es der Selbstbeschreibung nach den Kern der Eingeweihten gibt, die dem Heiligtum totaler Datenfreiheit offenbar schon ganz nahekommen, während die »Kirchenfernen« vielleicht Mitglieder sein mögen, die die Dimension des neuen Raumes aber noch nicht verstanden haben. Nur die Erwählten wissen, dass die Gesetze der analogen Welt intra muros ecclesiae nicht gelten könnten. In der Religionssoziologie ist diese Vergemeinschaftsform ein Indiz für religiösen Fundamentalismus: die Aufhebung der weltlichen Gesetze zugunsten eines heiligen Rechts, das in der Sondergemeinschaft gilt, auch wenn es »die Welt da draußen« nicht oder noch nicht versteht. Die missionarische Verve, mit der die Verfechter der Aufhebung vermeintlich altertümlicher Ideen wie der Persönlichkeitsrechte oder des geistigen Eigentums an Ideen, Projekten und Werken für ihre schöne neue Welt schrankenloser Transparenz und Teilhabe werben, hat etwas Eiferndes.

Längst ist deshalb aus der Auseinandersetzung um Urheberrechtsfragen im Netz mehr und anderes geworden. Hinter der Frage von Deregulierung oder Überregulierung von geistigem Eigentum, von Copyright und Zugangsbeschränkungen schimmern große alte existentielle Fragen durch, die immer stärker an die Oberfläche kommen. Es geht um viel mehr als um Sinn und Unsinn von Fristen, Zugangsbeschränkungen und Persönlichkeitsrechten. Es geht um die Frage, wem das Netz gehört, ja – philosophisch gewendet – wer die sein wollen, die sich als Kommunikanten in der digitalen Welt versammeln. Kurz: Es geht um Kultur im grundsätzlichen Sinne; um das, was wirklich Bedeutung hat und seine Symbole. Postprivacy, Postintimacy, Post-Identity – hinter diesen Sprachschöpfungen hipper Netzphilosophen, die zu übersetzen man sich Mühe machen sollte, um zu realisieren, worum es geht, steckt eine tiefgreifende Änderung der Leitvorstellungen, die, oft nach harten Kämpfen, das Fundament der bürgerlichen Gesellschaft seit dem 18. Jahrhundert bestimmt haben. Mit den Vorstellungen der Integrität der Persönlichkeit und ihrer Geheimnisse, ihrer kreativen Möglichkeiten, ihrer wie auch immer opaken Identität, ist das Verhältnis zwischen dem Selbst und seiner Umwelt bestimmt: Ein poröses, verletzliches, veränderbares, aber unter allen Umständen schützenswertes Grenzverhältnis. Um es gleich vorwegzunehmen: Ich finde es richtig, dass endlich über die großen Fragen gestritten wird. Dieser Streit gehört in die Mitte der Gesellschaft. Er ist nicht in Expertengremien zwischen Juristen und IT-Experten zu entscheiden, weil es um unser Selbstverhältnis und

Es geht um viel mehr als um Sinn und Unsinn von Fristen, Zugangsbeschränkungen und Persönlichkeitsrechten.

in diesem um die politische Frage geht, wie wir uns in Zukunft vergesellschaften wollen. Pathos und scharfe Töne können da helfen. Deshalb ist dieser Streit auch nur vordergründig ein Generationenkonflikt zwischen denen, die das Internet noch nutzen, als lebten sie in der analogen Welt mit Postfächern und Absendern, und denen, die sich als Digital Natives in den Netzen der digitalen Kommunikation selbst entwerfen und kein rein analoges Selbst mehr ausfindig machen könnten oder wollten. Mag sein, dass die alten Leitvorstellungen von dem, was Individualität, Geheimnis der Person, schöpferischer Eigensinn und ähnliche Pathosformeln bedeuten, in hohem Maße erklärungsbedürftig sind. Von selbst haben sie sich noch nie verstanden. Doch achselzuckend darüber hinweggehen, um dann mit religiöser Inbrunst vom »öffentlichen Schatz an Schöpfungen« zu reden, der allen gehört und endlich dem öffentlichen Raum (welchem?) zurückzugeben sei, wie es die Piratenpartei in ihrem Programm fordert, einer ansonsten erklärtermaßen religionsfeindlichen Partei, verleitet zur altmodischen Religionskritik.

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 2/2012
ISSN 1619-4217
B 58 662

AKTUELLES

Wert der Kreativität
Olaf Zimmermann 03

LÄNDERSACHEN

Inklusive Kulturarbeit in Oberbayern
Petra Kellermann 04

Alle Menschen haben ein Recht auf Kultur
Ulla Schmidt im Interview 05

Zukunftsaufgabe Inklusive Kulturarbeit
Werner Kraus 05

Kultur und Bundesfreiwilligendienst
Kerstin Hübner 06

Erst die Arbeit, dann die Kultur?
Gerald Mertens 07

Die Kunst des Verdichtens
Philipp Oswalt 07

Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität
Max Fuchs 08

EUROPA

Und alle Fragen offen
Andreas Kämpf 09

Mommert meint
Wilfried Mommert 09

WEITE WELT

Das Leben mit der Kunst
Marcus Hernig 10

Nahostansichten: Rationalität und Logik der Macht
Reinhard Baumgarten 11

KULTURELLE BILDUNG

Freikarten für kulturelle Teilhabe
Birgit Mandel 12

KULTURLEBEN

Luther 2017: Die Ambivalenz des Reformators
Wolfgang Huber 13

Kommentar zur Nominierung Joachim Gaucks zum Bundespräsidenten
Regine Möbius 13

Dreißig Silberlinge
Andreas Kolb 14

Ferdinand Grimm – der unbekannte Bruder
Georg Ruppelt 14

Kulturmensch 14

THEMA

Kulturpolitikjournalismus:

Die Maus im Keller von Apple, Google und Facebook?
Theo Geißler 15

Die große Unbekannte
Ulrich Ruhnke 16

Schöne Form und harte Politik
Ernst Elitz 16

Kuschelzoo Kulturpolitik
Armin Conrad 17

Alles im Blick? Alles im Griff?
Stefan Braunshausen 17

Kulturpolitik im Rundfunk
Karl Karst 18

Special Interest Kulturpolitik
Torsten Casimir 18

MEDIALES

Im 8. Jahr preisverdächtig
Stefanie Ernst 19

Von Kodak zu Google
Helmut Hartung 19

NETZKULTUR

Kultur – noch analog oder schon digital?
Tabea Rößner, Dieter Gorny, Markus Beckedahl, Helga Trüpel, Mathias Richel, Paul Klimpel und Jörg Evers 20–22

Digitalisierung, Werte und Politik
Max Fuchs 22

DAS INTERVIEW

Der Legitimationsdruck hat zugenommen
Rolf Bolwin im Interview 23

WISSENSWERTES

Was tun, wenn das Einkommen nicht zum Leben reicht?
Rainer Fuchs 24

Blätterrauschen: soziokultur
Andrea Wenger 24

STELLUNGNAHMEN

Morde aufklären, Opfer unterstützen, Rassismus bekämpfen
Zivilgesellschaftliche Organisationen 25

Entwurf des EU-Rahmenprogramms »Kreatives Europa«
Deutscher Kulturrat 25

10 JAHRE POLITIK & KULTUR

Politik & Kultur ist für mich … 26

DAS LETZTE

Kurz-Schluss
Theo Geißler 28

Kurznachrichten 28

Impressum 28

DER AUSBLICK 3|12

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Mai 2012.
Dass Kulturinnen- und Kulturaußenpolitik zusammengehören, ist eigentlich eine Binsenweisheit, gerät aber oftmals in Vergessenheit. Um zu verdeutlichen, wie eng diese beiden kulturpolitischen Felder miteinander verschränkt sind und dass in einem zusammenwachsenden Europa neue Herausforderungen der Zusammenarbeit entstehen, wird in Politik & Kultur 3/12 die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Schwerpunkt sein.

Fortsetzung von Seite 1

Keine Frage: Wie die Persönlichkeitsrechte von Urhebern künstlerischer Werke, Drehbücher, Videos, Filme, Romane, Kompositionen, wissenschaftlicher Werke und journalistischer Beiträge mit dem Interesse derer vermittelt werden kann, die möglichst leichten Zugang haben wollen, bedarf der Diskussion. Aber die Interessen von Künstlerinnen und Künstlern nach einem angemessenen Auskommen in der analogen Welt (heißt: Miete, Krankenversicherung und nicht zuletzt das Laptop für die Kinder) als veraltete Leitkultur eines vergangenen Jahrhunderts zu brandmarken, ist schon allein deshalb fahrlässig, weil auch die digitale Welt von zurechenbaren Innovationen lebt. Das würden jedenfalls die mit den besten Geschäftsideen in der Garage immer noch behaupten. Lange war von einer digitalen Elite die Rede, die sich immer mehr von dem analogen Prekariat abgrenzt. In Zukunft werden wir auch über das digitale Prekariat reden. Und das trifft besonders die Kreativen, die mit ihrer Kunst Geld verdienen müssen. Mit dem Trick, alle im Netz Aktiven zu Prosumenten zu erklären, werden die Fragen nach dem Wert von Kreativität philosophisch geschickt umgangen und oft auch noch die handfesten ökonomischen Interessen verklärt.

Ja, irgendwie sind alle Menschen Künstler. Das wusste schon die Renaissance. Dieser Gedanke liegt der Idee des ineffabile, der Sakralität und Würde eines jeden Einzelnen letztlich zugrunde. Keine Frage, es gibt im Netz künstlerische Experimente von faszinierender Güte, die die alten Zurechenbarkeiten von Autorenschaft und Künstlergenie kritisch unterlaufen. Wer wollte auch ernsthaft bestreiten, dass sich das, was Kunst genannt wird, durch die digitalen Möglichkeiten verändert hat. Doch der harte Dualismus von analoger und digitaler Welt, der Widerstreit der zwei Reiche, die sich bekämpfen, obwohl die Vorherrschaft schon längst entschieden ist, war nicht nur religionsgeschichtlich die vornehmste Art der Realitätsverweigerung. Wir bleiben Bewohner beider Welten. Die eigentliche Herausforderung wird es deshalb sein, in der digitalen Welt, die das mythologische Zeitalter zumindest in der Rhetorik ihrer Heilsbringer noch nicht verlassen hat, eine Kultur der Aufklärung zu etablieren, eine gemeinsame Arbeit am Mythos, in der Chancen und Grenzen, Glück und Gefährdung ohne kulturpessimistische Geste, aber auch ohne visionäre Schönfärberei, zum Thema werden. Ich bin überzeugt davon, dass die kreativen Leistungen Einzelner als kritischer Kommentar zur eigenen Weltsicht so wertgeachtet werden können, dass Menschen sich in geschützte Räume künstlerischer Experimente (digital oder analog) zurückziehen können, ohne um ihre Existenz fürchten zu müssen. Es wird deshalb Zeit, dass die Debatte um Urheberrechte aus dem Schatten ihrer Rechtsfixierung herauskommt. Wir brauchen nicht nur eine digitale Kultur, wir brauchen dringend eine Kultur des Digitalen.

FOTO: EKD

Petra Bahr wurde 2006 erste Kulturbeauftragte des Rates der EKD

Petra Bahr ist Kulturbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland

10 Jahre Politik & Kultur

Ein Jahrzehnt liegt hinter uns. Die Zeitung für Kulturpolitik ist unlängst erwachsen geworden – inhaltlich wie optisch.

FOTO: TIM FLAVOR

Die Redaktion: Theo Geißler, Andreas Kolb, Olaf Zimmermann, Stefanie Ernst, Petra Pfaffenheuser, Barbara Haack, Gabriele Schulz und Andrea Wenger.

OLAF ZIMMERMANN UND THEO GEIßLER

10 Jahre Politik & Kultur sind: 2.284 Zeitungsseiten, 3 umfangreiche Dossiers, 4 Beilagenreihen, 7 Mal Vergabe des Politik & Kultur-Journalistenpreises, 7 Bücher »Aus Politik & Kultur«, glühende Telefondrähte zwischen Berlin und Regensburg, Eilsendungen mit Fotos und korrigierten Seiten, Redaktionssitzungen bis in die Nacht, Wutausbrüche über Fehlfarben, Freudentaumel über tolle Ausgaben, Engelszungen für säumige Autoren, Streit über Bilder, Umbauten über Umbauten, Nachtschichten bei der Herstellung, Herzklopfen beim Auspacken der gedruckten Ausgabe, immer wieder neue Ideen, wechselnde Schwerpunkte, wiederkehrende Themen, Entdeckungen, Reflexionen über Gott, Kultur und die Welt, kulturpolitische Auseinandersetzungen, heftiger Streit und liebevolle Versöhnungen, Pro und Contra, Freude bei der Erarbeitung neuer Ausgaben, graue Haare bei den Redakteurinnen und Redakteuren, neue technische Möglichkeiten, Treue zum guten alten Zeitungsdruck und und und …

Die Idee, eine Zeitung zu machen, ist schon fünf Jahre vor der ersten Ausgabe entstanden. Im Frühjahr 1997 lernten wir, der eine Kunsthändler und gerade erst seit einigen Wochen Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, der andere Herausgeber der »neuen musikzeitung« und Verleger, uns in Bonn kennen. Helmut Kohl regierte damals noch das Land, die sichtbare Bundeskulturpolitik heutiger Zeit war noch nicht erfunden und das Gefühl stand deutlich auf Veränderung. Der Deutsche Kulturrat hatte seit einigen Wochen mit »Kulturrat aktuell« seine erste kleine Zeitung, die aber mehr ein gedruckter Newsletter war. Bei diesem ersten Gespräch in Bonn wurde der Grundstein für eine Zeitung gelegt. Einer Verbandszeitung, die kein Zentralorgan sein sollte, meinungsstark und manchmal widerborstig, aber doch parteiisch und: unabhängig. In den kommenden Jahren kristallisierte sich das neue Projekt heraus. Die ewigen Bedenkenträger, die davor gewarnt hatten, dass die Herausgabe des Newsletters »Kulturrat aktuell« von den Mitgliedsverbänden des Kulturrates nicht geduldet und dem Geschäftsführer sicher das Genick brechen würde, hatten Unrecht. Die Diskussion um eine sichtbarere Kulturpolitik des Bundes beflügelte die Ideen weiter. Am 1. März 2002 erschien dann endlich die erste Ausgabe von Politik & Kultur, als Zeitung des Deutschen Kulturrates, von uns herausgegeben.

In den letzten zehn Jahren hat sich die Kulturpolitik fundamental verändert. Berlin, die deutsche Hauptstadt, Sitz des Deutschen Kulturrates und der Redaktion von Politik & Kultur, hat nichts vom beschaulichen Bonn. Kulturpolitik in der Berliner Republik bedeutet eine deutliche Aufwertung der Bundeskulturpolitik. Neue Themen wie Migration, Demografie und Religion rückten in den Fokus. Politik & Kultur konnte in dem letzten Jahrzehnt auch manche Themen setzen. »Computerspiele als Kunst«, »Die unbekannte Macht der Kirchen« und der »Unbekannte Muslim« sind einige der Schwerpunkte in Politik & Kultur, die Kulturpolitik gemacht haben.

Hunderte von Autorinnen und Autoren haben das Experiment Politik & Kultur durch ihre Texte befördert. Ihnen gilt unser besonderer Dank. Ein Dank aber auch an die politischen Gremien des Deutschen Kulturrates, die zehn Jahre lang die Unabhängigkeit von Politik & Kultur geachtet haben, obwohl so manche Veröffentlichung nicht auf ungeteilte Zustimmung stieß. Und auch die Kulturstaatsminister, die in den letzten zehn Jahren das Erscheinen der Zeitung finanziell unterstützt haben, haben sich jeder Einflussnahme auf die Inhalte von Politik & Kultur enthalten. Besonders wichtig für uns ist, dass die Anzahl der Leserinnen und Leser auch künftig kontinuierlich wächst.

Und wie weiter? Hoffentlich streitbar, aber in einem neuen schickeren, moderneren Gewand. Was schenken wir uns: einen kleinen Schwerpunkt zum Thema Kulturjournalismus. Was wünschen wir uns: Diskutieren Sie weiterhin mit!

Olaf Zimmermann und Theo Geißler sind Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: TILL BUDDE

Wert der Kreativität

Ist das Motto des diesjährigen Aktionstages »Kultur gut stärken« rund um den 21. Mai 2012, dem internationalen Tag der kulturellen Vielfalt.

OLAF ZIMMERMANN

Im Begriffspaar »Wert der Kreativität« werden sehr unterschiedliche Aspekte des künstlerischen Schaffens, des öffentlich geförderten Kulturbetriebs, der Vermittlung von Kunst und Kultur und nicht zuletzt der Kulturwirtschaft zusammengeführt. »Wert der Kreativität« heißt einerseits, dass Kreativität, dass vor allem das künstlerische Schaffen einen Wert für unsere Gesellschaft darstellt. In den künstlerischen Werken findet eine Reflexion der gesellschaftlichen Realität statt. Die gesellschaftliche Realität begegnet uns in der Kunst auf einer anderen Ebene, sie wird entkleidet von ihren Sachzwängen und Kompromissen. Das gilt sowohl für das zeitgenössische künstlerische Schaffen in der Schöpfung neuer Werke als auch in der Interpretation vorhandener Werke etwa in neuen Inszenierungen tradierter Stücke im Theater. Künstler können und dürfen Anarchisten sein. Sie können und dürfen in ihren Werken die Welt radikal in Frage stellen.

Dass Kunst offenbar ein Grundbedürfnis gesellschaftlicher Reflexion ist, belegen archäologische Funde, die uns heute einen Eindruck davon vermitteln, wie Menschen in früheren Epochen mit Kunst gelebt haben, was sie künstlerisch bewegt hat, was sie durch Kunst gedacht haben. Die ungebrochene Aktualität beispielsweise der griechischen Tragödien illustriert die Wirkungsmächtigkeit künstlerischer Imagination, die uns heute noch in den Bann schlägt. Und sie zeigt auch, welchen Wert künstlerische Leistungen für unsere gesellschaftlichen Debatten haben. Der Mensch lebt eben nicht vom Brot allein, sondern braucht die Reflexion in der Kunst.

»Wert der Kreativität« heißt aber mehr als den Wert von Kunst und Kultur für unsere Gesellschaft zu verdeutlichen. »Wert der Kreativität« bedeutet ebenso, dass es sich bei der künstlerischen Arbeit um eine Profession handelt. Dass es eben nicht egal ist, ob jemand nebenbei aus dem Fundus künstlerischer Werke Versatzstücke herausnimmt und diese neu zusammensetzt oder ob jemand eine eigenständige künstlerische Idee verfolgt. Dabei versteht es sich von selbst, dass Künstler sich mit den künstlerischen Ideen und Werken der Vergangenheit auseinandersetzen. Professionelle Kunst ist harte Arbeit. Darum werden Künstler an Musik- und Theaterhochschulen, an Kunstakademien, an Filmhochschulen und anderen Ausbildungsstätten ausgebildet. Gerade hier in der Ausbildung findet die Auseinandersetzung mit dem künstlerischen Schaffen der Vergangenheit und der zeitgenössischen Kunst statt.

Professionelle Kunst ist harte Arbeit.

Das Studium an künstlerischen Hochschulen ist mehr als eine Ausbildung, in der vor allem Fertigkeiten erworben werden. Die Studierenden setzen sich intensiv mit der Kunst auseinander und versuchen ihren eigenen künstlerischen Ausdruck, ihren eigenen Weg zu entwickeln. Dass dieses nicht nur für den tradierten Kanon der sogenannten Hochkultur wichtig ist, wird am Beispiel der Popakademie Mannheim deutlich, die sich der Ausbildung im Bereich der populären Musik verschrieben hat. Ohne professionelle Künstler, die sich ganz dieser Aufgabe widmen, die Beruf und Berufung in ihrem oftmals obsessiven Schaffen vereinen, würde die Kulturlandschaft sehr bald verarmen.

Und wenn künstlerische Arbeit ein Beruf ist, muss auch ein finanzieller Ertrag aus der Weitergabe dieser künstlerischen Werke gezogen werden können. Dann folgt daraus zwingend, für den Schutz des geistigen Eigentums einzutreten und zwar in seinen beiden nicht voneinander zu trennenden Elementen, dem Urheberpersönlichkeitsrecht und dem Verwertungsrecht. Im deutschen wie im kontinentaleuropäischen Urheberrecht gehören diese beiden Dimensionen des Urheberrechts unverrückbar zusammen. Die Verbindung von Werk und Urheber ist unauflöslich und der Urheber, also der Schöpfer, kann und muss die Entscheidung darüber treffen, ob und in welcher Form sein Werk veröffentlicht werden kann. (Dass es manchmal gut sein kann, wenn sich über den Willen des Urhebers nach seinem Tod hinweggesetzt wird, wird an der Veröffentlichung des Werks von Franz Kafka deutlich, dieses ist aber eine der seltenen Ausnahmen.) Und es ist das gute Recht des Künstlers, sein Werk zur kostenfreien Nutzung zur Verfügung zu stellen. Es ist aber ebenso sein gutes Recht, genau dieses nicht zu wollen, weil irgendwie auch sein Kühlschrank gefüllt werden muss.

»Wert der Kreativität« bedeutet auch, dass in vielen Fällen nach der Schöpfung eines Werkes eine Wertschöpfungskette in Gang gesetzt wird, in der verschiedene Akteure wirtschaftlichen Nutzen aus der Verwertung des Werkes ziehen. In diesem Sinne unterscheidet sich die Kultur- und Kreativwirtschaft nicht von anderen Wirtschaftszweigen. Auch in anderen Wirtschaftsbereichen gibt es eine Wertschöpfungskette von der unmittelbaren Produktion bis hin zum Verkauf an den Konsumenten. Dass die an diesem Prozess Beteiligten einen wirtschaftlichen Ertrag aus ihrer Arbeit ziehen müssen, versteht sich bei körperlichen Produkten von selbst, muss in der digitalen Welt als selbstverständliches Recht erst noch erkämpft werden.

Wie eng die sogenannten Verwerter künstlerischer Leistungen, also die Unternehmen der Kulturwirtschaft, mit den Künstlern verflochten sind, wird durch den vom Bundesverfassungsgericht im Jahr 1987 beim Rechtsstreit um die Künstlersozialversicherung geprägten Begriff des symbiotischen Verhältnisses auf den Punkt gebracht. Unter symbiotischem Verhältnis wird verstanden, dass Künstler und Verwerter eng miteinander verbunden sind und, wie bei einer biologischen Symbiose, für das Überleben einander brauchen. Dieses symbiotische Verhältnis ist übrigens nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes eine der Grundlagen, dass die Verwerter sich mit der Künstlersozialabgabe an den Kosten für die Sozialversicherung der freiberuflich arbeitenden Künstler in der Künstlersozialversicherung beteiligen.

»Wert der Kreativität« schließt auch die Finanzierung von Kultureinrichtungen sowie die finanzielle Unterstützung von freien Trägern ein. Kultureinrichtungen präsentieren künstlerische Werke. Künstler und Kultureinrichtungen stehen in einem engen Wechselverhältnis. Ohne Kultureinrichtungen gäbe es kaum professionelle Orte zur Präsentation von künstlerischen Leistungen, das gilt für alle künstlerischen Sparten gleichermaßen von Theatern, über Museen und Kunstvereine bis hin zu soziokulturellen Zentren. Kultureinrichtungen haben innerhalb des Gesamtgeflechts kulturellen Lebens eine wichtige Funktion. Sie sind die Orte der Präsentation von und des Austauschs über Kunst und Kultur. Sie bieten damit einen Raum für Reflexion und Auseinandersetzung über das eigene Leben, über die Gesellschaft, über Werte.

Ebenso leisten Kultur- und Bildungseinrichtungen wesentliche Beiträge in der Kulturvermittlung und kulturellen Bildung. Hier werden junge und alte Menschen an Kunst und Kultur heran-

Kulturelle Bildung vermittelt den Wert der Kreativität.

geführt. Sie können sich ausprobieren, erlernen künstlerische Praxen und finden unter Umständen so viel Freude daran, dass sie eine künstlerische Laufbahn einschlagen. Kulturelle Bildung vermittelt den »Wert der Kreativität«.

»Wert der Kreativität« ist das Motto des diesjährigen Aktionstages »Kultur gut stärken«. Der Deutsche Kulturrat lädt ein, sich unter diesem Motto zu beteiligen und mit eigenen Beiträgen für den »Wert der Kreativität« zu werben. Dabei können und sollen die Beiträge so vielfältig, so bunt, so unterschiedlich, so subversiv, so anarchisch, so bieder, so angepasst, so avantgardistisch, so … sein wie Kunst und Kultur eben sind. Lassen Sie uns gemeinsam am internationalen Tag für kulturelle Vielfalt, dem 21. Mai 2012, zeigen, dass der »Wert der Kreativität« die Voraussetzung für ein lebendiges kulturelles Leben ist. Machen Sie mit! Weitere Informationen finden Sie auf *www.kulturstimmen.de*.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

Inklusive Kulturarbeit in Oberbayern

Kulturelle Teilhabe von Menschen mit Behinderung stellt Kultureinrichtungen häufig vor Herausforderungen. Wie Exklusion in Inklusion umgewandelt werden kann, zeigt das Beispiel des Bezirks Oberbayern.

PETRA KELLERMANN

Im Juli 2011 hat der Kulturausschuss des Bezirkstages von Oberbayern die inklusive Kulturarbeit als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen seiner Kulturarbeit definiert. Bei der Entwicklung seiner inklusiven Kulturarbeit knüpft der Bezirk Oberbayern an erfolgreiche integrative Kulturmodelle der vergangenen Jahre an: Seit 2003, dem »Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderung«, wurden vom Bezirk Oberbayern integrative Kulturprojekte gefördert und veranstaltet, die die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung zum Ziel haben. Auf dem Weg zu einer inklusiven Kultur werden bestehende Projekte überprüft, inwieweit diese eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen am kulturellen Leben ermöglichen. Dabei gilt es, Menschen mit Behinderung gezielt in den Blick zu nehmen, Barrieren für gemeinsame kulturelle Teilhabe wahrzunehmen und abzubauen sowie Gemeinschaften zu bilden, die Vielfalt anerkennen.

FOTO: JUGENDREDAKTION EICHSTÄTT, ALEXANDRA RANK UND LINDA SEGER

»Mit den Ohren sehen«: Kinder-Kulturbegegnungstag bei den Oberbayerischen Kulturtagen 2011 in Eichstätt.

Die Oberbayerischen Kulturtage

Die Oberbayerischen Kulturtage sind seit 1980 fester Bestandteil der Kulturarbeit des Bezirks Oberbayern und leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des kulturellen und sozialen Miteinanders in den Regionen. Das gut einwöchige Festival findet alle zwei Jahre mit und in einem anderen Landkreis Oberbayerns statt und präsentiert mit rund 80 Veranstaltungen die ganze Bandbreite der Kultur: Musik, Theater, Tanz, Bildende Kunst, Literatur, Film, Medien und vieles mehr.

Inklusive Ausrichtung

Im Laufe der Jahre hat sich das Konzept der Oberbayerischen Kulturtage kontinuierlich weiterentwickelt. 2005 wurden die Schwerpunktbereiche »Regionalkultur« und »Jugendkultur« um den Bereich »Integrative Kultur« erweitert. Damit wurde ein besonderes Augenmerk auf Programmbeiträge gelegt, die das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung, verschiedener Generationen und Kulturen ermöglichen.

Für die Kulturtage 2011 wurde »Integrative Kultur« nicht mehr als eigener dritter Baustein – neben »Regionalkultur« und »Jugendkultur« – geplant, sondern in ersten Schritten versucht, »Inklusion« bei der Entwicklung und Durchführung des Festivals von Anfang an mitzudenken. Dabei stehen folgende Fragen im Vordergrund: Welche Einstellungen müssen sich ändern, damit gleichberechtigte und selbstbestimmte kulturelle Teilhabe in den Kommunen stattfinden und gelingen kann? Wie können gemeinsam inklusive Kulturangebote entwickelt und durchgeführt werden? Welche Fähigkeiten sind dafür erforderlich und wie können die Akteure vor Ort qualifiziert werden? Welche infrastrukturellen Barrieren müssen beseitigt werden? Und wie können inklusive Kulturangebote nachhaltig in den Kommunen verankert werden?

Vom Ideenworkshop zum Festival

Bereits eineinhalb Jahre vor den Kulturtagen lädt der Bezirk Oberbayern alle Interessierten eines Landkreises – insbesondere aus den Bereichen Kultur, Bildung und Soziales – zu Kreativ-Workshops ein. Unter dem Motto »Nicht für, sondern mit und von uns« sind Menschen mit Behinderung mit ihren unterschiedlichen kulturellen Bedürfnissen und Interessen von Anfang an mit dabei. Ziel dieses ersten Treffens ist es, die Menschen vor Ort für das Thema Inklusion zu sensibilisieren, Raum für neue Begegnungen zu schaffen und gemeinsam Ideen für das Festival zu entwickeln. Als Impulsgeber stellen überregionale Kulturschaffende erfolgreiche inklusive Projekte zur Diskussion. Um von den ersten Ideen zu konkreten Programmbeiträgen zu gelangen, initiiert das Festivalteam – bestehend aus Bezirk Oberbayern, Bezirksjugendring Oberbayern und der Austragungskommune – verschiedene Arbeitskreise. Bei diesen Treffen können sich die regionalen Akteure weiter vernetzen und Kooperationen zu überregionalen Künstlern – wie den Oberbayerischen Kulturpreisträgern – knüpfen. Rund acht Monate vor dem Festival sind die Programmbewerbungen beim Festivalteam einzureichen. Die Bewertung der eingereichten Beiträge und die Vergabe der Projektzuschüsse erfolgen nach den Kriterien der Teilhabe, Vernetzung, Innovation und Nachhaltigkeit. Die ausgewählten Veranstaltungen werden als Kooperationsprojekte geplant und durchgeführt. Mit jedem Partner schließt das Festivalteam einen Kooperationsvertrag, der alle inhaltlichen, finanziellen und organisatorischen Fragen regelt. Der Bezirk Oberbayern übernimmt die Koordination des Gesamtprogramms sowie die Öffentlichkeits- und Sponsorenarbeit und steht den Partnern auch bei der Realisierung beratend und unterstützend zur Seite. Bei den Oberbayerischen Kulturtagen 2011 in Eichstätt waren 100 Institutionen aus dem gesamten Landkreis mit mehr als 1.500 Mitwirkenden beteiligt. Kunst und Kultur wurden gemeinsam auf die Bühne gebracht und lockten über 32.000 begeisterte Besucher an.

»Mit den Ohren sehen« – die Welt des Anderen kennenlernen

Unter dem Motto »Mit den Ohren sehen« fanden 2011 in Eichstätt Kultur-Begegnungstage für Kinder mit und ohne Sehbehinderung statt. Erste Station war ein Besuch von Eichstätter Grundschülern im Bildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte (bbs) in Nürnberg. Hier erfuhren die Eichstätter, wie Texte in Blindenschrift entstehen und probierten auch selbst die Blindenschrift-Schreibmaschinen aus. Besonders beeindruckend war es für die Eichstätter Kinder, aus erster Hand zu erfahren, wie sehbehinderte und blinde Kinder von Sehenden behandelt werden möchten. Mit Spezialbrillen ausgestattet erprobten sie, wie es sich anfühlt, von anderen geführt zu werden. Danach war nicht nur die Hemmschwelle beseitigt, die Kinder wussten auch, wie sie einem Nicht-Sehenden künftig ihre Hilfe anbieten und ihn richtig über die Straße oder um Hindernisse führen können. Entspannung und neue Erfahrungen brachte den Kindern dann der Aufenthalt in einem Dunkelcafé. Am zweiten Begegnungstag stand für die Kinder ein gemeinsamer Besuch des Films »Lippels Traum« auf dem Programm. Ein professioneller Filmbeschreiber kommentierte live das Geschehen auf der Leinwand – so erfuhren die jungen Zuhörer und Zuschauer, wie ein »Hörfilm« für Blinde entsteht. Die Veranstaltung, an der über 600 Kinder teilgenommen haben, war eine Kooperation zwischen der Diözese Eichstätt, dem bbs, Grundschulen aus Eichstätt, dem Filmstudio Eichstätt sowie Hörfilm e.V. München. Aus diesem Projekt der Oberbayerischen Kulturtage ist eine dauerhafte Kooperation zwischen den beteiligten Einrichtungen entstanden.

Demenz-Poesie – Gedichte gegen das Vergessen

Demenzkranke haben weitgehend ihre kognitiven Fähigkeiten verloren, aber sie erinnern sich in der Regel noch gut an Texte und Melodien, die sie in ihrer Kindheit erlernt haben. Diese Erkenntnis hat sich die Psychologin und Literatin Pauline Füg zu Nutze gemacht und während der Kulturtage 2011 mit einem interdisziplinären Team Demenz-Poesie-Workshops initiiert. Das Konzept ist simpel wie erfolgreich: In Altenheimen und auf Pflegestationen werden auf sehr lebendige Weise Texte vorgetragen, die die Demenzkranken zum Mitsprechen, Singen und Bewegen animieren. Die Methode ist eine Art Gedächtnistraining mit Elementen der Ergo-, Psycho- und Musiktherapie. Über die Poesie gelingt es, die Kreativität und Lebensfreude der Patienten zu stärken und den Kontakt zwischen den Demenzkranken und deren Angehörigen zu verbessern. Damit das kein Einzelerlebnis bleibt, werden Pflegekräfte und Angehörige von Demenzkranken geschult, diese besondere Therapieform anzuwenden.

Nachhaltigkeit inklusiver Kulturarbeit in den Regionen

Wichtiges Ziel der Oberbayerischen Kulturtage ist die Nachhaltigkeit der gesetzten inklusiven Impulse in den Regionen. Der Bezirk Oberbayern berät auch weiterhin die in den Kommunen entstandenen Netzwerke und fördert inklusive Kulturangebote, damit diese zum selbstverständlichen Teil des kulturellen Lebens einer Region werden. Denn stabile Strukturen und neue Kooperationen zwischen Einrichtungen und Personen aus den Bereichen Kultur, Bildung und Soziales bilden die Basis für gelingende inklusive Kulturarbeit. Langfristiges Ziel des Bezirks Oberbayern ist es, zwischen den verschiedenen Initiativen der inklusiven Kulturarbeit ein funktionierendes Netzwerk in Oberbayern aufzubauen.

Weitere Informationen sowie Kurzfilme finden Sie auf *www.oberbayerische-kulturtage.de*.

Petra Kellermann ist Leiterin des Arbeitsgebiets Kultur beim Bezirk Oberbayern

? WISSEN

Barrierefreier Zugang zu Kultur

Auf dem Weg zur Inklusion, einem Veränderungsprozess, der alle Ebenen der Gesellschaft betrifft, können Kunst und Kultur eine wichtige Rolle spielen, da sie einen wesentlichen Teil des sozialen Lebens umfassen. Ins Theater zu gehen, ein Museum zu besuchen, ein Konzert zu hören oder selbst kulturell aktiv zu sein, all dies ist für Menschen mit einer Behinderung nicht selbstverständlich und oft mit hohen Hürden verbunden. Denn die Kulturangebote sind vielfach für sie nicht passgenau und die Strukturen der Kultureinrichtungen kommen den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen oft nicht entgegen. Die Kulturarbeit muss sich deshalb verändern. Artikel 30 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen bildet den Ausgangspunkt. Die Umsetzung läuft in der Bundesrepublik Deutschland allerdings erst schleppend an.

§ RECHTLICHES

Grundlage zur kulturellen Teilhabe

Seit März 2009 ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich. Grundgedanke ist die Inklusion, also die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Artikel 30 beschreibt das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben:

1. Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen, gleichberechtigt mit anderen am kulturellen Leben teilzunehmen, und treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen a.) Zugang zu kulturellem Material in zugänglichen Formaten haben; b.) Zugang zu Fernsehprogrammen, Filmen, Theatervorstellungen und anderen kulturellen Aktivitäten in zugänglichen Formaten haben; c.) Zugang zu Orten kultureller Darbietungen oder Dienstleistungen, wie Theatern, Museen, Kinos, Bibliotheken und Tourismusdiensten, sowie, so weit wie möglich, zu Denkmälern und Stätten von nationaler kultureller Bedeutung haben.

2. Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, ihr kreatives, künstlerisches und intellektuelles Potenzial zu entfalten und zu nutzen, nicht nur für sich selbst, sondern auch zur Bereicherung der Gesellschaft.

3. Die Vertragsstaaten unternehmen alle geeigneten Schritte im Einklang mit dem Völkerrecht, um sicherzustellen, dass Gesetze zum Schutz von Rechten des geistigen Eigentums keine ungerechtfertigte oder diskriminierende Barriere für den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu kulturellem Material darstellen.

4. Menschen mit Behinderungen haben gleichberechtigt mit anderen Anspruch auf Anerkennung und Unterstützung ihrer spezifischen kulturellen und sprachlichen Identität, einschließlich der Gebärdensprachen und der Gehörlosenkultur.

FOTO: DEUTSCHER BUNDESTAG / LICHTBLICK / ACHIM MELDE

Alle Menschen haben ein Recht auf Kultur

Stefanie Ernst im Gespräch mit Ulla Schmidt

Die SPD-Bundestagsfraktion hat als erste Fraktion überhaupt einen Antrag in einer besonders leicht verständlichen sprachlichen Ausdrucksweise, der sogenannten Leichten Sprache, in den Deutschen Bundestag eingebracht. In »Kultur für alle« (Drucksache 17/8485) wird ein gleichberechtigter Zugang von Menschen mit Behinderung zu Kultur, Information und Kommunikation gefordert.

Frau Schmidt, was waren die Beweggründe, die zur Beschäftigung mit dem Thema Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Kulturbereich führten und die in den Antrag »Kultur für alle« eingeflossen sind?
Aktuell diskutieren wir im Deutschen Bundestag die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Zentrale Forderungen der Konvention sind Barrierefreiheit und die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft. Durch die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention möchten wir allen Menschen in diesem Land ein gleichberechtigtes Leben ermöglichen. Um diese Umsetzung voranzutreiben, hat die SPD-Bundestagsfraktion eine spezielle Projektgruppe ins Leben gerufen, die einen Aktionsplan erarbeitet hat. Bezogen auf den Kulturbereich ist das zentrale Anliegen, dass auch Menschen mit Behinderung Kultur erleben und selbst gestalten können.

Die Besonderheit des Antrags ist, dass er zusätzlich in Leichter Sprache formuliert wurde. Wie gestaltete sich der Erarbeitungsprozess?
Bei der Erarbeitung des Antrags »Kultur für alle« haben wir uns darauf konzentriert, konkrete Forderungen zur Barrierefreiheit und zur Teilhabe am kulturellen Leben – denken Sie an Museums-, Theater- oder Kinobesuche, aber auch an die Filmförderung – aufzustellen. Der Antrag wurde gemeinsam mit Vertretern der Behindertenverbände und hier besonders mit Verbänden, deren Mitglieder im Kulturbereich tätig sind, konzipiert. Durch diese Zusammenarbeit haben wir viele wertvolle Tipps bekommen. Medienkompetenz, aber auch die Neuorganisation der Ausbildungsgänge im Kulturbereich behindertensensibel zu gestalten, waren einige der Anregungen, für die uns die Behindertenverbände sensibilisiert haben. Barrierefreiheit meint dabei nicht nur Barrieren für Rollstuhlfahrer auszuräumen. Für viele Menschen stellt die Sprache bereits eine große Hürde dar. Deshalb haben wir den Antrag auch in Leichter Sprache formuliert.

Die Vereinfachung komplexer Sachverhalte und Begriffe kann manchmal auch etwas knifflig sein. Bei Wortungetümen wie etwa »Künstlersozialversicherung« stößt man vielleicht schon an Grenzen?
Für die Übertragung von Texten in Leichte Sprache gibt es spezielle Übersetzer. Wichtig ist, dass das geschriebene Wort mit Bildern kombiniert wird, da Menschen mit geistiger Behinderung oftmals erst durch eine Text-Bild-Kombination die Inhalte erfassen können. Übertragen auf die Künstlersozialversicherung wäre das Ergebnis in Leichter Sprache in etwa: Künstler, die krank werden, sollen nicht ohne Schutz da stehen. Sie sollen zum Arzt gehen können. Aus diesem Grund gibt es eine besondere Versicherung für Künstler. So oder so ähnlich könnte eine entsprechende Abfassung aussehen.

Erhalten Menschen mit Behinderung zu wenig Informationen?
Ja. Was ganz oft vergessen wird ist, dass behinderte Menschen, körperlich wie in den allermeisten Fällen auch geistig Behinderte grundsätzlich wahlberechtigt sind. Aus diesem Grund ist es absolut notwendig, dass sich diese Gruppe auch darüber, was politisch diskutiert wird, ausreichend informieren kann. Besonders natürlich, wenn es um die speziellen Belange von Menschen mit Behinderungen geht. Es ist absolut notwendig, dass ausnahmslos alle Menschen einen Zugang zu Informationen bekommen. Was wir brauchen, ist eine inklusive Gesellschaft. Aus diesem Ansatz ergeben sich weitere Chancen. Durch das Konzept der inklusiven Gesellschaft erreichen wir auch Menschen ohne Behinderung. Besonders das Instrument der Leichten Sprache ist auch ein Angebot für Menschen mit Lern- und Konzentrationsschwierigkeiten. Aber auch Menschen, die auf dem Weg in eine Demenz sind und nach und nach die Komplexität der Sprache verlieren oder für Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen und gerade erst Deutsch lernen, kann Leichte Sprache ein Mittel der gesellschaftlichen Teilhabe sein. Sprache ist ein wesentliches Instrument der Kultur. Deshalb müssen wir uns verstärkt Gedanken machen, wie die Teilhabe am kulturellen Leben so organisiert werden kann, dass Sprache an sich nicht schon zu einer Barriere wird.

Die Umsetzung der Forderungen im Antrag »Kultur für alle« würde, so Kritiker, enorme Kosten verursachen. Die Länder stehen unter erheblichem Sparzwang. Stichwort Schuldenbremse. Ist Barrierefreiheit im großen Stil im Kulturbereich überhaupt zu leisten?
Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde von uns unterschrieben und darin ist das Recht eines jeden Menschen auf Teilhabe verbürgt. Und auch im Sozialgesetzbuch wurde das Teilhabeprinzip eingeführt. Sicherlich kann nicht alles auf einmal umgesetzt werden. Aber: Wenn Filmfördermittel vergeben werden, sollten diese an die Verpflichtung gebunden sein, dass der Film in der Endabnahme mit einer Untertitelung oder einer Audiodeskription versehen ist. Die Kosten für diese Leistungen belaufen sich vielleicht auf ein paar tausend Euro. Ebenso sollte bei der Vergabe von Städtebaufördermitteln darauf geachtet werden, dass die Barrierefreiheit gewährleistet wird. Natürlich entstehen hier Kosten, aber durch sie werden ja auch im Nachhinein Gewinne erzielt, da solche Maßnahmen erst den Anreiz für Menschen mit Behinderungen schaffen, einen Film anzuschauen oder eine Ausstellung zu besuchen. Was wirklich hohe Kosten verursacht, ist, wenn im Nachhinein nachgerüstet werden muss.Veränderungen fangen oft auch im Kleinen an. Denn zur Barrierefreiheit gehört auch, dass ein Besitzer seinen Blindenhund mit in die Oper oder das Theater nehmen darf. Das ist häufig nicht gewährleistet. Das wäre ein wichtiger Schritt in Richtung inklusiver Gesellschaft und kostenlos dazu. Die SPD-Bundestagsfraktion möchte einen Anfang machen und schlägt vor, dass der Deutsche Bundestag eine Selbstverpflichtung eingeht, dass Publikationen des Deutschen Bundestags in Teilen in Leichte Sprache übersetzt werden. So haben Menschen mit Lernschwierigkeiten die Möglichkeit, die wichtigsten Beschlüsse des Deutschen Bundestages und Zusammenfassungen der Debatten erfassen zu können. Heutzutage haben die meisten Zeitungen oder auch der Deutsche Bundestag eigene Kinderseiten eingerichtet. So ein Angebot müssen wir auch für Erwachsene schaffen. Machbar ist das alles. Und auch wenn nicht alles von heute auf morgen umsetzbar ist: Wir müssen jetzt anfangen!

Vielen Dank für das Gespräch. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg für den Antrag »Kultur für alle«.

Ulla Schmidt ist Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion und war von 2001 bis 2009 Bundesministerin für Gesundheit
Stefanie Ernst ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Kulturrat

Zukunftsaufgabe Inklusive Kulturarbeit

6,6 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sind schwerbehindert

WERNER KRAUS

Berücksichtigt man auch hör- und sehbehinderte Menschen, sind mindestens zehn Prozent der Bundesbürger von Behinderung betroffen. Jeder von ihnen hat, wie bereits die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahr 1948 festlegt, »das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen und sich an den Künsten zu erfreuen«. Zahlreiche Gesetze haben diese Aussage seitdem konkretisiert, die »UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen« vom März 2009, deren Artikel 30 die Kultur betrifft, ist das jüngste Beispiel.

Aus dieser Konvention können die Betroffenen keine individuellen Ansprüche ableiten, sie verpflichtet aber die Staaten, die sie unterzeichnet haben, Maßnahmen zu ihrer Umsetzung zu treffen und diese regelmäßig zu dokumentieren. Die inklusive Kultur ist also auch in der Bundesrepublik Deutschland ein seit drei Jahren bestehender gesetzlicher Auftrag für Staat und Kommunen. Nur wenige Kultureinrichtungen haben sich dieser Herausforderung aber gestellt. Der Handlungsbedarf ist deshalb bundesweit groß.

In der Praxis der Kulturarbeit gibt es »den« Menschen mit Behinderung freilich nicht. Die Bedürfnisse von Menschen mit einer Sinnesbehinderung sind ganz andere als die eines Menschen mit einer geistigen oder körperlichen Behinderung. Eine Maßnahme, die für eine Behinderungsgruppe Barrieren abbaut, kann deshalb für eine andere Barrieren schaffen. So ist beispielsweise eine Schwelle für Blinde eine Orientierungshilfe, für Rollstuhlfahrer aber ein Mobilitätsproblem. Auch innerhalb der Behinderungsgruppen muss differenziert werden: Wer von Kindheit an blind ist, für den ist die Braille-Schrift eine selbstverständliche Kommunikationsform, im Alter erblindete Menschen beherrschen sie nicht, sie benötigen akustische Informationen; die Gebärdensprache haben meist nur frühertaubte Menschen erlernt, für spätertaubte sind schriftliche Informationen erforderlich.

Eine kulturelle Einrichtung, die sich Menschen mit Behinderungen öffnet, also barrierefrei werden will, sollte deshalb als Erstes entscheiden, welche Menschen mit Behinderung sie erreichen will. Die »Barrierefreiheit« bezieht sich dabei nicht nur auf die Zugänglichkeit der Einrichtung, sondern auch auf die Präsentation beziehungsweise die Konzeption und Gestaltung der Angebote, sowie die Möglichkeit, sich vorweg zu informieren.

Beispiel Museumsarbeit

Ein barrierefreier Zugang ist in den meisten Museen realisiert. Nicht ausreichend sind vielfach aber die Informationen dazu auf den Internetseiten und Drucksachen. Ausreichende Sitzgelegenheiten gehören in vielen Häusern noch längst nicht zum Standard. Grund zum Ärgernis sind für viele Menschen mit Mobilitätsbehinderung auch die Platzierung der Exponat-Beschriftungen, für Sehbehinderte sind es die Schriftgrößen. Eine weiße Schrift auf hellgrauem Grund in kleiner Größe, die nur zu lesen ist, wenn man in die Knie geht, sollte ebenso der Vergangenheit angehören wie die mangelhafte Beleuchtung von Informationen.

Audio-Guides sind für die große Gruppe der schwerhörigen Menschen nur dann verwendbar, wenn sie mit Hörgeräten kompatibel sind. Gehörlose Menschen benötigen entweder Video-Guides in Gebärdensprache oder schriftliche Informationen. Das Internet ist zur Erstinformation geeignet, Bildtelefone sind wünschenswert. Blinde Menschen können ein Museum nur dann besuchen, wenn ihnen besondere Leitsysteme die Orientierung ermöglichen. Audio-Guides sind für sie grundsätzlich sinnvoll, müssen aber wesentlich erweitert werden. Tastmodelle oder Repliken von Exponaten sind für sie unverzichtbar. Da das Internet in der Regel nicht genutzt wird, sind schriftliche Informationen notwendig. Menschen mit einer geistigen Behinderung brauchen Informationen in einfacher Sprache und spezielle Führungen.

Barrierefreie Angebote, die sich für alle Behinderungsgruppen gleichermaßen eignen, gibt es also nicht, Überschneidungen sind aber möglich. Hinzu kommt, dass ein barrierefreies Museum einer immer größer werdenden Zielgruppe der Museen entgegenkommt: den Senioren. Ein barrierefreies Museum ist immer auch seniorenfreundlich und wird damit den Herausforderungen des demografischen Wandels gerecht.

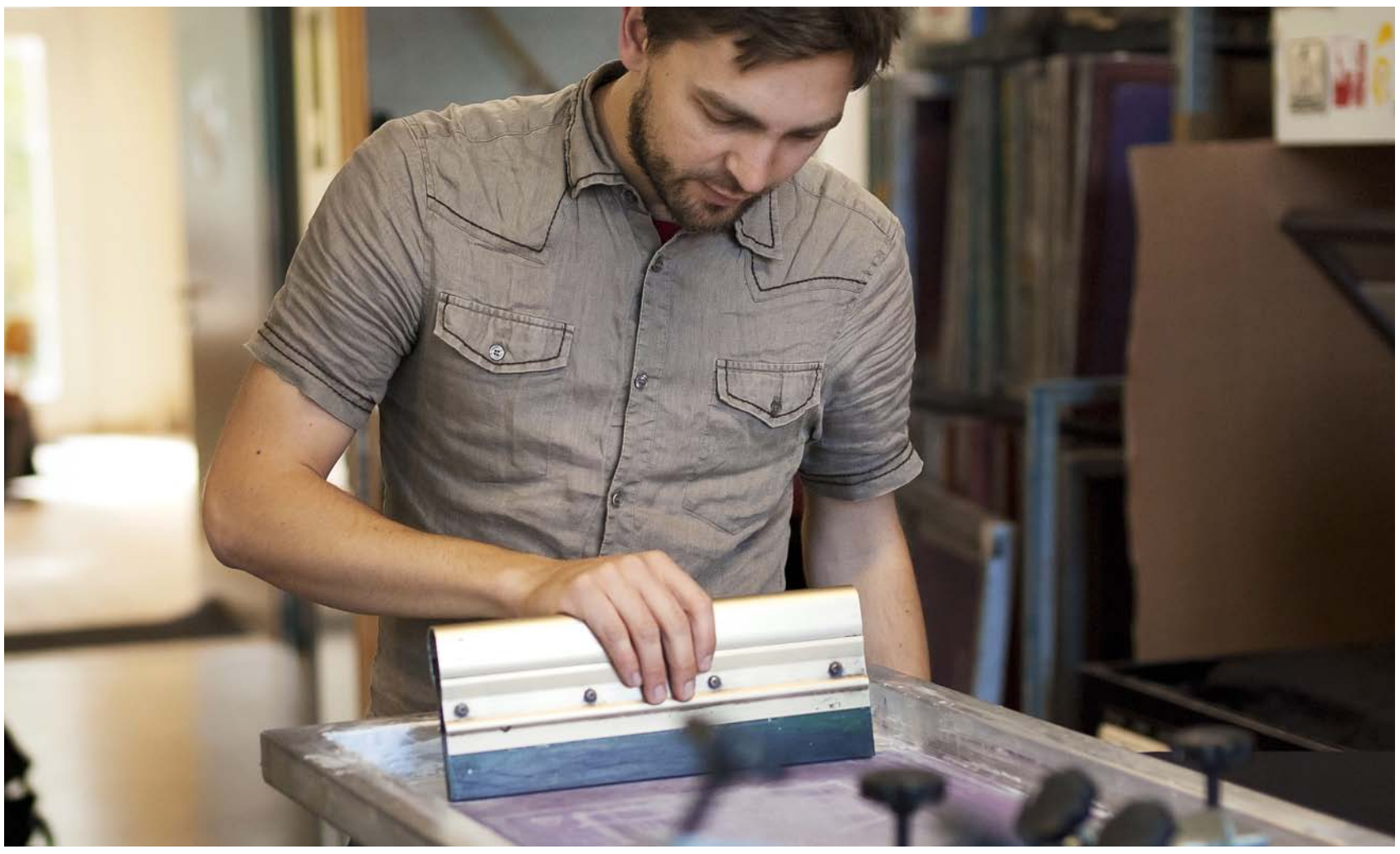
Betroffenen-Kompetenz einbinden

Im Hinblick auf die Anforderungen, die mit der Umsetzung der UN-Konvention verbunden sind, ist es sinnvoll, dass sich Kultureinrichtungen umfassend beraten lassen und einen Masterplan aufstellen, bei dem die Zielgruppen und die Reihenfolge der zu realisierenden Maßnahme genau benannt werden. Unverzichtbar für jeden Inklusionsprozess ist die Betroffenenkompetenz; Menschen mit Behinderungen und Fachleute aus den Betroffenenverbänden sollten von Anfang an eingebunden werden. Ein »Inklusionsbeauftragter« als Koordinator und Brücke zu Menschen mit Behinderung kann zudem hilfreich sein.

Ein Blick über die Grenzen, nach Großbritannien, Finnland oder die Schweiz, kann neue Erkenntnisse bringen. Auch bei der inklusiven Kultur muss das Rad nicht immer neu erfunden werden. Sie ist aber kein rasch zu realisierendes Projekt, sondern ein langer Prozess, der eine ausreichende Finanzausstattung und Personalressourcen erfordert.

Es geht jedoch nicht nur um das Geld. Denn viele Menschen mit Behinderung glauben, dass sie in Kultureinrichtungen nicht erwünscht seien. Von zentraler Bedeutung ist es deshalb, dass Kultureinrichtungen Menschen mit Behinderung nicht als Problemgruppe, sondern als Bereicherung verstehen und dies auch deutlich kommunizieren.

Werner Kraus ist Referent für Kultur, Bildung und Behindertenhilfe im Verband der bayerischen Bezirke



FOTOS: VON CLAR, JENS DRASER-SCHIEB

Kultur und Bundesfreiwilligendienst

Mit der Abschaffung der Wehrpflicht wurde aus dem Zivildienst im Jahr 2011 der Bundesfreiwilligendienst (BFD), der alle bestehenden Freiwilligendienste ergänzt – auch den kulturellen Freiwilligendienst FSJ Kultur.

KERSTIN HÜBNER

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht waren für die Bundesrepublik Deutschland Debatten um ihr Selbstverständnis und einschneidende Umbrüche verbunden. Zweifelsohne verhält es sich mit den Freiwilligendiensten nicht anders: Der Bundesfreiwilligendienst ist in Folge der Aussetzung des Zivildienstes entstanden. Und er brachte nicht nur Diskurse mit sich, auf welches (Selbst-)Verständnis – in Hinblick auf Ziele, Organisation und Inhalte – Freiwilligendienste durch die Anbieter und den Staat gegründet werden. Ebenso waren die Einschnitte und Dynamiken in den bereits etablierten Freiwilligendiensten durch dieses neue Angebot enorm.

Diskurse sind gut, um etwas in Bewegung zu halten oder zu bringen. Um Dinge zu befragen und zu entwickeln. Um über ein Thema und miteinander in Kommunikation zu treten. Diskursen wohnen zugleich Fragen der (Diskurs-)Kultur, der Hierarchie, der Deutungshoheit inne. Und nicht immer gelingt Kommunikation.

Der Bundesfreiwilligendienst und seine Erfolge

Angetreten war der Bundesfreiwilligendienst vor gerade einmal acht Monaten, eine Kultur des freiwilligen Engagements in Deutschland zu unterstützen und zumindest in Teilen den Zivildienst zu kompensieren. Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) sollten sinnvoll ergänzt und 35.000 Plätze im Bundesfreiwilligendienst geschaffen werden – überall dort, wo sich Freiwillige jeden Alters ganztags (ab 27 Jahren mindestens halbtags) in einem gemeinwohlorientierten und arbeitsmarktneutralen Einsatzfeld engagieren wollen und wo sie gebraucht werden. Quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche wurden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bundeszentrale Anbieter (Zentralstellen) und mit ihnen tausende Einsatzstellen gewonnen. Unter diesen Einsatzstellen befinden sich zahlreiche Kulturinstitutionen – in kommunaler wie in freier Trägerschaft, kleine ebenso wie große Einrichtungen der Hoch-, Breiten- und Soziokultur. Ein kleiner Teil dieser kulturellen Einsatzstellen wird von der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V. (BKJ) und ihren Partnern unter dem Qualitätslabel Bundesfreiwilligendienst Kultur und Bildung koordiniert. Auf den Erfahrungen mit dem FSJ Kultur aufbauend wird für Jugendliche ein Einsatz- und Bildungskonzept umgesetzt, das Persönlichkeits- und Kompetenzentwicklung, Orientierung und Begleitung ins Zentrum rückt. Zugleich wendet sich der Bundesfreiwilligendienst Kultur und Bildung generationsoffen an neue Zielgruppen und Einsatzorte, bei denen gesellschaftliche Integration der Freiwilligen sowie strukturelle Impulse für das kulturelle Vereinswesen zentral sind. Der weitaus größere Anteil kulturellen Engagements im Bundesfreiwilligendienst findet aber über die kommunalen Spitzenverbände in Kooperation mit dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) statt. Nach einem guten halben Jahr seit der Einführung lässt sich konstatieren: Das Träger- und Angebotsspektrum ist weit, die Nachfrage auf Seiten der Einrichtungen und Freiwilligen so groß, dass alle Plätze ausgeschöpft sind und Interessenten, vor allem im sozialen Bereich, mittlerweile abgelehnt werden müssen. Diese Dynamik überraschte alle Beteiligten positiv.

Der Bundesfreiwilligendienst und seine Herausforderungen

Für den Bundesfreiwilligendienst wurde – verfassungsrechtlich begründet – ein Gesetz geschaffen, mit dem sich der Bund seine Zuständigkeit (unter anderem Finanzierungskompetenz) sichert. Im Ergebnis (um nur einige Aspekte zu nennen) stehen die Freiwilligen in einem Rechtsverhältnis zur Bundesrepublik Deutschland, wird dieser Freiwilligendienst durch eine Bundesbehörde organisiert, dem BAFzA, das eine Vielfalt unterschiedlichster Aufgaben übernommen hat, werden Verwaltungsabläufe weitestgehend aufgrund der Erfahrungen aus dem Pflicht-/Zivildienst übernommen, sind die Bildungszentren des Bundes im Rahmen der Politischen Bildung verpflichtende Umsetzungsorte. In einem langwierigen, noch nicht abgeschlossenen Prozess setzen sich BMFSFJ und BAFzA mit den zivilgesellschaftlichen Zentralstellen, Trägern und Einsatzstellen dahingehend auseinander, wie sich die unterschiedlichen Herangehensweisen und Gestaltungslinien miteinander vereinbaren lassen. Jenseits der inhaltlichen Dimensionen und damit verbundenen Qualitätsfragen geht es hier beispielsweise darum, die Akteure der zivilgesellschaftlich organisierten Freiwilligendienste nicht als Ausführungsgehilfen oder Störfaktoren, sondern als Partner einzubinden.

Besondere Bedeutung hat die Marktsituation: Mit dem BAFzA trat ein neuer Anbieter auf, der den Einsatzstellen kostengünstigere Angebote unterbreiten kann. Zudem setzte das BMFSFJ die Zentralstellen unter Druck, vom etablierten Jugendfreiwilligendienst in den Bundesfreiwilligendienst mit lange Zeit ungeklärten Fragen umzusteuern. Der BKJ und ihren Partnern – relativ kleine Träger – fiel dies nicht leicht, da mit der Schaffung von neuen Plätzen große Aufbauleistungen und Risiken verbunden sind.

Die der BKJ zugesprochenen 500 Plätze sind in Relation zum Potenzial des Kulturbereichs und mit Blick auf eine Konturierung des Bundesfreiwilligendienstes Kultur und Bildung zu wenig. Dabei ist es eine bewusste Entscheidung der BKJ und ihrer Partner, den Freiwilligendienst mit bestimmten Zielvorstellungen und Konzepten zu verbinden, die im Vergleich zu anderen Zentralstellen den Aufbau verzögerten. Die Herausforderung wird sein, die eigenen Wirkungsziele mit den quantitativen Möglichkeiten in Einklang zu bringen und spätestens ab 2013 das Doppelte an Plätzen zugesprochen zu bekommen.

Der Bundesfreiwilligendienst und sein (bisheriges) Scheitern

Die Chancen des Bundesfreiwilligendienstes liegen auf der Hand. Zugleich wurde die neue und ungewohnte staatliche Orientierung, die dem bisherigen Charakter der Freiwilligendienste nicht entspricht, zu Recht kritisiert. Wenn es ums Geld geht – und es geht mit den über 300 Millionen Euro, mit denen der Bund die Jugendfreiwilligendienste (FSJ/FÖJ) und den Bundesfreiwilligendienst insgesamt fördert, um sehr viel Geld – dann zählen nicht immer Argumente oder Überzeugungen.

Die Einschnitte und Dynamiken in den bereits etablierten Freiwilligendiensten durch die neuen Angebote waren enorm.

Die grundsätzliche Frage ist bis heute nicht geklärt, die sich schon im Namen des Dienstes spiegelt: Bund oder Freiwilligendienst? Das impliziert zwei unterschiedliche Philosophien – die des Pflichtdienstes unter staatlicher Verantwortung und Verwaltung und die des Freiwilligendienstes mit dem entsprechenden Selbstbewusstsein und Selbstverständnis der Zivilgesellschaft. Dabei geht es zentral nicht um die Umsetzungsebene; hier befinden sich die Zentralstellen, Träger und Einsatzstellen in einem kontinuierlichen und klärenden Dialog mit BMFSFJ und BAFzA. Alle Erfolge, gemeinsam den Bundesfreiwilligendienst gedeihlich umzusetzen, sollten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es einer Entscheidung bedarf, was das gemeinsame Projekt »Bundesfreiwilligendienst« ist, welche Ziele und Inhalte mit ihm verbunden sind und welches der jeweilige Beitrag der Akteure ist. Schnell liegt dabei die ordnungspolitische Frage auf der Hand, bei der sich die BKJ für einen Staat als Ermöglichenden (und nicht als Akteur) einsetzt, der das Subsidiaritätsprinzip und den Eigenwert der Freiwilligendienste wahrt. Auch dies ist unter dem Gesetz des Bundesfreiwilligendienstes möglich. Notwendigerweise wäre damit ein Diskurs in der Zivilgesellschaft über ein modernes, passfähiges Selbstverständnis verbunden.

Es ist die Zeit entscheidender Weichenstellungen für das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft in den Freiwilligendiensten. Die mit dem Bundesfreiwilligendienst geweckten Begehrlichkeiten auf beiden Seiten (Staat und Zivilgesellschaft) haben in den letzten Monaten zu Spannungen geführt. Der damit verbundene Diskurs ist ungleichgewichtig und stark staatsgeprägt, während die Argumentationen und Forderungen der organisierten Zivilgesellschaft immer wieder ins Leere laufen.

Der Kulturbereich muss einen produktiven Diskurs einfordern und damit zugleich das eigene Verständnis und Angebot von Freiwilligendiensten weiterentwickeln.

Kerstin Hübner ist Bildungsreferentin bei der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung

Erst die Arbeit, dann die Kultur?

Eine Reaktion auf das Interview mit Mecklenburg-Vorpommerns Kultusminister Mathias Brodkorb (SPD) in Politik & Kultur 1/12

GERALD MERTENS

Was erwartet man von einem Finanzminister? Dass er sich für einen ausgeglichenen Haushalt in seinem Land engagiert. Was erwartet man von einem Kultusminister? Dass er sich für die Kultureinrichtungen in seinem Land engagiert. Und was erwartet man von einem Kultusminister in Mecklenburg-Vorpommern? Dass er nicht länger als eine Legislaturperiode im Amt bleibt.

Die Lage der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den vergangenen Monaten dramatisch zugespitzt. Im November 2011 stand sogar die Insolvenz des Mecklenburgischen Staatstheaters in Schwerin zur Debatte. Sie wurde erst in letzter Minute und nur vorläufig abgewendet. Der Landesrechnungshof verbreitete ein von ihm beauftragtes Gutachten, demzufolge nur noch zwei von vier Orchestern im Land finanzierbar sein sollen. 1992 gab es noch acht Orchester. Was ist bloß los in diesem Bundesland, das über herrliche Landschaften, ein boomendes Tourismusgewerbe und mit den Festspielen Mecklenburg-Vorpommern über eines der drei renommierten großen deutschen Musikfestivals verfügt? Gewiss: Mecklenburg-Vorpommern ist ein strukturschwaches Flächenland, das bis heute mit den Folgen der Agrar-Strukturen aus Nachkriegs-und DDR-Zeiten belastet ist. Andererseits sind die großen Kultureinrichtungen, die Mehrspartentheater und Orchester in den Oberzentren und großen Städten angesiedelt: in Rostock und Schwerin, Greifswald/Stralsund und Neustrelitz/Neubrandenburg. Hinzu kommen die kleineren Sprechtheater in Parchim und Anklam. Die kulturelle Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger ist damit sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum ausgewogen verteilt.

Wo ist denn nun das eigentliche Problem? Im Grunde genommen geht es um drei Facetten: Zum einen – wie könnte es anders sein – geht es ums Geld. Doch das allein ist noch kein Alleinstellungsmerkmal in Mecklenburg-Vorpommern. Auch in anderen Bundesländern sind die Zuwendungen der Länder und Kommunen für Theater und Orchester regelmäßig Bestandteil von Haushaltsdebatten. Dabei ist Mecklenburg-Vorpommern eines der wenigen Bundesländer, das schon seit Jahren ohne Neuverschuldung auskommt. Die finanzielle Ausstattung der Kultur allerdings wird vom wohlhabenden Südwesten Deutschlands ansteigend bis zum ärmlicheren Nordosten immer prekärer. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hält aber inzwischen einen insoweit einsamen Rekord. Die Landesmittel für die Theater und Orchester werden als Vorwegabzug aus dem Finanzausgleichsgesetz geleistet; seit 1994, also seit inzwischen 18 Jahren, ist dieser Vorwegabzug in Höhe von 35,8 Millionen Euro unverändert geblieben. Inflationsbereinigt kommt dies einer Absenkung von fast 30 Prozent gleich. Außerdem ist in der gleichen Zeit das Tariflohnniveau von 60 auf 100 Prozent der alten Bundesländer gestiegen. Trotz Umwandlung aller Mehrspartenbetriebe in GmbHs, trotz Erhöhungen kommunaler Zuschüsse und trotz des steigenden Lohnverzichts der Beschäftigten an einzelnen Standorten sind jetzt die finanziellen Spielräume ausgeschöpft.

Zum anderen geht es um regionale Befindlichkeiten. Zwischen der Stadt Rostock (einzige Großstadt, Hanse- und Hafenstadt) und der Landeshauptstadt Schwerin (ehemalige Residenzstadt) bestehen Rivalitäten und Gegensätze. Die Hansestädte Greifswald und Stralsund fühlen sich schon seit der Hanse verbunden, mussten sich für die Fusion ihrer ursprünglich eigenständigen Theater und Orchester in den 90er-Jahren aber auch erheblich zusammenraufen. Und dann ist da die Region Neubrandenburg und Neustrelitz. Auch hier hat man noch nicht vergessen, dass Neustrelitz bis 1933 Landeshauptstadt des gleichnamigen Freistaats Mecklenburg-Strelitz war.

Ein dritter Aspekt ist eine bislang mangelhafte Dialogkultur. Die Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern hat eher den Anschein eines unendlichen Katz-und-Maus-Spiels zwischen Land und Kommunen sowie zwischen den wechselnden Regierungsparteien der Landesregierung, als den echten Gehalt einer verantwortungsvollen, weitsichtigen und nachhaltigen Infrastrukturdebatte. Wo man sich in anderen Bundesländern in Verantwortungspartnerschaften von Land und Kommunen um eine ausgewogene kulturelle Grundversorgung und deren Finanzierung kümmert, schieben sich in Mecklenburg-Vorpommern die Beteiligten den »schwarzen Peter« zu. Es geht also nicht nur um eine platte Forderung nach mehr Geld. Wobei auch hierüber nach 18 Jahren mit Sicherheit endlich geredet werden muss. Wenn es nämlich nach der Landesregierung geht, dann soll der Vorwegabzug sogar bis 2020 unverändert bleiben, der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU hat ihn jedenfalls zunächst bis 2016 festgeschrieben. Eine von engagierten Kulturbürgern und der Linken auf den Weg gebrachte Volksinitiative hat in wenigen Wochen fast 50.000 Unterschriften aus dem ganzen Land für eine verbesserte Finanzierung der Theater und Orchester gesammelt. Das ist eine beachtliche Zahl, die kein Politiker ruhigen Gewissens ignorieren kann. Nun wird sich der Landtag mit der Angelegenheit befassen müssen. Doch was nützt ein parlamentarischer Showdown zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien, wenn es dabei nur um Machtdemonstration und Gesichtswahrung geht, anstatt um rational vernünftige Lösungsansätze und vertretbare Kompromisse?

Das Ergebnis wäre ein blutiges Drama mit weiteren Sparten- und Standortschließungen, mit einem weiteren Verlust von Arbeitsplätzen, einer unwiederbringlichen Schädigung der kulturellen Infrastruktur und einem Verlust von Lebensqualität in den betroffenen Städten und Regionen. Wirklich verantwortungsvolle Kulturpolitik muss anders aussehen. Sie bedarf der Führung durch die Landesregierung und des Dialogs mit allen Beteiligten. Das gebetsmühlenartige Wiederholen schräger Statistiken und falscher Vergleiche mit Verhältniszahlen aus anderen Ländern durch Rechnungshof und Kultusministerium ist nicht zielführend. Vielmehr muss es darum gehen, gemeinsam mit den theater- und orchestertragenden Kommunen nach sinnvollen und tragfähigen Strukturen zu suchen und sich hierfür zumindest um Finanzierungsmöglichkeiten zu bemühen. Denn auf die Forderung der Betroffenen nach mehr Geld durch das Land die Gegenforderung nach weniger Geld aufzumachen, ist einfach; die Forderung jedoch, man müsse jetzt endlich mal mit Strukturveränderungen beginnen und dabei an zukünftige Generationen denken, grenzt angesichts dessen, was im Land längst endgültig abgewickelt wurde, an Zynismus. So tief sollte keine Landesregierung und kein Kultusministerium sinken.

Von einem Kultusminister erwartet man, dass er sich für sein Land engagiert.

FOTO: NIKOLAJ LUND

The Danish String Quartet, das bei den Festspielen Mecklenburg-Vorpommern auftritt.

Gerald Mertens ist Geschäftsführer der Deutschen Orchestervereinigung

FOTO: ANJA-SCHLAMANN

Die Magdeburger Freiluftbibliothek »Salbker Lesezeichen« entstand 2008/2009 auf Initiative eines Bürgervereins.

Die Kunst des Verdichtens

Die demografische Entwicklung in Sachsen-Anhalt und deren Auswirkungen auf die Kultur

PHILIPP OSWALT

Die deutsche Kulturlandschaft galt einst als feiner Boden für große Gedanken – von der Reformation bis zur Moderne. Die kleinstädtische Kultur hat den Ruf dieser Nation über Jahrhunderte geprägt und war ein Spiegel des Bürgerstolzes. Gerade im heutigen Land Sachsen-Anhalt sind die Spuren kultureller Aufbruchprojekte immer noch ablesbar – von der Reformation über die Aufklärung bis zur Moderne. Kultur und Gegenkultur haben diese Region zu allen Zeiten als Kraftfeld der Avantgarde hervortreten lassen. Auch im 21. Jahrhundert, das mit einer Entwicklung ohne Wachstum verbunden sein wird, könnte die sich verändernde Kulturlandschaft ein Impulsgeber sein.

Bevor diese Hoffnung genährt werden kann, wird jedoch zunächst eine bittere Bilanz zu ziehen sein. Darin ist schon jetzt von zu großen Theatern, schwindenden Besucherzahlen in den Museen, von Notversorgung, drohenden Insolvenzen und der Abwesenheit früherer Kulturbürger die Rede. Kultur wird vom Gesetzgeber als »freiwillige Ausgabe« behandelt, schrumpft also zuerst. Während Europäische Union und Bund den Kommunen das Vorhalten von technischer Infrastruktur als Pflichtaufgaben auf hohem Niveau vorschreiben und sie so etwa zwingen, auf Kosten der Gemeinschaft auch entfernt liegende Häuser mit Wasser, Abwasser usw. zu versorgen, können etwa Stadtteilbibliotheken umstandslos geschlossen werden. Zuletzt Kultur!

Während der Internationalen Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 haben wir gemerkt, dass für die Kulturlandschaft unter den Bedingungen des Schrumpfens ganz neue Kooperations- und Arbeitsteilungsmodelle entwickelt werden müssen und können. In Städten wie Aschersleben, Köthen oder Quedlinburg war zudem zu beobachten, dass die Kunst des Verdichtens zu einem Wandel der Zivilkultur geführt hat. Übersetzt: Die Menschen interessieren sich wieder für ihre Städte, kämpfen für deren Ansehen und sind weit mehr als bisher bereit, sich zu engagieren. Lockere Zusammenschlüsse wie Initiativen und kulturelle Zentren, Mitmachläden und Treffpunkte haben sich etabliert. Die Theater und Museen merken, dass sie ihre angestammten Häuser verlassen müssen, um neue Milieus zu erreichen. Gleichzeitig erfährt die in Ostdeutschland nicht gerade ausgeprägte Bürgergesellschaft eine unerwartete Aufwertung. Das Nachdenken über die städtische Identität hat das Leben in den jeweiligen Städten attraktiver gemacht und den örtlichen Institutionen eine Kontinuität verschafft. Es waren die kulturellen Aktivitäten der Bürgerschaft, die dem Trend des Funktionsverlustes schrumpfender Städte entgegenwirkten.

Doch werden die Bürger den Staat nicht ersetzen können. Es geht um das Zusammenspiel. Der Staat muss sich wandeln, sich dem Engagement der Bürger öffnen, ohne sich zurückzuziehen. Um bei dem Beispiel der Stadtteilbibliotheken zu bleiben: Vielerorts haben sich Bürgerbibliotheken gebildet, die in anderer Form als bisher eine Bücherausleihe organisieren. Doch ohne staatliche Mitwirkung geht es nicht, wie etwa die Schwierigkeiten um das Lesezeichen Magdeburg-Salbke im letzten Jahr zeigten. Insofern geht es nicht in erster Linie um weniger Staat, sondern um einen anderen Staat. Von der Idee eines »Vater Staat«, der sich überall um alles kümmert, aber auch reglementiert, wird man sich verabschieden müssen – und vielleicht auch wollen. Ein kooperativer Staat garantiert weniger, aber ermöglicht mehr.

Niemand kann so blauäugig sein, zu glauben, dass der neu erwachte Bürgerstolz die bedrohte Kulturlandschaft wird retten können. Die Orte werden zusammenrücken müssen, Strukturreformen unerlässlich und lokale Vernetzungen die Regel sein. Natürlich wird kein Kulturpolitiker gern auf die Frage antworten, wie viel Orchester ein Land braucht und ob es nicht das eine oder andere Museum weniger geben könnte. Wenn wir weniger werden, werden wir zusammenrücken müssen, Dinge vernetzen und auch in größeren Räumen denken müssen. Weder können wir uns dann erlauben, in einem Ressortdenken zu verharren, noch kann es sein, dass jede Kommune sich nur um sich selbst kümmert. Um aus den gewohnten Denk- und Verwaltungsmechanismen auszubrechen, müssen neue Formen der Zusammenarbeit etabliert werden, wie die Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt erfolgreich gezeigt hat. Wichtig ist hierbei, Schwerpunkte zu setzen und regionale Themen zu profilieren. Nur so lassen sich die weniger werdenden Ressourcen produktiv einsetzen und die verschiedenen Akteure auf gemeinsame Ziele verpflichten.

Philipp Oswalt ist Direktor der Stiftung Bauhaus Dessau

Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität

Einige Anmerkungen aus kulturpolitischer Sicht zu einer neuen Enquete-Kommission

MAX FUCHS

Der Bundestag hat auf der Basis eines gemeinsamen Antrags fast aller Fraktionen (die Linke hat einen eigenen Antrag vorgelegt) vom 23.11.2010 eine Enquete-Kommission eingerichtet, die den Zusammenhang der im Titel genannten Begriffe klären soll. Insbesondere geht es um das Spannungsverhältnis zwischen ökonomischem Wachstum und Nachhaltigkeit, es geht um die Frage gerechter Lebensverhältnisse und damit die Weiterentwicklung des Sozialstaates. Es geht konkret um Ergänzungen rein ökonomischer Indikatoren, mit denen bislang die Lebenssituation in Deutschland gemessen wird (das Bruttoinlandsprodukt BIP), das Fragen wie Wohlbefinden, Bildung, Umgang mit Ressourcen etc. nicht erfasst.

Eine lobenswerte Aufgabe also: Endlich scheint der Meadows-Report des Club-of-Rome über die Grenzen des Wachstums aus den 70er-Jahren in der Politik angekommen zu sein. Notwendig ist dies ohne Frage: Denn man kann geradezu von einem Wachstumsfetisch sprechen, der die Politik und weite Teile der Medienlandschaft beherrscht. Viele wichtige Reformen werden international nicht angepackt, weil sie das Wachstum gefährden könnten, man denke nur an die Umweltpolitik und das Kyōto-Protokoll. In Artikel 1 der Satzung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird ökonomisches Wachstum als Ziel gleich mehrfach erwähnt. Man glaubt, alle politischen Probleme im Sozialen, in der Infrastruktur, in der Gesundheitspolitik nur über größeres Wachstum lösen zu können. Eine Gewichtung des Wachstums etwa in Hinblick auf ökologische Kosten (wie etwa im Modell des ökologischen Rucksacks) findet nicht statt. Dass all diese Fragen mit unserer Lebensweise zu tun haben, ist natürlich kein Geheimnis. Ich will nur an den damals Furore machenden Brundtland-Bericht aus dem Jahre 1987 erinnern, der international Begriffe wie Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit auf die Agenda gesetzt hat. Auf dieser Grundlage haben Bund und Organisationen aus dem Bereich der evangelischen Kirche eine inzwischen fortgeschriebene Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« vorgelegt, bei der die ausführlichen Analysen verdichtet werden auf wenige Merksätze. Einer davon lautete: Gut leben statt viel haben. Dies erinnerte an das Spätwerk von Erich Fromm, »Haben oder Sein« (1976), in dem er das erfüllte Leben, eben das Sein, einem bloß konsumorientierten Haben gegenüber gestellt hat. Diese Frage geht weit über eine rein volkswirtschaftliche Debatte hinaus und berührt die entscheidende Frage, wie wir leben wollen (vgl. die entsprechende, jetzt abgeschlossene Initiative der Aktion Mensch: *www.diegesellschafter.de*).

Auch im internationalen Bereich hat die mangelnde Aussagekraft rein ökonomischer Indikatoren (etwa BIP pro Kopf der Bevölkerung) dazu geführt, komplexere, aber immer noch handhabbare Indikatoren zu entwickeln. Der bekannteste Index dürfte der Human Development Index (HDI) sein, der im jährlich vorgelegten Weltentwicklungsbericht des United Nations Development Programme (UNDP) genutzt wird. Dieser HDI führt drei Indikatoren zusammen: aus ökonomischer Sicht den genannten personenbezogenen BIP-Anteil, die Gesundheitsdimension wird mit der Lebenserwartung eingeholt und ein kultureller Indikator erfasst die Alphabetisierungsrate. Daraus ergibt sich ein Armuts-Ranking der etwa 200 Staaten, die es auf der Welt gibt. Amartya Sen, der bekannte indisch-amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger, hatte anfangs Bedenken gegen eine solche indikatorengestützte Messung der Lebensqualität, doch hat er nicht nur inzwischen seinen Frieden damit gemacht: Er hat wesentlich den UNDP-Bericht 2004 (»Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt«) mit bearbeitet. Diese Debatte ist verbunden mit der Debatte über Lebensqualität, in der man schon seit Jahren komplexere Zugänge als bloß ökonomische mit einbeziehen will. So gibt es seit einigen Jahren eine internationale Glücksforschung (in Deutschland rund um Alfred Bellebaum), die inzwischen auch schon in Wikipedia ihren Niederschlag gefunden hat. Kurz: Die Zeit ist reif für die oben erwähnte Enquete.

Es geht um die Frage gerechter Lebensverhältnisse und damit die Weiterentwicklung des Sozialstaates.

Bei der Suche nach weiteren Indikatoren ist dabei eine Studie hilfreich, die auf Bitte des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy aus dem Jahre 2008 von einer Wissenschaftlergruppe (darunter eine Handvoll Nobelpreisträger) erstellt wurde: der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report (Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress). Hier werden zwar noch keine neuen Indikatoren entwickelt, es werden jedoch – rund um die Begriffe Well-being, sustainable development, quality of life – interessante Perspektiven entwickelt. Auch im Kontext der Enquete-Kommission liegen inzwischen interessante Studien und Gutachten vor und es haben wichtige Anhörungen stattgefunden. So ist es bemerkenswert, dass sich gleich zwei der vorliegenden Gutachten damit befassen, wie die Öffentlichkeit und die Journalisten einen alternativen Wohlstandsindikator (man hat drei Modelle erprobt) auffassen würden. Man kümmert sich also von Anfang an um eine gute Kommunizierbarkeit der entwickelten neuen Indikatoren. Ein weiteres inhaltsbezogenes Gutachten (Feld/Goldschmidt/Zweynert: Kulturelle, soziale und gesellschaftliche Grundlagen wirtschaftlichen Wachstums) greift die Traditionen der Gründungsväter der sozialen Marktwirtschaft (Eucken, Müller-Armand, Röpke) auf und macht die Gerechtigkeitsdimension – auch und gerade bei Fragen der Bildung – stark. Kultur spielt hier im Sinne von Werthaltungen eine Rolle. Wenn es um eine Änderung der Lebensweise geht, so geht dies notwendig mit Veränderungen der kulturellen Dispositionen einher, so das Gutachten. Dies geschieht allerdings nur langsam: »Will man [...] mentale Dispositionen auf politischem Wege verändern, so muss man die traditionellen Deutungsmuster in Betracht ziehen und sich bemühen, geplante Reformen auf eine anschlussfähige Weise zu kommunizieren.«

Fragen der Lebensweise sind auch Fragen der Kulturpolitik.

Spätestens hier wird deutlich, dass die Problemstellung der Enquete-Kommission eng mit Kulturpolitik verbunden ist. Fragen der Lebensweise und der Lebensqualität sind auch Fragen der Kulturpolitik (Stichwort Daseinsvorsorge). Der UNESCO-Kulturbegriff aus der Weltkonferenz 1982 schließt die Lebensweise ausdrücklich mit ein. Kultur ist zudem das Feld, in dem ständig Fragen der Lebensweise verhandelt werden. Andererseits ist die Kulturpolitik auch abhängig von den Entscheidungen, die in diesem Bereich getroffen werden. Bislang war es trotz der Kulturverträglichkeitsklausel auf der Ebene der EU, trotz der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt, die eine kulturelle Sensibilität in allen politischen Entscheidungen einfordert, noch nicht gelungen, dies in entsprechenden Beratungs- und Entscheidungsorganen zu verankern. Auch diese Enquete-Kommission, so interessant die bisherigen Aktivitäten sind, berücksichtigt dies bislang kaum. Es lohnt sich daher, entsprechende Überlegungen in diesen Kontext einzubringen.

Max Fuchs ist Präsident des Deutschen Kulturrates

Enquete-Kommission: Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität

Laufzeit: 17. Januar 2011 bis Ende der Legislaturperiode

Vorsitz: Daniela Kolbe (SPD), Stellv. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU)

Mitglieder: 17 Bundestagsabgeordnete, 17 externe Sachverständige

Auftrag: Entwicklung eines neuen Fortschrittsindikators. Weiterentwicklung der bislang zugrunde gelegten Messgröße für gesellschaftliches Wohlergehen, des Bruttoinlandsprodukts (BIP) unter Berücksichtigung von ökologischen, sozialen und kulturellen Kriterien.

FOTO: KUNGFUSIONMASTER/PHOTOCASE.COM

Und alle Fragen offen

Die Europäische Kommission stellt ein neues Kulturförderprogramm vor

ANDREAS KÄMPF

Kreatives Europa – so lautet der Titel des neuen Kulturförderprogramms der EU, mit dem das bestehende Programm »Kultur 2007« ab 2014 abgelöst werden soll. Die Nachricht der Europäischen Kommission traf Ende letzten Jahres ein und sie erzeugte in Deutschland in Verbänden und Politik eine bis dahin nur selten erreichte Einigkeit. Beim ersten Hinschauen fällt vor allem auf, dass die bisher getrennten Bereiche der Kulturförderung und der Medienförderung nunmehr zusammengelegt werden. So erhält das neue Programm »Kreatives Europa« auch ein Gesamtbudget von stolzen 1,8 Milliarden Euro, von denen auf den Kulturbereich 490 Millionen Euro für die Zeit von 2014 bis 2020 entfallen. Immerhin bedeutet das eine leichte Erhöhung. Was mit dieser Summe, verteilt auf sieben Jahre und 27 Mitgliedsstaaten der EU plus Nachbarstaaten, wirklich zu erreichen ist, darf wohl zu den eher rhetorischen Fragen gerechnet werden.

Dieses Programm reduziert Kunst und Kultur in unzulässiger Weise auf ihre ökonomische Seite.

Seit den Zeiten von »Kaleidoskop« schaut die EU schon auf eine ganze Reihe von Kulturförderprogrammen zurück, mit denen versucht wird, neben dem Europa der Bankenkrisen und der Staatsverschuldung auch noch ein Europa des Geistes und des kulturellen Austausches zu etablieren. Verbesserung des Zugangs zur Kultur, kulturelle Vielfalt, eine europäische kulturelle Identität und die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft waren die begrifflichen Leitgestirne, die das letzte Kulturprogramm prägten. Von all dem ist nun im neuen Programm »Kreatives Europa« kaum noch etwas zu finden. Zugang zur Kultur und kulturelle Vielfalt tauchen je einmal an Stellen des Textes auf, wo sie wie lieblos ausgesetzte Kinder wirken.

Die Anpassung der Kultur- und Kreativbranche an Globalisierung und Digitalisierung

Bei der Definition der wesentlichen Aufgaben des derzeit geltenden Programms »Europa 2007« wurde noch erklärt: »Das Ziel des Programms ist es, durch den Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Kulturakteuren aus förderfähigen Ländern zur Förderung des Kulturraums, den die Europäer miteinander teilen und der auf einem gemeinsamen kulturellen Erbe gründet, beizutragen und damit die Entstehung einer Europabürgerschaft zu begünstigen.« Bei »Kreatives Europa« formuliert man nun beim Punkt »Erwartete Wirkung des Programms« ganz unumwunden: »Das Programm soll die Anpassung der Kultur- und Kreativbranche an Globalisierung und Digitalisierung unterstützen. Insgesamt sollte der gezielter gesetzte Schwerpunkt auf der transnationalen Verbreitung von Werken zur verstärkten Verbreitung von Werken, mehr Handel innerhalb des Binnenmarktes, intensiverem internationalem Handel und höheren Einnahmen für die Branche führen.«

Diese Botschaft war es, die in hierzulande für Verwunderung sorgte und in relativ rascher Folge zu Stellungnahmen aus Verbänden und Politik führte. Neben dem Deutschen Kulturrat äußerte sich auch der Deutsche Städtetag, die Kulturpolitische Gesellschaft und die Bundesvereinigung kulturelle Jugendbildung. Von den Ländern Bayern und Rheinland-Pfalz wurde dem Bundesrat eine Empfehlung vorgelegt, in der auf eine weitere Veränderung hingewiesen wird: Während bisher das Kulturprogramm der EU als »Beschluss« tituliert war, wird es jetzt als »Verordnung« bezeichnet. Für die Bundesländer ist dies nicht akzeptabel, denn, wie in der Empfehlung klar gestellt wird: »Verordnungen sind in allen Teilen rechtsverbindlich, ohne dass es eines mitgliedsstaatlichen Umsetzungsaktes bedarf«. Die Stellungnahmen aus Deutschland differieren zwar in einzelnen Punkten, sind sich aber in der grundsätzlichen Aussage einig: Dieses Programm reduziert Kunst und Kultur in unzulässiger Weise auf ihre ökonomische Seite. Ihre besondere Qualität, ihr Doppelcharakter taucht weder begrifflich auf noch wird auf diese besondere Qualität in den einzelnen Programmpunkten erkennbar Bezug genommen.

FOTO: DOC_LOPEZ/PHOTOCASE.COM

Netzwerkförderung: Das Aus für Betriebskostenzuschüsse

So war dann auch die Betroffenheit groß unter den Vertreterinnen und Vertretern der europäischen Netzwerke, die am 30. Januar gleich für zwei Veranstaltungen zum Thema »Kreatives Europa« nach Brüssel eingeladen waren. Zum einen hatte für den Vormittag »Culture Action Europe«, die spartenübergreifende Stimme der Kultur auf der Brüsseler Bühne, zu einem Koordinationstreffen geladen. Hier stand vor allem ein Passus im neuen EU-Programm im Vordergrund der Diskussion, der die Netzwerke, von denen die meisten derzeit von der EU gefördert werden, alarmiert hatte: »Eine weitere Vereinfachung ist das Aus für Betriebskostenzuschüsse, die sich als nicht ausreichend ergebnisorientiert und für Antragstellende und Empfänger als kompliziert erwiesen haben. Bei allen zukünftigen Aktionen wird es Projektfinanzhilfen geben, die einfacher sind und einen langfristigen Ansatz fördern.« Für alle Betroffenen stand damit das Schreckgespenst am Horizont, eine kontinuierliche, auf Langfristigkeit angelegte Netzwerkarbeit mit alle zwölf Monate neu einzureichenden Projekten mit wechselnden Schwerpunkten und unsicherer Bewilligung finanzieren zu müssen.

Ist alles nur ein Missverständnis?

Für den Nachmittag hatte die EU-Kommission zu einer »Information Session« ins »Madou Auditorium« geladen, bei der es überwiegend um den Kulturteil des neuen Programms ging. In einer zweiten Veranstaltung während der Berliner Filmfestspiele soll der Dialog mit den Medienschaffenden gesucht werden. Die Botschaft des Deutschen Kulturrates war ganz offenbar bei der EU-Kommission angekommen und rief gleich zu Beginn der Veranstaltung eine recht emotionale und ausführliche Stellungnahme des Direktors der Abteilung Kultur und Medien, Vladimir Sucha, hervor. Er und die anwesenden Mitarbeiter seines Direktorates sahen sich missverstanden. Nach ihrer Darstellung lag ein erheblicher Druck auf ihnen, das neue Kulturprogramm an das EU-Programm »Europe 2020« anzupassen, in dem es in erster Linie um Wachstum und Beschäftigung geht. Als Alternative stand, so wurde berichtet, die Drohung im Raum, das Kulturförderprogramm ganz zu streichen. Also hat man es in eine ökonomieaffine Fassung gebracht und damit gerettet. Zugleich versicherten die Vertreter der Kommission vehement, dass sich an der Praxis der Förderung substantiell nichts ändern, manches sich sogar verbessern soll. So wurde zum Thema Netzwerkförderung klargestellt, dass die neue Projektfinanzierung für Netzwerke mehrjährig ausgelegt sein würde, dass die allgemeinen Betriebskosten hiermit zu finanzieren seien und, anders als sonst bei EU-Projekten, weitere Projektpartner nicht gefordert würden.

Es gibt momentan keinen Grund für Zweifel am guten Willen der Kommission, in der Praxis zu sinnvollen Lösungen für die künftige EU-Kulturförderung zu gelangen. Ob dies dann wirklich gelingen wird, ist natürlich im Augenblick nicht mit Sicherheit zu sagen. Es wird sicher auch davon abhängen, ob die Kommission weiter den Dialog mit der Zivilgesellschaft ausbaut und zum Beispiel das Angebot von Culture Action Europe annimmt, bei der Ausgestaltung der künftigen Netzwerkförderung mit den Betroffenen wirklich zusammen zu arbeiten.

Verstößt »Kreatives Europa« gegen die Kulturverträglichkeitsklausel?

Unabhängig von den Motiven der Verfasser bleibt aber die Tatsache bestehen, dass mit dem neuen Programm eine Erklärung der EU im Raume steht, die ganz offenbar die Kultur in unzulässiger Weise auf ihre ökonomische Seite reduziert. Diese Erklärung wird mindestens bis zum Jahr 2020 Bestand haben und Grundlage der EU-Kulturförderung sein. Zum einen können Mitarbeiter der Kommission, die jetzt der Kultur wohl gesonnen sind, in ein paar Jahren durch andere ersetzt werden. Zum anderen werden sich möglicherweise andere an der Ausrichtung dieses EU-Programmes orientieren, spätere Programme werden hieran anschließen. Rückwirkung auf die kulturpolitischen Diskurse in den Mitgliedsstaaten sind nicht ausgeschlossen. Letztlich stellt sich die Frage, ob mit der Forderung, das Kulturprogramm weitgehend nach ökonomischen Gesichtspunkten auszurichten, die EU nicht gegen die Kulturverträglichkeitsklausel verstößt, die seit den Verträgen von Maastricht zu den Grundlagen der EU-Kulturpolitik gehört. Denn dort heißt es: »Die Gemeinschaft trägt den kulturellen Aspekten bei ihrer Tätigkeit aufgrund anderer Bestimmungen dieses Vertrages Rechnung.« Nicht andersherum: Die Kultur hat sich an die jeweiligen Prioritäten der EU-Tagesordnung anzupassen.

Rückwirkung auf die kulturpolitischen Diskurse in den Mitgliedsstaaten sind nicht ausgeschlossen.

Andreas Kämpf ist Vorstandsmitglied der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren und Vorsitzender des Fachausschusses Europa/Internationales des Deutschen Kulturrates

MOMMERT MEINT

In der gegenwärtigen EU-Krise geht es vorrangig zwar um wirtschafts- und finanzpolitische Fragen, wobei der kulturelle Aspekt aber zu sehr in den Hintergrund rückt. Dabei haben schon immer verschiedene Experten und Kommentatoren wie zum Beispiel zuletzt wieder der Brüsseler ARD-Korrespondent Rolf-Dieter Krause auf das Problem eines »Europas der verschiedenen Kulturen« hingewiesen, die sich eben doch schwerer tun, einen gemeinsamen Nenner zu finden als viele gedacht hatten. Der frühere französische Staatspräsident Charles de Gaulle hatte in diesem Zusammenhang von einem »Europa der Vaterländer« gesprochen und damit auf den Mentalitätsunterschied der Europäer mit ihren verschiedenen Kulturen verwiesen, der sich eben doch auf der wirtschaftlichen Ebene stärker bemerkbar macht als viele gedacht hatten und mit einer gemeinsamen Währung noch lange nicht beseitigt ist. Gott sei Dank, kann man da auf der einen Seite sagen, weil es ja die kulturelle Vielfalt Europas beweist. Aber das birgt eben auch die Sprengkraft bei der angestrebten visionären Einigung Europas auf politisch-wirtschaftlicher Ebene. Also wird eigentlich die Quadratur des Kreises gesucht, der berühmte goldene Mittelweg. Dabei hatten schon Alexander Kluge und die rebellischen Studenten der damaligen Außerparlamentarischen Opposition (APO) der 60er-Jahre einen Leitspruch, der immer wieder gültig scheint: »In der allergrößten Not führt der Mittelweg zum Tod.« In Kunst und Kultur übrigens allemal, meint Mommert.

Das Leben mit der Kunst

Die Künstlerresidenz des Goethe-Instituts in Kyōto: Die Villa Kamogawa

MARCUS HERNIG

Kunst lebt, wo Künstler leben. Die Villa Kamogawa ist ein besonderer Ort: neu und alt zugleich, Neubestimmung und Geschichte in einem. Es ist ein Ort der Kunst, ein Ort, an dem Künstler leben.

Seit dem 26. Oktober 2011 besitzt das Goethe-Institut nun ganz offiziell eine Künstlerresidenz in Kyōto. Das ist das Neue. Bisher gab und gibt es zwar weltweit die unterschiedlichsten Residenzprogramme. Doch einen eigenen Ort, an dem Kunstschaffende aus Deutschland drei Monate lang recherchieren, Projekte entwickeln und umsetzen, den hatte das Goethe-Institut bisher noch nicht. Die Neugründung wurde unter anderem mit Bundespräsident Christian Wulff, Klaus-Dieter Lehmann, dem Präsidenten des Goethe-Instituts, sowie Kyōtos Bürgermeister Daisaku Kadokawa gefeiert. Das Haus am Fluss Kamogawa strahlte hell im Licht seiner neuen Bestimmung als Teil der Neuprofilierung des Goethe-Instituts Japan nach Fukushima. Zwölf Künstlerstipendiaten pro Jahr sind es, die hier nun wohnen, leben und arbeiten. Ausgewählt in München wissen sie sofort, wo sie sind, wenn sie fast 10.000 Kilometer weiter östlich ihr neues Zuhause auf Zeit zum ersten Mal betreten: In Japan, dem Land klassischer Ästhetik, reicher Tradition und modernster Technik. Tatami-Matten eingefasst in massive Holzrahmen, Rollbilder, elegante Papierlampen und Shoji-Schiebetüren begrüßen sie komplementär zu High-Tech-Elektroherden und Designer-Kühlschränken. »Von außen verbreitet das Haus auf den ersten Blick den Charme einer deutschen Kreissparkasse – von innen aber öffnen sich Deutschland und Japan dem Besucher«, so Andreas Schiekofer, der die Metamorphose des Goethe-Instituts Kyōto 2010 zur Künstlerresidenz Villa Kamogawa verantwortete. Während die Künstler im ersten Stock Japan empfängt, bietet das Erdgeschoss viel deutsches Design, eine Sammlung deutschsprachiger Bücher zur Gegenwartskunst und ein deutsches Café. Doch auch unten weiß der Besucher sofort, wo er ist: Das Teich-Ensemble im Innenhof des Hauses, umrahmt von sorgfältig beschnittenen Bäumen und Sträuchern, trägt alle Merkmale japanischer Gartenbaukunst. Das daran angrenzende Atelier bietet dem Kunstschaffenden aus dem fernen Westen einen Blick östlicher Inspiration. So wird Interkulturelles mit einem Mal anschaulich, ist sinnlich zu erfahren.

FOTOS: JAN SIEFKE

Das Goethe-Institut in Kyōto, eine der geschichtlich und kulturell bedeutendsten Städte Japans

Die Künstler können sich auf die ruhige Atmosphäre, die der Ort ausstrahlt, ganz einlassen. Sie können sich Zeit nehmen, ihre Projekte zu entwickeln, wenn auch drei Monate für ein wirkliches Ankommen in Japan sehr knapp sind. Vieles bleibt noch als Desideratum stehen, andererseits aber kann Unerfülltes auch zur Wiederkehr ermuntern. Die Villa Kamogawa soll sich zu einem offenen Ort der Begegnung entwickeln: Die Künstler können sich einem Fachpublikum und/oder der breiten Öffentlichkeit stellen. Workshops, Präsentationen, Lesungen und Vorträge zeigen dem Besucher, dass »Kunst hier lebt«. Viel wichtiger als alles schöne Innendesign ist das Einleben und Einfinden der Stipendiaten im »Hier«. Gelingt das nicht, dann ist das Haus austauschbar und verliert seinen Wert als besonderer Ort.

Kunst ist ein weites Feld, so weit, dass oft genug die Horizonte verschwimmen …

»Hier«, das ist Kyōto, die alte Hauptstadt Japans, das kulturelle Herz des Kaiserreichs. »Hier« sind 2.000 Schreine und Tempel, über 1.000 Jahre japanische Kulturgeschichte. »Hier« ist eine kaum zu überbietende Liebe für das Detail, den Tee, das Pflanzenarrangement vor dem traditionellen Eingangstor, neben dem der neue Hybrid-Toyota auf engem Raum parkt. »Hier«, das sind matcha-Tee am Philosophenweg, Licht und Schatten in Tempelhöfen und teure kaiseki-Dinner-Kunstwerke neben 24-Stunden-Supermärkten, die in viel Plastik eingeschweißte Sandwich-Pakete und Mikrowellen-Gerichte anbieten. »Hier« bietet dem Termine und Hektik geplagten Gegenwartsmenschen alle Möglichkeiten der Entschleunigung. Das ist für den deutschen Künstler günstig, um zu sich selbst und zu seinem Projekt zu finden. Daher kann und soll der Stipendiat am Kamo-Fluss (»gawa« bedeutet eben Fluss) sich seinen ganz eigenen Weg suchen, wie er sein Stipendium für sich am besten umsetzt.

»Hier« in Kyōto existiert auf kleinem Raum eine äußerst lebendige Kunstszene vom klassischen Noh-Theater-Meister bis zum Elektronik-Komponisten, der sich mit Fans und Gleichgesinnten im nahen Metro-Club direkt neben der Keihan-Regionalbahn trifft. »Hier« gibt es eine hohe Dichte von Kunsthochschulen und Kunstabteilungen, Arts Center und Museen, die lange Jahre schon Partnerschaften zum Goethe-Institut Japan unterhalten. »Hier« gibt es gleich mehrere Japanisch-Deutsche Gesellschaften und Stiftungen, die ihr Selbstverständnis aus Wagner-Opern, Johann Sebastian Bach, Heidegger und Bauhaus ziehen.

Die Villa Kamogawa hat ihre eigene deutsch-japanische Geschichte, denn ein Goethe-Institut in Kyōto gibt es bereits seit 1963. Das bestand zunächst aus wenigen Räumen im Haus der Stiftung Japanisch-Deutsches Kulturinstitut an der renommierten Universität Kyōto. 1983 zog man schließlich in das Haus am Fluss. Die Stiftung zog mit und hat bis heute noch immer ihren Platz im Hause. Die Deutschland-Interessierten Kyōtos lernten hier die deutsche Sprache, besuchten Veranstaltungsprogramme im Saal des damaligen Neubaus, erlebten die Fußballweltmeisterschaft 2006 live und kosteten deutsche Weine.

Viele fühlen sich noch immer mit dem Haus am Kamo-Fluss verbunden. Sie fragen nach dem, was dort heute vor sich geht. Dass sie gern in das neue, alte Deutschland-Haus am Fluss kommen, zeigte eine erste Veranstaltung der neuen Villa Kamogawa im Dezember 2011. Sie präsentierte Arbeiten der ersten Stipendiatengruppe. »Endlich sehen wir ›live‹ in Kyōto, was deutsche Künstler aktuell schaffen«, meinte einer der zahlreichen Gäste des Abends.

»Die Aufführung gehörte für mich zum Stipendium dazu«, sagten sowohl der Musiker Andi Otto als auch die Filmemacher Nina Fischer und Maroan El Sani. Auch der Choreograph Thomas Lehmen und der Tanz-Experte Franz-Anton Cramer hatten zuvor Fachpublikum in die Villa geladen. Alle fünf sind abgereist und nun haben die Bildhauerin Ulrike Möschel, die Schriftstellerin Silke Scheuermann, der Fotograf Hans-Christian Schink und der Filmemacher Thorsten Trimpop für drei Monate ihre Koffer am Kamo-Fluss abgestellt. Mit viel Neugier und viel Offenheit für Kyōtos besondere Atmosphäre – und Ideen im Gepäck.

Wichtig ist, dass mit ihnen »hier« im alten Kyōto etwas Neues entsteht. Wichtig ist auch, dass die Künstler etwas mitnehmen, das ihr Schaffen bereichert, ihre Kunst weiterformt. Die kann später dann vielleicht einmal in der Region Ostasien übergreifend gezeigt oder in Form von »Kamogawa-Tagen« in München einem deutschen Publikum präsentiert werden. Vielleicht wird es eines Tages auch ostasiatisch-deutsche Künstlerdialoge am Kamo-Fluss geben. Schon sind wir in der Zukunft, die viele Möglichkeiten bereithält.

Doch kehren wir zurück in die Gegenwart des Jahres 2012: Kunst ist ein weites Feld, so weit, dass oft genug die Horizonte verschwimmen und die Facetten genauso bunt und widersprüchlich sind wie ihre Akteure. Diese Spannung gehört zum Leben und zum Arbeiten in der Villa Kamogawa dazu. Alles muss möglich sein: Das Versinken in sich selbst und sein Projekt, der innere Dialog mit sich über sein Schaffen vor Ort, aber auch der äußere Dialog mit den Menschen Kyōtos und Japans, die großes Interesse an dem haben, was eine deutsche Kulturinstitution an aktueller Gegenwartskunst bereithält. Kunst lebt eben so, wie Künstler leben und wahrgenommen werden.

Die Villa Kamogawa soll sich zu einem offenen Ort der Begegnung entwickeln.

Marcus Hernig ist Institutsleiter des Goethe-Instituts Villa Kamogawa in Kyōto, Japan

Rationalität und Logik der Macht

»Wir glauben an die Logik der Rationalität. Sie glauben an die Logik der Macht. Das ist der Unterschied.«
Aliakbar Salehi, Außenminister Irans, Februar 2012

REINHARD BAUMGARTEN

Im Nahen Osten bahnt sich eine gefährliche Konfrontation an. Die Führung eines der kleinsten Länder der Region (Israel) denkt laut darüber nach, eines der größten Länder der Region (Iran) anzugreifen. Kaum jemand empört sich darüber, dass ein Staat einem anderen Staat offen mit Krieg droht. Warum auch? Der Drohende ist Israel, zu dem Deutschland aufgrund der Nazi-Verbrechen an den Juden ein besonderes Verhältnis pflegt. Der Bedrohte ist der Iran, der mutmaßlich nach Atomwaffen strebt und dessen Präsident wiederholt öffentlich die Vernichtung Israels gefordert hat.

Die Kräfteverhältnisse sind klar: Das geographisch kleine Israel ist der militärische Riese. Der geographisch große Iran ist der militärische Zwerg. Israel besitzt die besten Waffensysteme in der Region, Hunderte von hochmodernen Kampfflugzeugen und Raketen sowie Nuklearwaffen. Der Iran verfügt über westliches Kriegsgerät aus den 60er und 70er-Jahren, sowjetische und russische Kampfjets aus den 80er und 90er-Jahren, Raketen Marke Eigenbau und fünf größere Kriegsschiffe. Der Iran kann vielleicht auf Waffenhilfe der palästinensischen Hamas im Gaza-Streifen sowie der Hizbollah im Libanon hoffen. Israel hat die USA und Europa als Verbündete an seiner Seite. Kommt es zum Krieg, wird es ein ungleicher Kampf mit dennoch ungewissem Ausgang. Denn die Folgen der Zerstörung der iranischen Nuklearanlagen und weiter Teile der iranischen Infrastruktur sind unabsehbar.

Nahostansichten

Seit Jahren schon treiben beide Länder wie in einem Malstrom auf eine Eskalation zu. Es gibt keine Erbfeindschaft zwischen schiitischem Iran und jüdischem Israel. Beide Länder pflegten bis 1979 enge Beziehungen, sie arbeiteten in Sicherheitsfragen und militärisch eng zusammen. Es gibt keine Erbfeindschaft zwischen Persern und Hebräern. 2.500 Jahre gab es große jüdische Gemeinden auf dem Gebiet des heutigen Irans. Der geistige Austausch zwischen Juden und zoroastrischen Persern hat das Judentum der nachbabylonischen Zeit erheblich beeinflusst. Die angebliche Erzfeindschaft ist erst nach der Revolution von 1979 entstanden. In den vergangenen 33 Jahren hat sich diese Erzfeindschaft vielfach »bewährt«. Sie ist völlig irrational und folgt der Logik der Macht. Gäbe es sie nicht, müssten sie die politischen Führer beider Länder erfinden. Denn in beiden Ländern erfüllt sie einen ganz wichtigen Zweck: Sie beschreibt einen äußeren Feind und eine äußere Bedrohung und vereint im Innern gegen eben diesen Feind. Die inneren Probleme wie soziale Ungleichheit, wirtschaftliche Stagnation, moralische und ideologische Erosion geraten in den Hintergrund, wenn es eine angenommene (oder auch tatsächliche) äußere Bedrohung gibt. In den kritischsten Momenten der Islamischen Republik Iran haben äußere Feinde – oder eben deren Kreation – die Macht der Herrschenden zu sichern geholfen: 1980 der vom Westen geduldete Überfall Iraks auf den Iran; im gleichen Jahr die »Geburt der Erzfeindschaft« mit den USA durch die Besetzung von deren Botschaft; 1989 Salman Rushdies Buch »Die Satanischen Verse« und Ayatollah Khomeinis Todesfatwa gegen den britisch-indischen Schriftsteller; und heute die konkreten Drohungen Israels, militärisch gegen Irans Atomanlagen vorgehen zu wollen.

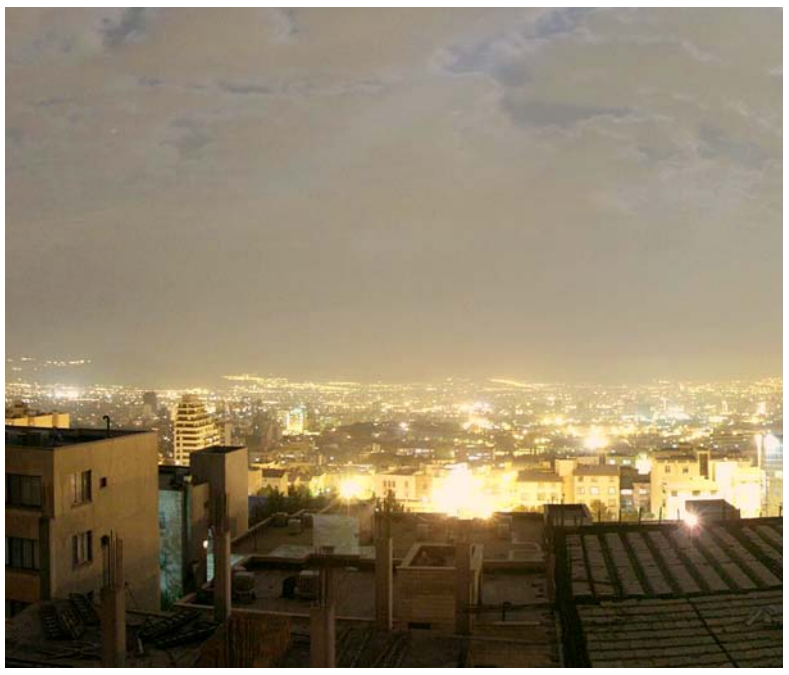


FOTO: DAWOOD / PHOTOCASE.COM

Blick über das nächtliche Teheran, Hauptstadt des Iran

Würde die iranische Führung an die Logik der Rationalität glauben, wie Außenminister Aliakbar Salehi vorgibt, dann würde sie Israel keine Gründe für mögliche Militärschläge liefern. Dann würde Teheran in Sachen Atom wirklich mit offenen Karten spielen. Dann würde Teheran sich weniger um die Belange der Palästinenser und mehr um die Zukunftschancen der eigenen Jugend kümmern. Dann würde Teheran das Leugnen des Holocaust verbieten. Aber auch die Führung in Teheran glaubt an die Logik der Macht. Sie glaubt, mit starken Worten und Drohgebärden zur regionalen Vormacht werden zu können. Der gegenwärtige Iran hat nicht das Zeug dazu, die Iraner schon. Das knapp 1,7 Millionen Quadratkilometer große Land ist ein schlafender Riese. Seine Menschen haben unglaublich viel Potential. Ein aus iranischer Sicht trauriger Beleg dafür sind Millionen von erfolgreichen Iranern in den Golfstaaten, in Europa und Nordamerika.

Auch Israels Führung glaubt allein an die Logik der Macht. Seit Jahrzehnten vertrauen die verschiedensten Regierungen im Wesentlichen auf die militärische Überlegenheit ihres Landes. Israels Stärke ist gleichzeitig seine größte Schwäche. Sie hat einen gerechten Frieden mit den Palästinensern, mit Syrien und dem Libanon verhindert. Israels Befürchtungen vor unkalkulierbaren Entwicklungen in den arabisch-muslimischen Ländern scheinen sich mit dem Aufstieg islamistischer Kräfte in den Nachbarstaaten zu bestätigen. Doch deren Erfolge sind die Folgen jahrzehntelanger Fehlentwicklungen. Vom Westen gestützte arabische Despoten folgten der Logik der Macht, nicht der Logik der Rationalität. Die Eskalation zwischen dem Iran und Israel ist unnötig und irrational, aber konsequent in der Kette der unsäglichen Fehlentwicklungen in Nahost.

Reinhard Baumgarten ist Hörfunkkorrespondent der ARD in Istanbul und zuständig für die Länder Iran, Griechenland, Türkei und Zypern

Freikarten für kulturelle Teilhabe

Wie es der Kulturloge Berlin gelingt, ehrenamtlich eine Groß-Offensive der Kulturvermittlung zu realisieren.

BIRGIT MANDEL

Nur rund zehn Prozent der Bevölkerung in Deutschland, zum größten Teil besser verdienende Akademiker, nutzen regelmäßig Kulturangebote. Wie es gelingen könnte, auch andere Gruppen der Gesellschaft als Besucher für kulturelle Veranstaltungen zu gewinnen, sie für Kunst und Kultur zu interessieren und mobilisieren, darüber rätseln die Marketingabteilungen der (öffentlichen) Kultureinrichtungen.

Als besonders schwer zugänglich erweisen sich diejenigen, die noch niemals kulturelle Veranstaltungen besucht haben, weil Kunst und Kultur in ihrem Leben und ihrem Bekanntenkreis überhaupt keine Rolle spielt, weil es bereits im Elternhaus keinerlei Zugang gab, weil man glaubt, nichts davon zu verstehen, weil Kunst und Kultur eher als Luxus besser verdienender, hoch gebildeter Eliten wahrgenommen werden, denn als etwas, was auch mit dem eigenen Leben zu tun haben könnte. Für diese Gruppen Strategien des Audience Development zu entwickeln, scheint fast unmöglich und gelingt Kultureinrichtungen in der Regel nur für die Zielgruppe Kinder über Kooperationen mit Schulen.

Gründungen von Kulturlogen

Seit zwei Jahren gibt es die Initiative der Kulturlogen in vielen Großstädten Deutschlands, in der sich Kulturenthusiasten ehrenamtlich engagieren, um nach dem Tafelprinzip übrig gebliebene Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen an finanziell Bedürftige zu verteilen. Kultur als Lebensmittel – auch wenn dies immer wieder von Kulturpolitikern postuliert wird, so erscheint das Vorhaben Kulturloge zunächst naiv angesichts der Erkenntnisse über kunstferne Bevölkerungsgruppen. Denn warum sollten Menschen, die keine Motivation und keinen Bezug dazu haben, sich plötzlich für Theater, klassische Konzerte etc. interessieren? Gelingt es mit der Initiative Kulturloge tatsächlich, neue Nutzer für kulturelle Angebote vor allem aus bildungsfernen Milieus zu gewinnen?

Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, führte das Institut für Kulturpolitik im letzten Jahr eine repräsentative Befragung der registrierten Kulturlogennutzer mittels eines online-basierten standardisierten Fragebogens durch sowie eine Leitfaden-basierte Befragung der ehrenamtlichen Mittler der Kulturloge Berlin. Aktuell stellen ca. 120 Berliner Institutionen unterschiedlicher kultureller Sparten vom Kindertheater über Comedy bis zu klassischen Musikkonzerten der Kulturloge ca. 1.200 Karten pro Monat zur Verfügung, die von rund 60 ehrenamtlichen Vermittlern, die meisten Frauen, die bereits im Rentenalter sind, telefonisch vergeben werden. Der Kontakt zu den Nutzern wird vor allem über die kostenlosen Essensausgaben sowie Initiativen weiterer Sozialeinrichtungen aufgebaut. Derzeit sind etwa 5.000 finanziell Bedürftige, darunter 1.000 Kinder, als »Gäste« der Kulturloge registriert, jeden Monat kommen rund zehn weitere hinzu, die im Schnitt alle zwei Monate Freikarten-Angebote erhalten.

Kulturkontakte ermöglichen

Die Befragung ergab folgende zentrale Ergebnisse: Nicht-Besucher werden zu Besuchern. Menschen, die vorher keine kulturellen Angebote genutzt haben, werden durch die Kulturloge dazu motiviert. Allerdings zeigt sich auch hier eine deutliche Korrelation von Kulturnutzung und Bildung: Von den Gästen der Kulturloge verfügt gut die Hälfte der Befragten über das Abitur. Immerhin knapp die Hälfte hat nur Real- oder Hauptschulabschluss, ein deutlich höherer Anteil als bei den Stamm-Kultur-Nutzern, die größtenteils über einen Hochschulabschluss verfügen. 73 Prozent der Gäste wurden in den sozialen Einrichtungen und bei Essensverteilungen der Tafeln durch persönliche Ansprache auf das Angebot der Kulturloge aufmerksam. Die Zusammenarbeit mit den sozialen Einrichtungen ist also wesentlich für die erfolgreiche Ansprache der Gäste. Die überwiegende Mehrheit der Befragten schätzt besonders die Möglichkeit, eine zweite Karte zu bekommen, also jemand anderen einladen zu können und den Kulturbesuch damit auch als soziales Ereignis zu genießen. Für 75 Prozent der Gäste der Kulturloge ist es zudem wichtig, keinen Nachweis über ihre Bedürftigkeit an der Abendkasse der Veranstalter erbringen zu müssen. Für die Gäste ist es nicht relevant, welche kulturelle Einrichtung im Angebot ist, sie sind grundsätzlich interessiert an kultureller Teilhabe. Sie interessieren sich sowohl für klassische Kulturangebote wie für unterhaltungsorientierte Veranstaltungen. Die Nachfrage, ob die Gäste einen Lieblingsveranstalter hätten, bestätigte diese Erkenntnis: Lediglich zehn Prozent der Befragten nannten eine präferierte Kultureinrichtung. Als die wichtigsten Motive für ihre Registrierung bei der Kulturloge nennen die Gäste neben grundsätzlichem Interesse an Kulturveranstaltungen, die kostenlose Teilnahme sowie den Wunsch nach mehr sozialer und kultureller Teilhabe. 95 Prozent der Gäste fühlen sich persönlich bereichert nach dem Besuch der Veranstaltungen, was ein erstaunliches Ergebnis ist, wenn man bedenkt, dass viele davon zum ersten Mal eine bestimmte Kulturform erlebt haben. Auch einige der befragten Veranstalter machten die Beobachtung, dass es bei den Kulturlogen-Gästen offensichtlich eine hohe Toleranz auch gegenüber neuen, experimentellen Kulturformen gibt, möglicherweise gerade deswegen, weil sie noch keine Vorerfahrungen und bestimmte Erwartungen haben.

FOTOS: ARNDT BECK

Der Schlüssel zur Kultur – Zeichen der Kulturloge Berlin

FOTO: LEV KHESIN

Für die Arbeit der Kulturlogen ist die personale Vermittlung durch Ehrenamtliche von großer Bedeutung, um die Zielgruppe zu erreichen. Die Kulturloge Berlin wurde 2010 gegründet.

Die befragten Vermittlerinnen der Kulturloge nannten als wesentliche Motive für ihr ehrenamtliches Engagement neben dem Wunsch, etwas Sinnvolles tun, ihre eigene Begeisterung für Kunst und Kultur: Kunsterlebnisse, die sie selbst als sehr bereichernd für das eigene Leben erfahren haben, möchten sie gerne weitergeben. Alle Vermittlerinnen sind der Überzeugung, dass Kunst sowohl gesamtgesellschaftlich wie auch für die individuelle Lebensqualität wichtig ist. Für sich selbst schätzen sie die mit der Tätigkeit verbundene Chance, sich noch intensiver mit Kunst auseinanderzusetzen, da sie ja die jeweiligen Angebote den Gästen im Vorfeld »erklären« beziehungsweise diese dafür interessieren müssen. Der Kultur-Enthusiasmus der Vermittlerinnen, die sowohl neue Gäste akquirieren wie auch die Freikarten für kulturelle Angebote in vielen Telefonaten persönlich vermitteln, erweist sich als der zentrale Erfolgsfaktor der Kulturloge.

Alle Ehrenamtlichen haben ihre Arbeitsleistungen ungefragt angeboten, nachdem sie vor allem über Zeitungsberichte von der Kulturloge gehört hatten. Darüber hinaus bieten sich zunehmend auch registrierte Gäste des Kulturlogenservice an, ehrenamtlich mitzuarbeiten, um Positives zurückzugeben: »Aus Bedürftigen werden Gebende«.

Als Fazit ist festzuhalten, dass der Erfolg der Kulturloge vor allem auf zwei Faktoren beruht: der Möglichkeit der Gäste, eine Begleitperson mitnehmen zu können und mit dieser einen ganz besonderen »Live-Kulturabend« verbringen zu können, sowie der persönlichen Ansprache und Motivation der Gäste durch die ehrenamtlichen Vermittler. Obwohl finanziell Bedürftige über den sogenannten Berlin-Pass grundsätzlich Karten bei öffentlichen Kulturveranstaltern zum Preis von nur drei Euro erhalten könnten, werden diese nur wenig genutzt. Deutlich wird, dass es zunächst einer personalen Vermittlung bedarf, damit kulturelle Angebote in Bevölkerungsgruppen wahrgenommen werden. Mitnahmeeffekte in dem Sinne, dass Kultureinrichtungen kostenlos Karten an Personen vergeben, die ansonsten bezahlt hätten, sind nicht zu erkennen.

Kulturlogen als zivilgesellschaftlicher Akteur

Das Konzept der Kulturloge erweist sich als ein effektives Instrument des Audience Developments, mit dem auch bislang nicht-kunstaffine Erwachsene erreicht werden können. Die aufwändige Tätigkeit der Kulturloge ist nur durch ein hohes ehrenamtliches Engagement erreichbar. Hauptamtlichen Mitarbeitern von Kulturinstitutionen fehlt sowohl der direkte Zugang zu diesen normalerweise besonders schwer erreichbaren Zielgruppen wie vor allem auch die Zeit für die persönliche Ansprache. Mit den Kulturlogen kommt ein wertvoller zivilgesellschaftlicher Akteur im Bereich des Audience Development ins Spiel, der durch bürgerschaftliches Engagement die Bedeutung von Kunst und Kultur für die individuelle und gesellschaftliche Lebensqualität breit kommuniziert. Bürger und vor allem Bürgerinnen vermitteln ihre eigene Begeisterung für Kunst und Kultur an andere weiter und zwar ohne Verwertungsinteressen und vor dem Hintergrund eines breiten, hierarchiefreien Kulturbegriffs. Insofern sind Kulturpolitik und öffentliche Kulturinstitutionen gut beraten, mit den Kulturlogen zu kooperieren.

Ausführliche Ergebnisse der Studie können auf der Forschungsplattform des Instituts für Kulturpolitik online auf *www.kulturvermittlung-online.de* eingesehen werden.

Birgit Mandel ist Professorin für Kulturmanagement und Kulturvermittlung an der Universität Hildesheim

Die Ambivalenz des Reformators

WOLFGANG HUBER

In der Lutherdekade, die auf das Reformationsjubiläum des Jahres 2017 hinführt, war das Jahr 2011 dem Thema »Reformation und Freiheit« gewidmet. Wie zentral dieses Thema für Luther war, geht bündig aus seiner Schrift »Von der Freiheit eines Christenmenschen« (1520) hervor. Deren berühmte Doppelthese lautet: »Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.« Die Freiheit des Glaubens und die Liebe zum Nächsten sind in diesen beiden Sätzen aufs Engste miteinander verknüpft. Die Befreiung aus den Verkehrungen des menschlichen Daseins und die Befreiung zu einem verantwortlichen Leben gehören zusammen; »Freiheit von …« und »Freiheit zu …« bilden eine Einheit. Entscheidend am Erbe der Reformation ist die Lebensform verantworteter Freiheit.

Luther 2017

Mit dieser Kolumne begleiten wir das Reformationsjubiläum.

Die Lutherdekade ist kein Jubeljahrzehnt. Gerade wer den reformatorischen Aufbruch als einen Aufbruch zur Freiheit versteht, wird Schatten und Grenzen der Person Martin Luthers wie der Reformation insgesamt nicht aussparen. Wie tief Luthers Empfindungen mit der mittelalterlichen Welt verbunden blieben, braucht nicht verschwiegen zu werden. Dass es Phasen in seinem Leben gab, in denen er hinter jedem Busch einen Teufel witterte, wirkt auf uns Heutige befremdlich – auch wenn unser manchmal reichlich harmloses und oft genug nur vermeintlich aufgeklärtes Weltbild zu Rückfragen Anlass gibt.

Luthers mitunter polemischer Charakter, seine ambivalente Rolle in den Bauernkriegen, seine beschämenden Aussagen zu den Juden und sein Kommentar zu den Expansionsbestrebungen des Osmanischen Reichs – all dies gehört in das Bild seiner Person hinein. Gesundheitliche Belastungen trugen zu seinem manchmal aufbrausenden Wesen bei. Wir reden von einem Menschen mit seinem Widerspruch. Vergangene Jubiläumsfeiern für Martin Luther wie für die Reformation haben diese Ambivalenz mitunter verdrängt.

Zurückliegende Jubiläen können auch als Lehrstunden dafür dienen, wie Luther für das »nationale Erbe« vereinnahmt wurde. So sehr wir seinen Beitrag zur deutschen Kultur, insbesondere die Prägekraft, mit der er die deutsche Sprache gestaltete, würdigen, so wenig Anlass haben wir, die Überlegenheitsgesten zu wiederholen, mit denen Martin Luther und ein vermeintliches »deutsches Wesen« zusammengebracht wurden. Deutsche im Inland wie im Ausland wurden unter Berufung auf Luther lange Zeit dazu verführt, Patriotismus und Nationalismus miteinander zu verwechseln.

All das wird im Blick sein, wenn auf dem Weg zum Jahr 1517 nicht nur Leben und Theologie Martin Luthers, sondern die Reformation und ihre Wirkungsgeschichte insgesamt verstärkt in den Blick treten. Dabei wird es vor allem darum gehen, die Bedeutung zu entfalten, die der reformatorischen Entdeckung der Freiheit für Gegenwart und Zukunft zukommt.

Kulturell hat die Reformation vor allem deshalb gewirkt, weil sie eine Bildungsbewegung war. Jeder sollte einen eigenen Zugang zum biblischen Wort haben; schon deshalb musste dem verbreiteten Analphabetismus ein Ende gemacht werden. Eine gemeinsame Sprache war dafür nötig; deshalb hat Luthers Bibelübersetzung tief auf die Entwicklung der deutschen Sprache eingewirkt. In der reformatorischen Tradition ist Bildung eine der Folgen der christlichen Freiheit. Philipp Melanchthon gab für diese Bildung eine klare Parole aus: »Wähle dir vom Besten das Beste aus, und zwar, was zur Kenntnis der Natur und zur Bildung des Charakters beiträgt. Vor allem ist hierbei die griechische Bildung vonnöten, die die gesamte Naturwissenschaft umfasst, um über die Ethik sachkundig und gewandt sprechen zu können.«

Ich zitiere diese Worte, weil sie zeigen, wie sich die Reformation in die europäische Bildungsgeschichte eingezeichnet hat. Europa in seiner durch Antike und Christentum geprägten Gestalt und eine Bildung, die diese Gestalt erschließt, gehören zusammen. »Beste Bildung für alle« ist der Impuls der Reformation. »Beste Bildung für alle«, ob Migranten- oder Einzelkind, ob mit Behinderungen oder hochbegabt – das ist die Herausforderung unserer Zeit.

FOTO: CHRISTIAN MELMS / EKD

Mündige Christen treten für die Bildung mündiger Bürger ein. Bildungschancen können deshalb nicht nach der sozialen Herkunft verteilt werden; überkommene Strukturen dürfen den freien Zugang zur »besten Bildung für alle« nicht behindern.

Von vergleichbarer Bedeutung ist der Einfluss der Reformation auf die Kultur des Zusammenlebens. Sie entwarf das Bild einer christlichen Gemeinschaft, die sich ohne geistliche Standesunterschiede Gott zuwendet und priesterlich füreinander eintritt. Kein Stand zeichnet sich vor den anderen durch eine besondere Weihe oder ein besonderes Gelübde aus; deshalb ist die Übernahme jeder ethisch zu verantwortenden weltlichen Aufgabe zugleich eine »Berufung« im geistlichen Sinn.

Hier liegt der Ursprung der neuzeitlichen Vorstellung vom Beruf. Auch die Prägung dieses Worts geht auf Luther zurück. Mit ihm vollzieht sich eine unerhörte Aufwertung des Diesseits; denn der weltliche Beruf gilt nun als wichtiger Bewährungsraum des Glaubens. Diese Auffassung vom Beruf hat die moderne Welt, gerade auch das Feld wirtschaftlicher Verantwortung geprägt. Nicht nur auf Johannes Calvin, sondern auch auf Luther muss man achten, wenn man den reformatorischen Wurzeln der modernen Wirtschaftsweise nachgehen will. Der Gedanke der geistlichen Gleichheit vor Gott wurde zugleich zu einer entscheidenden Triebkraft auf dem Weg zur Demokratie, die sich in protestantisch geprägten Staaten wie den Niederlanden und der Schweiz, aber auch in Großbritannien und den USA die Bahn brach.

Die kulturellen Wirkungen der Reformation, des Aufbruchs zur Freiheit, reichen tief hinein in die politische Kultur unserer Zeit. Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Lutherdekade, das kulturelle Gedächtnis zu stärken und unserem kulturellen Bewusstsein das nötige Maß an historischer Tiefenschärfe zu verleihen.

Wolfgang Huber war bis 2009 Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2011 erhielt er den Kulturgroschen des Deutschen Kulturrates

Kommentar zur Nominierung Joachim Gaucks zum Bundespräsidenten

»Wir sind nicht dazu da, vor dem Verbrechen zu kapitulieren und vor dem Unheil zu flüchten.«

REGINE MÖBIUS

Die plötzliche Nominierung Joachim Gaucks zum Bundespräsidenten löst im Wesentlichen drei Reaktionen aus: Das Tempo hat überrascht, die Sinneswandlung der Kanzlerin erstaunt und die breite Zustimmung in den Parteien lässt eine erleichterte Stimmung vernehmen. Der Satz vom »Bundespräsident der Herzen« geht um. Und das hat Gründe.

Mit dem Versagen Christian Wulffs ist vieles wieder deutlicher geworden: Wir leben in einer Zeit, in der wir eine Grundhaltung besonders benötigen und die, wie jüngste Ereignisse zeigen, immer rarer wird: Diese Grundhaltung ist Vertrauen. Der grassierende Vertrauensschwund hat mehrere Ursachen. Die Beziehung der einzelnen Bürger und die Beziehungen der gesellschaftlichen Kräfte sind nicht mehr klar strukturiert, die gesamtgesellschaftliche Situation hat Freiräume geschaffen, die es ermöglichen, Verankerungen und Identitäten zu zerstören und eine problematische Ortlosigkeit herzustellen. Und da besinnt sich ein Teil der Bevölkerung wieder einmal auf die Notwendigkeit einer Wertestruktur, auf die Notwendigkeit individueller Verantwortung in einer demokratischen Grundordnung. Selbstverständlich ist das keine Einmann-Leistung, da die Situation auch nicht an einem einzigen Angelpunkt festzumachen ist. Sie lässt sich weder bewerkstelligen, indem man sich auf einen erhöhten Standpunkt stellt, von dem aus mit einfachen Hebelbewegungen das Ganze zu verändern wäre – die Gauck-Euphorie könnte dazu verleiten – noch ist es als realistisch einzuschätzen, auf eine Kraft der Gesellschaft zu setzen, um zerstörte Mechanismen zu reparieren und verlorengegangenes Vertrauen wieder aufzubauen.

Hat sich die Machtsphäre zu einer nach eigenen Regeln funktionierenden Wirklichkeit verselbstständigt, verlieren sich die moralischen Maßstäbe von Gewissen und Verantwortung in einer Grauzone entlastender Gründe. Unstrittig ist, dass Politiker denselben moralischen und gesetzlichen Anforderungen unterliegen, wie jeder andere Bürger der Zivilgesellschaft.

Nun hofft man, dass Gauck einlöst, was man nach dem Rücktritt von Bundespräsident Wulff – es ist der zweite Rücktritt eines Staatsoberhauptes binnen zweier Jahre – deutlich vermisst hat: Lebensklugheit und Vertrauen.

Als Gauck vor zwei Jahren für die SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen Wulff kandidierte, erhielt er einen Popularitätsschub, der ihn fast in den Himmel katapultierte. Ein Ort, an dem er sich trotz langjährigen Pfarrerdaseins als künftiger Bundespräsident nicht wähnen sollte.

Die Nominierung Gaucks zum Bundespräsidenten signalisiert, dass die Bevölkerung und die Politik sich einer Persönlichkeit zugewendet haben, deren durchs Leben gehärtete Biographie sich den Grundwerten unserer Gesellschaft verpflichtet fühlt. Bewiesen hat er das in seinem bisherigen Leben als Pfarrer, Bürgerrechtler und erster Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde. Der 72-jährige Gauck ist rhetorisch brilliant und, obwohl ihm mancher predigerhaftes Pathos zuschreibt, eindeutig in der Argumentation. Gespannt wird man sein, ob er als Lernender in den Prüfstand seines Amtes tritt, wie intensiv er sich sozialen Fragen öffnet, kulturelle und interkulturelle Themen fokussiert und die Politik der Parteien mitnimmt. Fünf begleiten Gauck jetzt ins Amt: CDU, CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Eine Blitzumfrage des ZDF ergab, dass fast 70 Prozent der Bevölkerung seine Nominierung begrüßen: Ein hoher Bonus, den eine ebenso hohe Erwartungshaltung an neue Qualitäten begleitet. Auch Angela Merkel hat sich von Gaucks Popularität stimulieren lassen und ihr früheres Nein zum Präsidentschaftsbewerber in ein unüberhörbares Ja umgewandelt. Dazu meinen die Einen, sie habe dem Drängen der FDP nachgegeben, die Anderen halten es für ihre Professionalität, mit Fehlern umzugehen. Diese Professionalität kann man Gauck für kommende Zeiten nur wünschen.

Ihn hat die Wende zum Politiker gemacht hat. Der einstige Pfarrer und Bürgerrechtler hat nicht nur begangenes Unrecht als menschenverachtende Hinterlassenschaften des DDR-Regimes in zehnjähriger Arbeit aufgearbeitet, er ist zu einem überzeugten Verteidiger von Demokratie und Freiheit geworden. Die persönliche Freiheit ist für ihn ein zentrales Gut. Verteidigt hat er sie stets mit Zivilcourage und Widerständigkeit. Diese Haltung verlangt Gauck unumwunden von seinen Mitbürgern: »Wir sind nicht dazu da, vor dem Verbrechen zu kapitulieren und vor dem Unheil zu flüchten.« (29. November 2010, vor der Entgegennahme des Geschwister-Scholl-Preises)

Die Herausforderungen vor die uns die Wiedervereinigung des Landes gestellt hat, setzt um in eine bewusste Identifikation mit ihnen. Gauck ist ein gesamtdeutscher Ostdeutscher, dessen kritischer Geist eine vernunftorientierte und politisch wache Öffentlichkeit stärken kann. Das sollte ein Gewinn sein für weiteres Zusammenwachsen unseres Landes.

Regine Möbius ist Vizepräsidentin des Deutschen Kulturrates und Bundesbeauftragte für Kunst und Kultur der ver.di

FOTO: MICHAEL KIRSTEN

Stefan Haupt vor Michael Timpsons »A Horse Man Rode Out«.

Dreißig Silberlinge

Urheberrechtsanwalt und Kunstsammler Stefan Haupt im Porträt

ANDREAS KOLB

Dreißig Silberlinge – so hieß die Ausstellung mit Teilen der Sammlung des Urheberrechtsanwalts und Kunstsammlers Stefan Haupt im Herbst 2011. Der Name ist programmatisch, Haupt interessiert sich beim Sammeln in erster Linie für den Zusammenhang von Kunst und Geld. Die Ausstellung in der Halle am Wasser beim Hamburger Bahnhof wurde von Bettina Busse vom Museum für Angewandte Kunst in Wien kuratiert, die ihre Aufgabe darin sah, die private Sammlung, die erstmals öffentlich gezeigt wurde, in ihrer ganzen thematischen Breite vorzustellen.

Es gibt Sammler und Nicht-Sammler. Der Berliner Urheberrechtsanwalt Stefan Haupt gehört fraglos zu den Ersteren. Die Anfänge von Haupts Sammlerleidenschaft lassen sich bis in seine Kindheit zurückverfolgen. Seine ersten Sammlerobjekte waren Matchbox-Autos, danach folgten Schallplatten. Da Sammler aber kein bürgerlicher Beruf ist, sah sich Haupt gezwungen, ein Jurastudium in Leipzig aufzunehmen: »Ich war einer der Unentschlossenen, die erst mal Jura studierten, weil sie sich für nichts Anderes so richtig entscheiden konnten.« Während des Studiums zwischen 1983 und 1987 absolvierte Haupt zwei Praktika im Deutschen Fernsehfunk, wo seine Mutter als Journalistin tätig war. Er kam in der Rechtsabteilung mit dem Urheberrecht in Berührung. Eine Materie, die ihn bis heute nicht mehr losgelassen hat. Inzwischen hat Haupt zum Thema Urheberrecht promoviert und ist seit über 20 Jahren auf diesem Gebiet tätig, was u. a. in zahlreichen Veröffentlichungen und Vorträgen seinen Ausdruck gefunden hat.

Da der Bezug des Künstlers zum Urheberrecht ein sehr unmittelbarer ist, kamen bald viele bildende Künstler und Galeristen zu ihm in die Kanzlei, die ihn um Rat fragten. Der Gedanke, sich selbst auch einmal ein Kunstwerk zu kaufen, lag auf der Hand. Haupt erinnert sich: »In den Anfangsjahren habe ich nur solche Kunstwerke erworben, die meiner jeweiligen Stimmung entsprochen haben. Alles begann mit einem Besuch in Kopenhagen, während dem ich eine «Amorphous Body Sculpture» des New Yorker Künstlers Charles Long gekauft hatte. Danach erwarb ich jedes Jahr ein weiteres Kunstwerk.« Bald wollte der Anwalt seiner Sammlung mehr Struktur geben und entschied sich daher Mitte der 90er-Jahre für das Thema Fotografie. »Fotografie durchaus auch unter urheberrechtlichen Gesichtspunkten, weil es dabei immer um die Frage ging: Ist Fotografie Kunst, die mit einem Mehrwertssteuersatz von sieben Prozent belastet wird, oder handelt es sich um Handwerk mit damals vierzehn Prozent? Das war bei der Bewertung von Kunstwerken stets ein sehr wichtiger Aspekt.«

Eine Begegnung mit dem taiwanesischen Künstler Ming-Wei Lee war für Haupt letztlich ausschlaggebend, sich sein neues Sammelthema »Kunst und Geld« zu suchen. Er erwarb eine von dessen Fotoarbeiten im Rahmen von Lees Aktion »Money for Art«, für die der Künstler aus 10-Dollar-Scheinen Origami-Skulpturen gefaltet hatte und diese an neun verschiedene Leute gab. Nachdem eine gewisse Zeit verstrichen war, prüfte Lee, was aus diesen Figuren geworden war und dokumentierte die Resultate fotografisch. »Ich war von den Arbeiten begeistert, weil damit ein Thema, das in den 90er-Jahren nicht auf der Tagesordnung stand – nämlich Geld – auf eine Art und Weise präsentiert wurde, dass man Spaß daran hatte, es anzusehen.«

In seiner Kanzlei hat Stefan Haupt über 15 Jahre hinweg temporäre Ausstellungen mit jungen Künstlern organisiert und als seine eigene Sammlung immer mehr anwuchs, zog sie 2005 innerhalb der Stadt Berlin von seiner Wohnung in seine Kanzlei um. Nach der Premiere in der Halle am Wasser hinter dem Hamburger Bahnhof ist die öffentliche Wahrnehmung Haupts als Sammler deutlich gestiegen. Künstler, Galeristen oder kunst- und/oder geldinteressierte Menschen rufen an, mailen oder kommen persönlich in die Kanzlei, schauen sich den Teil der Sammlung an, der hier hängt, und bringen immer wieder eigene Arbeiten mit. »Es sind immer wieder Werke dabei«, freut sich Haupt, »bei denen ich von den Überlegungen der Künstler fasziniert bin. Diese Faszination ist die Grundlage für eine neue Ankaufsentscheidung.«

Danach gefragt, ob er sich vorstellen könnte, selbst Galerist zu werden, winkt er ab. Der Anwaltsjob mache ihm Spaß, er könne sich darin mit genügend Themen beschäftigen, die ihn herausforderten. »Ich lebe letztendlich von den Erfahrungen, die ich in den letzten 25 Jahren gemacht habe und das Schöne an dem Job ist, dass man mit der zunehmenden Erfahrung immer besser wird. Man lernt die Menschen besser kennen, man lernt besser mit den Gerichten umzugehen, man weiß, wie man Dinge vorbereiten muss, um damit erfolgreich zu sein. Das ist das, was ich gerne mache.«

Seit 15 Jahren arbeitet Haupt in der Arbeitsgruppe Urheberrecht des Deutschen Kulturrats mit, die in den vergangenen Jahren vor allem über den Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Kultur in Deutschland« diskutierte. »Man hat dabei festgestellt, dass die Enquete-Kommission einen völlig anderen Blickwinkel auf das Urheberrecht hatte, als die Berufs- und Branchenverbände sowie die Verwertungsgesellschaften, die im Deutschen Kulturrat organisiert sind. Da ist es schwierig, einen Konsens herzustellen. Vom Grundgesetz sind sowohl die Informationsfreiheit als auch Eigentum – wozu das Urheberrecht gehört – geschützt. Die Richtlinie der EU zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft wurde 2003 in Deutschland durch den sogenannten ersten Korb umgesetzt. Die Regelungen im ersten Korb stärken dabei vor allem die Rechteinhaber in ihren Positionen. Die große Chance, das Urheberrecht an die Informationsgesellschaft anzupassen, hat man bis heute vertan. Nun kommt es dazu, dass die gesellschaftliche Wirklichkeit und das geltende Recht immer weiter auseinanderklaffen. Da verstehen die Menschen das Recht nicht mehr und ich kann sagen: Damit haben sie recht. Das Einfachste wäre, das Tor komplett zu öffnen, und jeder Bürger müsste künftig – analog zu den GEZ-Gebühren für Rundfunk und Fernsehen – eine Flatrate für das Internet bezahlen. Das wäre eine akzeptable Lösung.«

Wer Stefan Haupts Leidenschaft für bedrucktes Papier und das Magische an der Wertschöpfung teilt, dem seien folgende Ausstellungen empfohlen: Die Sammlung Haupt »Dreißig Silberlinge – Kunst und Geld« wird im Rahmen der Ausstellung »Der Goldene Käfig« vom 24. März bis 19. Mai 2012 im KunstBüroBerlin gezeigt. In der Zeit vom 20. Mai bis zum 2. September 2012 gastiert die Sammlung in Stendal im Altmärkischen Museum.

Weitere Informationen finden Sie online unter *www.sammlung-haupt.de* und *www.kunstbueroberlin.de*.

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Ferdinand Grimm – der unbekannte Bruder

GEORG RUPPELT

In diesem Jahr werden nicht nur in Deutschland »200 Jahre Brüder Grimm« gefeiert, denn 1812 begannen die »Kinder- und Hausmärchen« der Gebrüder Grimm – so die veraltete Bezeichnung für ein Brüderpaar – zu erscheinen. Genauer gesagt: Wir feiern die weltberühmten Märchensammler und Germanisten Jacob und Wilhelm Grimm. Weniger wird man der anderen vier Geschwister der berühmten Familie gedenken, die das Erwachsenenalter erreichten. Und kaum wird Ferdinand Philipp Grimm erwähnt werden, denn der war das schwarze Schaf der Familie. Helmut Henne formulierte mit schönem Märchenbezug: »Eine böse Fee hielt ihre Hand über Ferdinands Leben«.

Dem Ehepaar Philipp Wilhelm und Dorothea Grimm wurden neun Kinder in ihrer 13-jährigen Ehe geboren, fünf Brüder und eine Schwester erreichten das Erwachsenenalter. Außer Jacob und Wilhelm, den beiden ältesten, kam Ludwig Emil als Maler zu Ruhm und Ehren.

Ferdinand Philipp Grimm aber, geboren am 18. Dezember 1788 in Hanau, gestorben am 6. Januar 1845 in Wolfenbüttel, blieb zeitlebens von der Unterstützung seiner ältesten Brüder abhängig, denen er beim Sammeln von Sagen half. Ferdinand führte ein unstetes Leben an verschiedenen Orten Deutschlands. Sein Bruder Ludwig Emil schrieb über ihn: »Es ist jammerschade, daß er nie mit Ernst eine Beschäftigung getrieben hat. Er hatte ausgezeichnetes Talent für Musik, Malerei und ein seltenes Nachahmungstalent. […] Aber er war eigensinnig, verschlossen und oft unumgänglich.«Die letzten zehn Jahre seines Lebens verbrachte Ferdinand in dürftigen Verhältnissen in Wolfenbüttel. 1837 schrieb er in einem Brief, dass er bei Gärtnersleuten in einer feuchten und engen Stube lebe und kein Geld für Heizung habe. Das, was ihm die Brüder schickten, benötige er für Schwarzbrot, Branntwein, alte Wurst und Kaffee. Selten habe er sich warmes Essen leisten können.

Unverdrossen aber lieh er sich Bücher in der berühmten Wolfenbütteler Bibliothek aus und sammelte in seiner Umgebung Geschichten, die ihm – anders als seinen berühmten Brüdern – wirklich einfache Leute erzählten, so etwa Abergläubisches: Wenn etwa an Winterabenden kleine Schmetterlinge um das Licht flögen, dürfe man diese nicht stören oder gar töten, denn das brächte Unglück. Wenn man dies nicht täte, würden die kleinen Wesen jedoch Glück bringen. Und wenn man nicht wolle, dass einen der Alptraum drücke, dürfe man seine Schuhe nicht mit den Spitzen gegen das Bett stellen. Ferdinand Grimm veröffentlichte unter Pseudonym zwei eigene Bände mit Volkssagen; nach seinem Tod erschien eine Sammlung von »Burg- und Bergmärchen« unter dem Namen Friedrich Grimm. (Friedrich hieß übrigens ein früh verstorbener Bruder.)

Georg Ruppelt ist Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek, Hannover

Kulturmensch Gerhard Richter

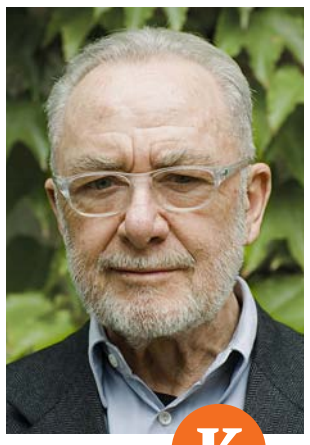


FOTO: HUBERT BECKER

Künstler, so das Mantra der Gegenwart, kann in der digitalen Welt scheinbar jeder werden. Die analoge Realität ist jedoch eine andere, denn allem Anschein nach gehören zum Künstlerdasein mehr als Mausklicks und versatzartiges Zusammenschustern von Vorhandenem. Dass copy and paste allein keine Kunst schafft, sondern Talent und Schaffensdrang die Grundlage einer Künstlerexistenz ist, belegt wohl dieser Tage niemand eindrücklicher als Gerhard Richter. Der Künstler, dessen 80. Geburtstag im Februar große mediale Aufmerksamkeit geschenkt wurde, gilt als einer der bedeutendsten Künstler weltweit und als einer der bekanntesten wie teuersten deutschen Maler der Gegenwart. Politik & Kultur gratuliert Gerhard Richter nachträglich zu seinem Geburtstag.

Geben Sie der Kultur eine weitere Stimme.

Ihre Stimme.

KULTURSTIMMEN.DE

Politik & Kultur

FOTO: VIEW7/PHOTOCASE.COM

Die Maus im Keller von Apple, Google und Facebook?

Kulturjournalismus und Klein-Verlag zwischen Print und Cloud

THEO GEIßLER

Gerade erst verkündete unsere stürmische Hardware-Welt die erfolgreiche Entwicklung des Ein-Atom-Transistors. Schier unvorstellbar kleine Steuerelemente, Chips, mit ebenso unvorstellbar schneller Vernetzungsgeschwindigkeit im Verbund mit hochkomplex-findiger Software werden künftig – ja was? – regeln. Roboter mit hoher Selbstständigkeit? Den globalen Geldfluss? Die Konzeption und Verteilung sämtlicher Informationen? Und – in diesem großen Zusammenhang heruntergebrochen auf eine Content-Mikrobe wie unsere Zeitschrift und den produzierenden Verlag: Was haben solche Einzeller im Riesen-Organismus der weltweiten Datenströme noch zu suchen?

Standpunkt und ein wenig Geschichte

So gesehen spielt im großen multimedialen Orchester die ConBrio-Verlagsgesellschaft inklusive »Politik & Kultur«, »neue musikzeitung« und Video samt Internet-Angeboten gewissermaßen das Xylophon. Wir sind Nischen-Bewohner. Als Herausgeber und Verleger von ganz klassischen Print-Produkten im kulturpolitischen, musikalischen und pädagogischen Bereich, als Verlag für Fachbücher und Zeitschriften wurde ConBrio vor 20 Jahren in Regensburg etabliert. Mit Hilfe der damaligen »digitalen Revolution«. Der PC geriet in den Bereich des Mittelstands-Erschwinglichen. PCs samt seinerzeit schon relativ komfortabler Software wurden bezahlbar. Wir waren bei der Produktion unserer Zeitschriften nicht mehr auf das teure Fremd-Know-How externer Druckereien oder Satzstudios angewiesen. Das ermöglichte uns ein »Management-Buy-Out« aus einem größeren Verlags-Zusammenhang. Also eine bewegliche, kleine – und deshalb rentable Unit zu konfigurieren, die den konkurrierenden Goldeier-legenden Branchen-Dinosauriern mäusemäßig das Leben etwas schwerer machte.

Allerdings: Die guten alten Print-Produkte sind bis heute unsere stabilste und zuverlässigste Cash-Cow – bei allem trimedialen Engagement. Ein Warnsignal, dass wir den Anschluss an die »Digital Natives« verschlafen haben? Keinesfalls. Wir glauben an die berechtigte Überlegenheit qualitativ hochwertigen Publizierens gegenüber kurzbunter Massenware.

Leitbild statt Leidbild

Heutzutage ist der Begriff »Kulturjournalismus« mit vielfältigen Interpretations-Ansätzen besetzt. Viel Verlautbarungs- und Selfmarketing-Sprech, wenig kreativ reflektiertes Hirnschmalz. Wir legen auf eine eher konservative Sicht der Profession Wert. Redaktionelle Eigenleistung statt zusammenkopierter Wikipedia-Erkenntnisse oder sogenannter appetitanregender Event-Vorberichterstattung.

Wahre und Ware Qualität

Gravierender als jede technische Neuerung wirkt sich die veränderte, angeblich erweiterte Form der Kommunikation aus, die das Internet nun mal geschaffen hat. Die Möglichkeit, Informationen und Nachrichten weltweit und unvorstellbar umfassend weitgehend kostenlos abzurufen trifft den Kern unseres konventionellen verlegerischen und damit auch journalistischen Geschäfts. Gerade für Fachzeitschriften, deren Kompetenz in der gründlichen Recherche von Themen, in der qualifizierten Vermittlung von Informationen, Hintergründen aber auch Meinungen liegt, stellt die tages- oder stundenaktuelle Informationsproduktion eine immense Herausforderung dar. Der haben wir uns seit 15 Jahren gestellt. Es bildeten sich neue journalistische Formen heraus: Kurzkommentare, textliche Bildergänzungen ohne sonderlichen Tiefgang, Links und Zitate in Copy-and-Paste-Ästhetik. Das »Im Internet darf's nichts kosten«-Prinzip kannibalisierte und kannibalisiert journalistische Qualität. Wir haben versucht und tun es weiter recht erfolgreich, mit für unsere Verhältnisse aufwändiger redaktioneller Menschenkraft gegenzusteuern. Das beschert uns wachsende Zugriffszahlen, aber auch, aus unserer Sicht bedeutsamer – Reputation und qualitativ hochwertiges Feedback.

Festzuhalten bleibt: Unser Informationsangebot – unsere journalistische Arbeit im Internet ist von keiner Stelle subventioniert. Das führt nicht zwangsläufig zur Schönfärberei, wie man es bei einem »kommerziellen« Angebot eigentlich erwarten dürfte. Aber: Gerade im Video-Blogformat fehlt gelegentlich die kritische Reflexion. Es werden Impressionen geliefert. Die fundierte Kritik dazu gibt's dann eben immer noch im Print. Wie eingangs gesagt: Ohne das wirtschaftliche Fundament unserer Druckausgaben wäre die Investition in technische Innovation noch nicht zu stemmen. Aber wir sind fantasievoll und flink – die kommende Ausgestaltung unserer Nische ist in Arbeit, wird im Detail aber nicht verraten, allenfalls verkauft …

Kleines Geld und guter Geist

Als kleiner Fachverlag stehen wir dennoch immer vor der Frage, wie lange dieser Atem reicht: Die Einrichtung einer zeitgemäßen, interaktiven und flexiblen Web-Präsenz und die Aufrechterhaltung eines immer attraktiven und aktuellen Angebots finden wirtschaftlich zunächst keine ausreichende Amortisation. Der Online-Werbemarkt freut sich zwar über wachsende Umsätze, aber in einem eher konservativ orientierten Kundenkreis sind Online-Umsätze recht mühsam zu generieren. Leidtragende solcher Entwicklungen sind mit Sicherheit die qualifizierten Fach-Journalisten. Wir können noch Honorare zahlen, sehr bescheidene, zugegeben, sowohl für Netz-Beiträge wie für Gedrucktes. Das ist im Kultur-Bereich oft nicht mehr üblich – beim Web-Publishing ebenfalls nicht.

Kampf den Kraken

Damit trifft die aktuelle Web-Praxis, die scheinbare Gleichstellung von wohlfeilem »User-generated-content« mit hart erarbeitetem Inhalt ausgerechnet die eigentlichen Qualitätsschöpfer, die Autoren, am härtesten. Wir »Medienhäuser« investieren in Hardware, in Software, in Layout und Corporate Identity horrende Summen – und sparen dann am Geist. Ein gesamtgesellschaftliches Degenerations-Phänomen, das unsere Bildungspolitik ebenso beschädigt wie den Qualitätsjournalismus. Dem entgegenzuwirken ist eine verlegerische und damit kulturpolitische Aufgabe. Wir dürfen es den Daten-Kraken nicht erlauben, den steten Strom wertvollen geistigen Eigentums umsonst mit ihren Tentakeln in die arteigenen Hornschnäbel zu schaufeln. Für althergebrachte gute Urheberrechts-Argumente scheint diese Schlacht allerdings verloren. Was nicht heißt, dass sie es ist.

Ein bisschen Apple-Crash?

Der britische Bestseller-Autor Robert Harris hat in seinem jüngsten Thrillerchen namens »Angst« die Übernahme der kapitalen Weltwirtschaftsordnung durch einen raffiniert programmierten Börsen-Spekulations-Algorithmus aufs Schauerlichste heraufbeschworen. Beim realen und beim moralisch gewichteten Zustand unserer Geldkrisen-geschüttelten Systeme kein ganz unrealistisches Szenario. Da erinnert man sich als altbacken-humanistisch geprägter Verleger ganz gern an die monströs geplatzten Spekulationsblasen der IT-Branche rund um die Jahrtausendwende. Was wurden da für Sprüche geklopft, welch horrende Summen in geistlose Geschäftsmodelle investiert. Womit wir beim Thema wären: Was bitte ist heutzutage an den programmierten Plattformen, an den milliardenschweren Companies wie Apple, Google oder Facebook wirklich intelligent, wirklich innovativ – außer vielleicht dem jeweils eigentlich schmalspurigen Geschäftsmodell? Die nächste Blase platzt bestimmt – und die Mäuse überleben – zusammen mit den Menschen …

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

Die große Unbekannte

Kulturpolitik ist für angehende Kulturjournalisten kaum von Interesse. In der Ausbildung gilt es deshalb umso mehr, ihren Horizont dafür zu öffnen.

ULRICH RUHNKE

Kulturpolitik? Wie langweilig ist das denn! Sie lieben die Kultur und vor allem ihren kleinen, oft eng umrissenen Kulturbereich, für den sie in Leidenschaft entflammt sind. Und schreiben wollen sie, nein, nicht fürs Internet, das kann ja jeder, sondern für einen Titel, der gedruckt wird. Namhaft werden kann man nur hier, sind sie überzeugt. Im Netz dagegen ist der Autor stets das Netz, der eigentliche Urheber wird nicht wahrgenommen. Sie aber wollen gehört werden, nicht über die spröde Kulturpolitik, sondern allein über das was sie lieben.

Und das ist fast immer die Literatur, der Film, die Pop-Musik, manchmal auch die Bildende Kunst – Oper und Konzert dagegen so gut wie nie. Positive Schlüsselerlebnisse in diesen Kunstsparten, vom Elternhaus oder der Schule gar mit entsprechendem Hintergedanken bewusst herbeigeführt, haben die allerwenigsten von ihnen machen dürfen. Fast alle jungen Studierenden, die sich für den Masterstudiengang »Kulturjournalismus« an der Universität der Künste Berlin immatrikulieren, haben diese Leerstelle gemeinsam mit der Mehrheit der jungen Politiker, denen die Kultur der Oper und des Konzerts nicht selten so fern ist wie jene der Maya und Azteken. Vielleicht deshalb wird die Klassik von ihnen auch gerne als Hochkultur betitelt, ein Begriff, mit dem man vor noch nicht allzu vielen Jahren eine untergegangene Gesellschaftsordnung und ihre Kultur bezeichnete.

Wie kann der Journalismus dazu beitragen, dass genau das nicht geschieht und Oper und Konzert langsam aber sicher in die Grube sinken? Er muss sich einmischen, mitmachen, Politik machen als kulturpolitischer Journalismus, der mindestens ebenso eine Kunst ist wie jene, über die geschrieben werden soll. Denn Kunst kommt auch von Können und die erste Voraussetzung für einen guten kulturpolitischen Journalismus ist ein exzellentes journalistisches Handwerk. Die erste Voraussetzung? Ein Handwerk kann man lernen, die Liebe zur Kunst dagegen nicht, weshalb die kulturpolitische Unbedarftheit, mit der die meisten Studierenden in ihre journalistische Karriere starten, nicht schädlich ist, wenn eine noch viel wichtigere Voraussetzung mitgebracht wird: die Begeisterung für das, für das sie journalistisch zu Felde ziehen sollen. Denn ja, sie sollen Krieger werden für ihr geliebtes Reich. Lobbyisten und Verteidiger der Kunst, deren Rahmenbedingungen sie einmal genauso gut kennen müssen wie die darin entstehenden künstlerischen Inhalte. Und so gilt es den Studierenden nicht nur den Horizont zu öffnen für andere, ihnen womöglich bislang verschlossene Welten der Kunst, sondern auch für jene der Kunstproduktion und damit ganz zentral: der Politik. Über jene der privaten Geldgeber und ihre Motivationen, Kunst zu fördern, bringen viele Studierende schon einiges Wissen mit, erlangt entweder durch eigene Erfahrungen oder die befreundeter Akteure der Kunstszene, zu der man enge Kontakte pflegt und in der Geldauftreiben mindestens ein ebenso großes Thema wie die Kunst selbst ist. Über staatliche Kulturfinanzierung dagegen gibt es kaum Kenntnis. Das Verständnis darüber, dass die öffentliche Förderung komplett anders und doch ganz gleich wie die private funktioniert, muss bei den Nachwuchsjournalisten nahezu immer erst entwickelt werden. Öffentlich getragene Kultureinrichtungen wie Orchester, Opern- und Konzerthäuser erhalten ihre Zuwendungen nicht von »der Politik«, sondern von Einzelnen ihrer Gremien, Gruppierungen und Vertreter. Und die pflegen genauso ihre Interessen, Vorlieben und Eitelkeiten wie die privaten Geldgeber. Eine genaue Kenntnis der einschlägigen politischen Akteure ebenso wie der politischen Verfahrensweisen und Entscheidungsprozesse ist deshalb genauso wichtig wie das Wissen über die Handelnden und die Betriebsabläufe auf Seiten der Kulturinstitutionen. Anzueignen ist das bis zu einem gewissen Grad über eine gute Recherche, wirklicher Ein- und Durchblick ist nur durch eine langfristige Spezialisierung auf die Kultur und Kulturpolitik möglich. Nur wer weiß, wie ein Orchester und ein Opernhaus wirklich funktionieren, wie und unter welchen – auch vertraglichen – Bedingungen Kunst produziert wird, kann sich ein Urteil darüber bilden, ob kulturpolitische Vorhaben und Entscheidungen im Sinne der Kunst und der Bürger sind oder nicht.

Doch zu den Niederungen der Kunst gehören nicht nur die Umstände, unter denen sie selbst, sondern auch jene, unter denen die Berichterstattung über sie fast überall entsteht. Wo Journalisten kaum Zeit und noch weniger eine angemessene Entlohnung dafür bekommen, den Dingen wirklich auf den Grund zu gehen, kann ein vernünftiger kulturpolitischer Journalismus nicht gedeihen. Er benötigt Zeit, Hingabe und gar so etwas wie Muße. Absurd klingende Worte in einem Zusammenhang, in dem sonst nur von Ausbeute, Selbstausbeute und Niedriglöhnen die Rede ist. Und dennoch scheint die Entwicklung der Kulturberichterstattung in eine Ausweitung der sorgfältigen Hintergrundberichterstattung führen zu müssen, auch weil – bei aller berechtigten Skepsis hinsichtlich der Qualität – das klassische Rezensionsfeuilleton zunehmend im Internet stattfindet. Aufwändig recherchierte kulturpolitische Analysen und Stellungnahmen sind hier kaum zu leisten. Sie sind die alten neuen Wachstumsfelder der klassischen Medien, für die man in Zukunft mehr als zuvor hervorragend ausgebildete Leute benötigt. Denn die Zeiten, in denen die Kultur sich eines grundsätzlichen Wohlwollens und Unterstützungswillens der Mehrheit der Bevölkerung wie der Politiker einigermaßen sicher sein konnte, sind vorbei. Der Rechtfertigungsdruck auf die Kulturschaffenden steigt und mit ihm die Notwendigkeit eines fundierten kulturpolitischen Diskurses im Sinne der Kunst.

FOTO: MATTHIAS CREUTZIGER

Aufführung der Oper »Lulu« in der Dresdner Semperoper

Ulrich Ruhnke ist Redakteur der Fachzeitschrift »das Orchester« und Lehrbeauftragter für den Studiengang Kulturjournalismus an der Universität der Künste Berlin

Schöne Form und harte Politik

In der journalistischen Ausbildung muss das Interesse für Kultur und ihre Rahmenbedingungen entfacht werden.

ERNST ELITZ

Kultur spielt nicht im Wolkenkuckucksheim. Wer die Mechanismen politischer Entscheidungen über Kultur verstehen und beurteilen will, muss politische Institutionenkunde betreiben, muss sich durch Gesetzesvorhaben wühlen, Haushaltssystematiken kennen, Bilanzen lesen und Tarifverträge auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen können. Das muss der Kulturjournalist können! Kann er es?

Sicher, es ist schöner im Konzertsaal zu sitzen und anschließend aus übervollem Herzen eine Rezension zu schreiben. Es ist behaglicher, bei einem Glas Rotwein ein Buch zu lesen und es anschließend zu verreißen. Es ist schmeichelhafter, einen Filmstar zu interviewen und auf dem Foto mit ihm zu glänzen. Aber mit dieser lobenswerten Tätigkeit ist noch kein Opernhaus erhalten, kein Theater saniert, weder die deutsche Filmwirtschaft noch die Künstlersozialkasse gerettet worden.

Das kreative Schreiben, die schöne Form – das lernt der künftige Kulturjournalist an Journalistenschulen, Fachhochschulen und Universitäten. Und wenn er seine Ausbildung zusammen mit den Interessenten für die anderen Genres des Journalismus absolviert, wird auch dem Recherchieren Gewicht beigemessen. Aber im Grunde wählen die Interessenten kulturjournalistische Studiengänge wegen der »kulinarischen Aspekte«, die dem Feuilleton innewohnen, sagt Bascha Mika, die ehemalige Taz-Chefredakteurin und mit Carsten Grosseholz Leiterin des Studiengangs Kulturjournalismus an der Universität der Künste Berlin. Aber gerade deshalb haben die Studiengangsleiter ein Pflichtseminar »Kulturpolitik« in das Curriculum aufgenommen. In diesem Seminar informiert Ralph Bollmann, Redakteur für Wirtschaftspolitik bei der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, über das komplizierte Geflecht der Kulturförderung von Kommunen, Ländern und Bund, über Urheberrecht und Mehrwertsteuersätze und über Möglichkeiten und Grenzen inhaltlicher Einflüsse durch die Geldgeber auf die Kunst.

Die Begeisterung für die Künste, von der klassischen Hoch- bis zur Off-Kultur, bedarf einer Erdung im politischen und ökonomischen Alltag. Dort, wo der Kulturpolitiker zuhause ist, muss auch der journalistische Berichterstatter sein Notebook aufgeklappt haben. Denn wer die Künste liebt, muss sie auch nähren können. Kulturpolitik ist Arbeit im E-Werk, damit die Bühne sich dreht, der Scheinwerfer Strom hat und der Dichter, wie Kurt Bartsch schreibt, nachts unter der Schreibtischlampe ungestört sein Mondgedicht schreiben kann.

»Seit immer weniger öffentliches Geld zu verteilen und der Kampf um die Reste existenziell geworden ist, schreibe ich viel über Kulturpolitik«, begründet die kulturpolitische Redakteurin der »Berliner Zeitung« Birgit Walter ihren Wechsel in dieses Fach. Ihr aktueller Anlass war die Krise um das Berliner Metropoltheater, das unter die Investoren geraten war. Solche aktuellen Anlässe dürften auch den Journalistik-Studenten deutlich machen, dass das Feuilleton in Gefahr gerät, seinen Berichtsgegenstand zu verlieren, wenn es sich nicht nachhaltig der Kulturpolitik widmet. Deshalb beginnen private wie staatliche Hochschulen die Kulturpolitik inzwischen in ihre kulturjournalistischen Studiengänge zu integrieren. Ein Beispiel ist die Macromedia-Hochschule Köln, die als Lernziel ihres Seminars »Kulturpolitik« die Kenntnis der spezifischen kulturpolitischen Konfliktmechanismen setzt, damit die Studenten sie in ihrer künftigen Arbeit einordnen und weitervermitteln können. Das heißt Kenntnisse über Kultur als Wirtschaftsfaktor, Kulturförderung und -finanzierung und ein »internationaler Blickwinkel«, erläutert Macromedia-Professorin Marlis Prinzig das Konzept. Und: »Welche speziellen Herausforderungen ergeben sich durch Migrationsbewegungen und Globalisierung, wie lässt sich ein nachhaltiger Dialog der Kulturen führen?« Auch das funktioniert nicht ohne Kulturpolitik.

Traditionell führend ist die Universität Hildesheim. Sie verfügt als einzige deutsche Hochschule über einen Lehrstuhl für Kulturpolitik. Der Lehrstuhlinhaber Prof. Wolfgang Schneider bietet mit seinem Institut für die kulturjournalistische Ausbildung bereits für den Bachelor-Studiengang ein mit einer Klausur abzuschließendes kulturpolitisches Seminar an. Dazu kommen Seminare zum Kulturmanagement, zum Kulturbetrieb inklusive der studentischen Mitarbeit an einem mit dem Bonner Zentrum für Kulturforschung erarbeiteten Interkulturbarometer und zur Internationalen Kulturpolitik, in Kooperation mit dem Goethe-Institut. Gemeinsam mit dem Institutsleiter als Chefredakteur erstellen Studenten das Portal *www.theaterpolitik.de*.

Waren es bisher vornehmlich die Institute für Kultur- und Medienmanagement, die die Kulturpolitik in ihren Studienangeboten berücksichtigten, holen die kulturjournalistischen Ausbildungsstätten auf. Die kulturpolitischen Themen, sagt Birgit Walter, die 2005 erste Preisträgerin des Politik & Kultur-Journalistenpreises war, »wirken oft sehr unsexy, berühren aber unser Leben« – unser Leben als Kulturnation. Das ist Grund genug, der Kulturpolitik breiten Raum in einer lebensnahen Journalistenausbildung zu geben.

Ernst Elitz ist Gründungsintendant des Deutschlandradios, er lehrt an der Freien Universität Berlin Kultur- und Medienmanagement

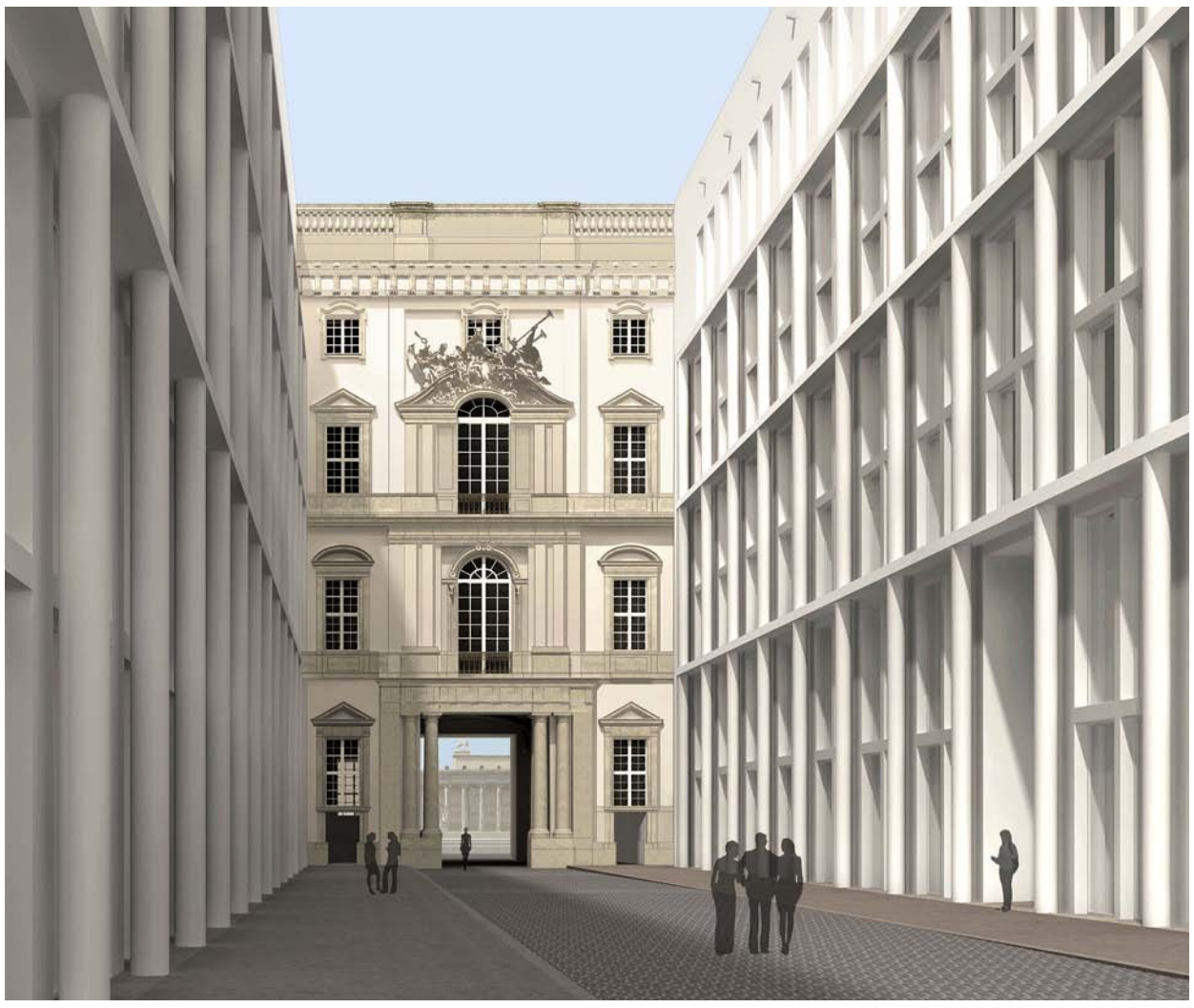


BILD: STIFTUNG BERLINER SCHLOSS – HUMBOLDTFORUM/FRANCO STELLA

Ist Kulturpolitik zu seicht? In den Debatten zur Berliner Schlossfassade kochen die Gemüter jedoch hoch.

Kuschelzoo Kulturpolitik

Künstlersozialkasse, Urheberrechtschutz oder sinkende Kulturetats schaffen es oft nicht auf den Fernsehschirm

ARMIN CONRAD

Norbert Lammert erklärt uns die Welt. Europa, sagt er, das sei im Kern eine Idee. Recht hat er. Und der Kern des Kerns dieser Idee sei Kultur. Gut so. Was ist eigentlich der Kern eines solchen Satzes? Ist es die ewig neu eingeforderte Selbstvergewisserung über das, was man tut? Die Mühen des Rettungsschirmbankenrettungsalltags in das Licht höherer Weihen zu stellen ist für jemanden, der dafür gewählt worden ist, Visionen zu verkünden, eigentlich nicht verkehrt.

Die Wirkung einer solchen Aussage, und es gibt viele davon, nicht nur von Lammert, entfaltet sich jedoch auf ganz andere, auf unerwünschte Weise. Es wird deutlich, welche Rolle das Wort »Kultur« in der Politik spielt. Die eines Frühstücksdirektors nämlich. »Der Kern des Kerns«. Wann, bitte schön, ist Politik denn überhaupt einmal zu einem dieser Kerne vorgedrungen? Auf den Resopal-Tischen der Gipfel und Kommissionen liegen die Sachzwänge, für den »Kern des Kerns« bleibt keine Zeit. Wenn Kulturpolitiker dann die Wichtigkeit von Kulturpolitik anmahnen, blicken sie meistens in nickende Gesichter. Was sie nicht sehen und nur ahnen, ist ein Lächeln. Ein nichtgelächeltes Lächeln ist das, ein mitleidiges, das sofort schockgefrostet würde, wäre es sichtbar; denn: Kultur ist ja wichtig, ist ja der Kern. Des Kerns!

Genug der Häme. Schließlich wollen, ja müssen wir immer wieder mal an das große Ganze erinnert werden. Warum machen wir das hier eigentlich alles? Warum retten wir diese Staaten und Märkte und Banken? Da ist so ein Lammert-Satz eine Botschaft ans Heimatgefühl. Der Gedanke an Kultur wärmt, er wärmte schon immer. Aber man tut der Kultur und ihrer Wahrnehmung in Politik und Öffentlichkeit keinen Gefallen, wenn man solche Sätze formuliert. Sie machen aus der Kulturpolitik ein wächsernes Püppchen einerseits und andererseits eine Moralkeule, manchmal so heftig geschwungen, dass es für die politischen Akteure, die nichtlächelnden Lächler, geboten scheint, politisch in Deckung zu gehen. Was soll man schon einwenden, wenn die Gedanken große Bögen ziehen.

Kulturpolitik wird nie ein großer Aufmacher in der Tagesschau. Liegt das vielleicht daran, dass Kultur – Armin Nassehi erinnerte in der letzten Ausgabe von Politik & Kultur daran – als Taktgeber unseres Handelns eben doch »unsichtbar« bleibt? Liegt es daran, dass sich nur wenige Berliner Alphatiere der Kulturpolitik zuwenden? Das Letzte stimmt nicht. Die Liste der Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages trieft vor Prominenz. Es liegt auch an den Themen. Das Wort Künstlersozialkasse erzeugt in einem Medienschaffenden ein tiefes Pflichtgefühl. Ja, selbstverständlich berichten wir, einfach, weil das Thema so wichtig ist. Und dann: Aber damit muss es jetzt erst einmal genug sein. Bitte belästigen Sie mich in den nächsten zwei Jahren nicht mit diesem Thema. Da hat eine Diskussion, ob der Rentenversicherungsbeitrag von 9,95 auf 9,65 Prozent sinken soll, zehn Mal mehr Sex.

Der Gestus kommt hinzu. Oft findet man unter den Kulturpolitikern aller Parteien eine Grundeinigkeit. Man hört wenig über Kampfabstimmungen. Kulturpolitik taugt nicht für demagogische, oft nicht mal für rhetorische Keulen. Kuschelzoo im politischen Menschenpark. Dass die meisten Kulturschaffenden am Rande des Existenzminimums leben? Einigkeit. Dass Kultur gefördert gehört? Klar! Dem Kulturstaatsminister muss der Rücken gestärkt werden. Gut so. Nur dann, wenn eine Prise Machiavelli ins Spiel kommt, wenn sich manchmal in einem Projekt der Wille zur Macht mit der Verewigung des »Ichs« paart. Wenn Schlösser gedacht, geplant und gedeutet werden. Wenn die Geschichte in ein Stück Kultur gegossen werden soll, wenn der Zeitgeist seinen pädagogischen Auftrag entdeckt, dann, ja dann ist die Musik im Thema, die sich jede Redaktionskonferenz dieser Welt wünscht. Das ist meistens sogar ein Stück heiter. Bundesgelder für den grünen Hügel in Bayreuth, ein Nutzbau mit preußischer Schlossfassade mitten in Berlin, ein von Vertriebenenrhetorik vergiftetes Zentrum gegen Vertreibungen – das sind Gelegenheiten, auch in der Kulturpolitik zu Hochform aufzulaufen. Dann geht die Aufmerksamkeit weit über das Feuilleton hinaus. Und alle greifen in ihre rhetorischen Besteckkästen.

Ansonsten: Könnte es sein, dass die Kulturpolitik den Diskursen, die in ihren Themen stecken, lieber aus dem Wege geht? Vielleicht auch, weil über allem Tun eine Art Imperativ steht, man müsse doch etwas für »die Kultur« bewirken, warum also streiten? Vielleicht ist es manchen sogar recht, wenn sie ihren Frieden damit gemacht haben, im Stillen zu wirken. Die pawlowschen Reflexe der Journaille können richtig ekelhaft sein, klar.

Kann sein, dass sich da gerade etwas ändert. Die Debatte um das Urheberrecht im Netz, um US-Gesetze, um Freiheit und Domestizierung durch das Internet hat gerade erst begonnen. Wie viel soll man zulassen? Was an unserer (noch!) analogen menschlichen Identität wird eine künftige digitale Gesellschaft noch erdulden? Wollen wir das? Wird der analoge Geist, der sich die zivilisatorischen Prozesse der letzten Jahrtausende aufs Konto schreiben darf, in die Flasche zurückgedrückt, aus der man soeben das digitale Projekt herausgelassen hat? Ein großes Menschheitsthema und zunächst ein kulturpolitisches. Und sicher nicht durch ein »Netzministerium« zu managen. Ein Alpha-Thema gerade für alle, die zum Beispiel Europa im Kern als eine Idee begreifen, deren Kern – eben – die Kultur sei.

Armin Conrad ist Redaktionsleiter von 3sat Kulturzeit

Alles im Blick? Alles im Griff?

Aus dem Alltag eines Videojournalisten

STEFAN BRAUNSHAUSEN

Schweißnasse Hände, Herzrasen, Kopfkarussel. Aus Angst zu Versagen greifen viele Betroffene häufig zu Alkohol oder Tabletten. Jeder Zweite leidet darunter. Das Thema aber ist ein Tabu.

Wie also darüber berichten? Viele Monate beschäftigte mich das Thema Auftrittsangst bei Musikern. Nach eingehenden Recherchen und vielen Gesprächen fand ich zwar betroffene Musiker. Vor der Kamera aber wollte niemand über seine Ängste sprechen. Das änderte sich erst, als ich ihnen von meiner Arbeitsweise erzählte.

Seit dreieinhalb Jahren arbeite ich als Videojournalist (VJ) für die Sendung Kulturzeit auf 3sat. Ausgebildet hat mich das ZDF in einem sechswöchigen Intensivkurs. Das war im Spätsommer 2008. Seither habe ich fast alle meine Projekte als »Ein-Mann-Team« umgesetzt. Idee und Konzept, Kamera, Schnitt und der Text – alles kommt aus einer Hand. Anders als beim klassischen Fernsehteam ist beim Dreh ein schneller Austausch mit Kollegen nicht möglich. Der Prozess ist vielmehr ein ständiges Ringen mit sich selbst: Habe ich alles, was ich wissen will? Welche Bilder brauche ich noch? Ist der Ton okay? Reicht das Material am Ende für meinen Film? Mit diesen Fragen kämpft jeder Videojournalist. Doch diese ganz praktischen Herausforderungen werden belohnt durch Einblicke, die der Zuschauer so nicht bekommen würde, wenn ich mit Team unterwegs wäre. Menschen öffnen sich mir schneller, wenn ich alleine irgendwo auftauche. Ein Team von drei Leuten, Kamera, Stativ und Lampen – all das verschreckt vor allem jene, die im Umgang mit dem Medium Fernsehen wenig bis gar keine Erfahrung haben. Die eins-zu-eins-Situation hingegen bietet Raum für intensive Gespräche. So konnte ich auch die Berufsmusiker dazu bringen, über ihre Auftrittsangst vor der Kamera zu sprechen. Sogar der Chefdirigent des Rundfunksinfonieorchesters Berlin, Marek Janowski, öffnete sich. Sonst lässt er nie Kamerateams bei Proben zu, dieses Mal schon. Und am Ende äußerte er sich selbst vor der Kamera zu dem in Musikerkreisen tabuisierten Thema.

Immer wieder höre ich: Filmen, schneiden und auch noch texten? Du machst alles selbst? Wie soll das denn gehen? Doch mein VJ-Dasein hat mir Freiheiten gegeben, die ich nicht mehr eintauschen möchte. Die Kamera stets griffbereit zu haben macht mich flexibler. Ich bin nicht mehr darauf angewiesen, dass ein Kamerateam Zeit hat. Terminabsprachen finden zwischen mir und meinen Protagonisten statt. Das ist oft schwierig genug zu koordinieren. Hinzu kommt, dass für eine Sendung wie Kulturzeit aufwändige Langzeitbeobachtungen in der Regel kaum noch bezahlbar sind. Der Kostendruck ist groß, es fehlt an Personal. Für einen sechsminütigen Magazinbeitrag bekommt man in der Regel anderthalb bis maximal zwei Drehtage. In dieser Zeit müssen mehrere Protagonisten oft an weit voneinander entfernten Orten besucht und interviewt werden – Fahrtzeiten inklusive.

Die eins-zu-eins-Situation hingegen bietet Raum für intensive Gespräche.

Gleich nach der Atomkatastrophe von Fukushima zögerten viele Künstler und Musiker, ob sie auf Japan-Tournee gehen sollten. Auch das Deutsche Symphonieorchester Berlin (DSO) hatte eine Konzertreise dorthin geplant. Seit drei Jahren stand das fest. Doch jetzt war plötzlich alles anders. Viele Künstler hatten bereits abgesagt. Die Musiker des DSO waren verunsichert. Japan war immer ein Mekka für deutsche Musiker gewesen. Auf einmal wollte niemand mehr hin.

Das Thema war heikel, viele Musiker des DSO verunsichert und übersensibel, Fernsehteams nicht erwünscht. Doch mit meiner Kamera durfte ich am ersten Treffen zwischen Orchester und japanischem Dirigenten teilnehmen. Er wollte das Orchester in einer Ansprache davon überzeugen, an der Konzerttournee festzuhalten. Noch wusste ich nicht, wie sich die Geschichte entwickeln würde. Als VJ kostete mich dieser Einsatz knapp zwei Stunden. Keine Kosten für ein Kamerateam – nur die Zeit für meine Recherche vor Ort. Am Ende entschloss sich das Orchester zu dieser Japan-Tournee. Kulturzeit konnte so die gesamte Geschichte erzählen: Von Anfang bis Ende.

So mancher Politiker fühlt sich nicht ernst genommen, wenn man zum Interview alleine, ohne Team anrückt.

Es gibt viele Vorurteile, mit denen man als Videojournalist zu kämpfen hat: Wackelige und unscharfe Bilder, ein miserabler Ton sind die häufigsten. In der Anfangszeit mag das noch so gewesen sein. Mittlerweile gibt es allerdings ganze Reportagen, die zeigen, dass auch der VJ Qualität liefern kann. Nur so mancher Politiker fühlt sich nicht ernst genommen, wenn man zum Interview allein, ohne Team anrückt.

Häufig sprechen Kollegen von einer bestimmten VJ-Ästhetik. Meines Erachtens gibt es die nicht. Im besten Falle hat jeder VJ seine eigene Sprache, seinen persönlichen Stil mit seinem subjektiven Blick. Bevor ich VJ wurde, habe ich fünf Jahre lang mit klassischen Teams gearbeitet. Wobei der Begriff des »Teams« für mich irreführend ist. In der Regel kennen sich Redakteur, Kameramann und Tonassistent höchstens rudimentär. Unter heutigen Produktionsbedingungen bleibt meist auch nicht die Zeit, sich adäquat über den Inhalt auszutauschen. Noch seltener spricht der Kameramann mit dem Cutter, der ja nachher das Drehmaterial schneiden soll, um sich zum Beispiel über die Bildästhetik abzustimmen. Meist weiß man beim Dreh nicht einmal, wer den Film am Ende schneiden wird. Als VJ liegen Bild und Inhalt in einer Hand. Schon während des Drehs kann ich reagieren, Bild und Inhalt anpassen. Ich bin gerne VJ. Doch sind für mich Videojournalisten kein billiger Ersatz für Kamerateams. Kostenersparnis sollte nicht das erste Argument für den Einsatz von VJs sein. Beide Arbeitsweisen haben Vor- und Nachteile. Am Ende ergänzen sie sich und die Geschichten, die im Fernsehen erzählt werden, werden facettenreicher und vielfältiger.

Stefan Braunshausen ist Videojournalist bei 3sat Kulturzeit

Kulturpolitik im Rundfunk

Das Kulturpolitische Forum WDR 3 macht Kulturpolitik zum Thema

KARL KARST

Für ein Kulturradio der ARD ist die kulturpolitische Debatte Programm. Es gehört zum Selbstverständnis des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, zentraler Ort der Diskussion (kultur-)politischer Fragen zu sein und für diese Erörterung Sende- und gegebenenfalls auch Veranstaltungsräume bereit zu stellen.

Das Kulturradio des Westdeutschen Rundfunks, WDR 3, hat im vergangenen Jahrzehnt eine deutliche Fokussierung auf den Aspekt der Kulturberichterstattung und auf Aktualität vorgenommen. War WDR 3 noch 1999 ein hauptsächlich vorproduziertes, wenig aktuelles Radioprogramm, so besteht es heute aus mindestens 14 Stunden Live-Programm mit 8 Stunden aktueller Kultur am Werktag.

Die Funktion und die Gestalt des Kulturradios hat sich geändert: Wer im Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) heute über Kultur informiert sein oder zur Kultur Stellung nehmen will, der kann das am besten bei WDR 3, der »Kulturplattform in NRW«. Dieses Selbstverständnis drückt die Veränderung der Rolle des Kulturradios am ehesten aus und verweist auf das enger gewordene Verhältnis zwischen Landeskultur und Kulturradio. Gleichzeitig macht es die heutige, ebenfalls veränderte Situation in der Feuilleton-Landschaft deutlich: Kein anderes Medium, keine Zeitung in diesem Land erreicht die Zielgruppe der Kulturinteressierten treffsicherer und flächendeckender als das Kulturradio WDR 3.

Nicht einmal das weit streuende Internet ist in der Lage, ein kulturaffines Publikum in der Größenordnung von 300.000 täglichen Hörern und 1,6 Millionen regelmäßigen Hörern allein in NRW zu erreichen – und diese Erreichbarkeit nachzuweisen. Das gute alte, aber in seiner Nutzbarkeit ungeschlagen mobile Radio ist im Kulturbereich das größte »Massenmedium«, das es gibt. Zudem flexibler und kostengünstiger als jedes andere Medium der täglichen Nutzung. Es wird auch zukünftig eine zentrale Rolle in der mobilen Medienwelt spielen.

Kulturpolitische Berichterstattung gehört zu den Kernaufgaben des öffentlich-rechtlichen Kulturradios. Es gibt kaum ein Thema, das so spezifisch und ausschließlich von dieser Sparte des Rundfunks behandelt werden kann und muss. Wo sonst, wenn nicht hier, sollten Fragen nach den politischen Entscheidungen der Kultur diskutiert und Defizite in der Behandlung des kulturellen Diskurses dargestellt werden?

Am 14. Oktober 2003 fand das erste »Kulturpolitische Forum WDR 3« in der Zeche Zollverein Essen statt. Michael Vesper, damaliger (und letzter) Kulturminister, und die damaligen Konzerthausintendanten Vera van Hazebrouck (Düsseldorf), Albin Hänseroth (Köln) und Michael Kaufmann (Essen) diskutierten mit dem Verfasser dieses Beitrags und mit dem Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, die Frage: »Wie viele Konzerthäuser braucht das Land?«.

Mit dem »Kulturpolitischen Forum WDR 3« reagierte der Westdeutsche Rundfunk auf die in der politischen Berichterstattung eher finanzpolitisch geprägte Diskussion über die Folgen der Kultureinsparungen, der eine inhaltliche Debatte dringend beigestellt werden musste. Was geht verloren, wenn Theater fusioniert, Konzerthäuser geschlossen, Orchester eingestellt werden? Was ist andererseits seit langem an Öffnung und Veränderung notwendig? Wo sind die neuen Konzepte, wer gibt der nachwachsenden Generation das notwendige Forum? Wo bleibt das Publikum der Zukunft? Welche Förderung erhalten die Kinder?

Der Fragenkatalog des Kulturpolitischen Forums ist lang, die Themen wurden immer drängender. Je radikaler die Sparpläne, desto dringlicher der öffentliche Diskurs. Die Anfragen zur Austragung kulturpolitischer Diskussionen sind so zahlreich, dass WDR 3 sie längst nicht mehr alle aufnehmen kann.

Kulturpolitik hätte kaum eine publizistische Stimme, würde sie nicht auf spezifischen Foren ihren festen Platz haben. Dazu gehört ein »Organ« wie die Zeitung »Politik & Kultur«, die sich schon im Titel die Aufgabe stellt, Kultur und Politik in Verbindung zu bringen und gemeinsam zu sichten. Dazu gehören tagesaktuell und mit entsprechend höherer Taktzahl stattfindende aktuelle Kulturradioprogramme und dazu gehören größere eigene Foren wie das »Kulturpolitische Forum WDR 3«, das schon 2003 notwendig war, aber seither an Bedeutung und Notwendigkeit noch zugenommen hat.

Mit der Einführung des Kulturpolitischen Forums signalisierte WDR 3 einmal mehr, dass es sich als Kulturplattform des Landes NRW versteht und die kulturpolitischen Themen des Landes (und des Bundes) reflektiert. Niemand sonst als das Publikum der Kulturradios ist zutiefst an den Themen der Kulturpolitik interessiert. Und wer, wenn nicht die Kulturradios der ARD, kann den Kulturinteressierten in Deutschland die Themen der Kulturpolitik so flächendeckend und zielgenau vermitteln? Man mag es bedauern, denn die Ursachen sind alles andere als erfreulich, aber das »Kulturpolitische Forum WDR 3« hat sich zu einer festen Institution in Nordrhein-Westfalen entwickelt, zu einer Marke für die unabdingbare öffentliche kulturpolitische Diskussion.

FOTO: WDR 3

Das erste Kulturpolitische Forum von WDR 3 unter Beteiligung von Olaf Zimmermann, Michael Kaufmann, Monika Piel, Prof. Fritz Pleitgen, Vera van Hazebrouck, Albin Hänseroth, Prof. Karl Karst (v.l.n.r.).

Karl Karst ist Programmchef des Kulturradios WDR 3 beim Westdeutschen Rundfunk und Vorsitzender der bundesweiten Plattform »Initiative Hören«

Special Interest Kulturpolitik

FOTO: ZABALOTTA / PHOTOCASE.COM

Einige Fachzeitschriften schenken dem Thema Kulturpolitikberichterstattung verstärkt Aufmerksamkeit – unter ihnen das Börsenblatt

TORSTEN CASIMIR

Kulturpolitische Berichterstattung spielt im Börsenblatt seit jeher eine Rolle. Aber so wichtig wie heute war sie nie. Das Urheberrecht steht unter Druck. Die digitalen Möglichkeiten der Bereitstellung und Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke haben eine neue Verständigung über die geltenden Rechtsbegriffe und Schutzniveaus erzwungen. Mehr und mehr scheint dabei die Perspektive der Nutzer politisch in den Vordergrund zu rücken.

Autoren, Musiker und andere Kreative drohen ins Hintertreffen zu geraten. Der Interessenvertretung von Werkschöpfern und Verwertern kommt deshalb eine hohe Bedeutung zu. In dieser Lage produziert der politische Betrieb in Berlin und Brüssel wöchentlich neue Nachrichten und Debatten. Der Stoff wird uns Journalisten sobald also nicht ausgehen.

Zugleich ist kulturpolitische Berichterstattung komplizierter geworden. Das liegt zunächst im politischen Prozess. Lange Zeit feste Positionen und stabile Unterschiede zwischen den Fraktionen werden abgelöst durch intrafraktionell laufende Konfliktlinien. Gegen die Rechts- und Kulturpolitiker, die unvermindert an die verfassungsrechtliche Gewährleistung des Eigentums erinnern, schlagen Netzpolitiker deutliche Einschränkungen der Urheberrechte mit dem Argument veränderten Nutzerverhaltens vor. Ein neues fachpolitisches Milieu ist entstanden, in dem parteiübergreifend ähnlich gedacht wird. Man zählt sich einer jungen, in digitaler Zeit erwachsen gewordenen Generation zugehörig (nicht immer per Lebensalter, aber jedenfalls per Lebensgefühl). In der politischen Konstellation ergeben sich ungewohnte Wahlverwandtschaften. Das zeigt sich etwa, wenn Vertreter der CDU/CSU-»Initiative Faires Urheberrecht« (beachten Sie die rhetorische Inbesitznahme der Fairness!) zu ihren netzpolitischen Freunden von Bündnis 90/Die Grünen und FDP eine größere inhaltliche Nähe aufweisen als zu ihren rechtspolitisch zuständigen Fraktionskollegen.

Eine interessante Situation: Wen fragen, wenn man hören will, was gesetzgeberisch zu gewärtigen ist? Wen adressieren, wenn man den Standpunkten der Urheber und Verwerter aus der Buchbranche politisch bessere Beachtung verschaffen will? Die, die diese Standpunkte ohnehin teilen? Oder eher die, die derzeit andere Standpunkte haben? Und was erwarten unsere Leser, die Buchhändler und Verleger, von »ihrem« Börsenblatt? Eher die Bestätigung ihres Denkens, ein Wir-Gefühl in unfriedlicher Zeit? Oder doch vielleicht besser die Beunruhigung, die kognitive Dissonanz?

Schauen wir schärfer auf die Zielgruppen in der Politik und innerhalb unserer Leserschaft, wird es noch sehr viel komplizierter. In den vergangenen Jahren galten die politischen Rahmenbedingungen für den Buchhandel in Deutschland als verlässlich. Kein politischer Entscheider zweifelte je am Sinn der Buchpreisbindung (und zweifelt zum Glück bis heute nicht). Niemand stellte das Kronrecht eines Urhebers infrage, wonach der zu allen Verwendungen seines Werkes vorher gefragt werden muss. In dieser Phase kultur- und rechtspolitischer Stabilität hat sich bei vielen unserer Leserinnen und Leser zu solchen Themen die Haltung eines, sagen wir, losen Interesses ausgebildet. Man hat hier Vertrauen zu seinem Verband, dem Börsenverein (der das Börsenblatt seit 1835 herausgibt), und traut ihm zu, dass er mit stetiger Lobbyarbeit auf nationaler und europäischer Ebene die Rahmenbedingungen für Buchhändler und Verleger dauerhaft sichert. Das entspricht schließlich der Idee eines – in diesem Fall sogar spartenübergreifenden – Berufsverbands.

Zugleich gibt es in kulturpolitischen Fragen zwischen den Sparten des Buchhandels, den Produzenten, den Logistikern und den Händlern, immer schon unterschiedliche Interessenschwerpunkte und unterschiedliches Engagement. Zwar ermöglicht und schützt die Preisbindung in Deutschland – trotz Konzentration und Konsolidierung – eine bis heute vielfältige Buchhandelslandschaft, die von existenzieller Bedeutung für die gesamte Branche ist. Aber um die Verteidigung des Urheberrechts kümmern sich in erster Linie Verleger, in jüngster Zeit gern im Verein mit Autoren. Denn das ökonomische Wohlergehen dieser beiden Gruppen der Kreativwirtschaft hängt ab von einem wirksamen Schutz geistigen Eigentums. Das Börsenblatt, sowohl in seiner wöchentlichen Printausgabe wie in seinem tagesaktuellen Online-Auftritt, misst den Themen der Kulturpolitik hohe Bedeutung bei. In unserer Tag Cloud ist der Eintrag »Urheberrecht« dauerhaft fett vertreten. In unseren Heften vergeht kaum eine Woche ohne wichtige Meldungen aus dem Bereich, die wir oft auch kommentieren oder zu denen wir Spitzen- und Fachpolitiker um Stellungnahmen und Interviews bitten. Um dem gestiegenen Anspruch an die Bearbeitung politischer Themen gerecht werden zu können, haben wir vor mehr als zwei Jahren einen Redakteur mit Berliner Homeoffice installiert. Ein Großteil der Bundestagsabgeordneten bekommt das Börsenblatt wöchentlich ins Büro; zudem unseren täglichen Newsletter. Offenheit und Gesprächsbereitschaft wachsen.

Torsten Casimir ist Chefredakteur des Börsenblatts und Verlagsleiter der MVB Marketing- und Verlagsservice des Buchhandels

Im 8. Jahr preisverdächtig

Beiträge über Künstler und Hartz IV, Drehbuchskandale, Oper für Anfänger oder Raubgut und Beutekunst als Highlights kulturpolitischer Berichterstattung

STEFANIE ERNST

Kulturpolitische Themen in den Medien allgemeinverständlich zu vermitteln, ist keine leichte Aufgabe. Das mag zum einen an der Sperrigkeit mancher Themen selbst liegen, zum anderen daran, dass kulturpolitische Inhalte mitunter schwer zu untersuchen sind. Im Feuilleton ist nicht der rechte Platz dafür, quillt es doch oft über mit Besprechungen und Schilderungen der schönen Seiten von Kunst und Kultur. Die Politikseiten im Print wie im Internet, aber auch die politische Berichterstattung in Radio und Fernsehen, wird häufig durch Ereignisse von europäischem oder weltpolitischem Rang dominiert. Notwendige Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur bzw. für die Kunst- und Kulturschaffenden gehen damit oft unter. Und dennoch: Kulturpolitischer Journalismus ist alles andere als nebensächlich!

Der kulturpolitische Journalismus steht vor der Herausforderung, komplexe Sachverhalte in den jeweiligen Medien unterzubringen und gleichzeitig die Leserschaft gut zu informieren. Ein Ding der Unmöglichkeit ist dies freilich nicht. Das beweist Jahr für Jahr die große Anzahl herausragender Einsendungen, die die Jury erreicht. Hunderte von Artikeln, Berichten, Reportagen, Features, Fernseh- und Onlinebeiträgen wurden gesichtet. In den letzten Jahren stellte allein die schiere Masse an Bewerbungen die Jurymitglieder vor eine große Herausforderung, ehe sie schließlich zum Extrakt der Preisträger gelangen konnte.

Seit 2004 verleiht der Deutsche Kulturrat den Preis für allgemeinverständliche Vermittlung kulturpolitischer Themen. Die erste Preisträgerin war Birgit Walter von der Berliner Zeitung. Im Laufe der Jahre folgten ihr 22 weitere ausgezeichnete Kulturjournalisten, unter ihnen Heinrich Wefing, Wilfried Mommert, Heribert Prantl, Eckhard Fuhr, Stefan Koldehoff oder Carola Wedel. Neben Einzelpersonen wurden auch Redaktionen ausgezeichnet, wie 2007 die Feuilletonredaktion des Hamburger Abendblatts oder die Redaktion Kakadu von Deutschlandradio Kultur, die im letzten Jahr für die kindergerechte und spannende Aufarbeitung kulturpolitischer, historischer und religiöser Themen prämiert wurde.

Die ausgezeichneten Beiträge eint ihre besondere journalistische Qualität. Den Urhebern der Beträge gelingt es, vielschichtige Sachverhalte in die öffentliche Wahrnehmung zu transportieren, Hintergründe ansprechend darzustellen und über Strittiges wie Widersprüchliches aufzuklären. Der Politik & Kultur-Journalistenpreis hat sich längst in der langen Reihe renommierter Journalistenpreise etablieren können. Mit der Anerkennung herausragender journalistischer Arbeiten im Bereich der Kulturpolitik möchten wir einen Beitrag leisten, diesen wichtigen Zweig des Qualitätsjournalismus in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken.

In den letzten Jahren wurden immer wieder Beiträge und Redaktionen ausgezeichnet, die nicht zu den »üblichen Verdächtigen« zu zählen sind. Die Feuilletonredaktion der Münchener Boulevardzeitung tz erhielt 2011 den Preis für ihre Balladenreihe. 2009 hatte die tz an mehreren aufeinander folgenden Wochenenden jeweils eine deutsche Ballade abgedruckt. Die Jury erklärte, dass mit dieser Reihe ein Schatz deutscher Kultur gehoben und einer breiten Leserschaft zugänglich gemacht wurde. Tierischer Besuch kam zur Preisverleihung im letzten Jahr. Die Redaktion von »Entweder Broder« nahm zusammen mit den drei Hauptdarstellern der Satire-Serie Henryk M. Broder, Hamed Abdel-Samad und Foxterrierdame Wilma, den Preis entgegen. Broder sei Dank – oder auch nicht – entzündete sich aufgrund einer kritischen Meinungsäußerung des Kulturrates, die im Zusammenhang mit Thilo Sarrazin stand, der erste, kleine Skandal um den Preis. Trotz einem kurzen Hin und Her, das über die Medien gespielt wurde: Die Redaktion von »Entweder Broder« blieb bis heute im Besitz des Preises. Richtige Skandale und kritisches Durchleuchten kulturpolitischer Hintergründe stehen nach wie vor im Vordergrund. Entsprechend auszeichnungswürdig war u. a. auch der von Martin Kotynek, Hans Leyendecker und Nicolas Richter aufgedeckte NDR-Drehbuchskandal oder »Was vom Osten übrig blieb« von Daniel Gräfe (beide Preisträger des Jahres 2009).

Die Jury arbeitet ehrenamtlich und besteht aus der Redaktion von Politik & Kultur, Vertretern des Deutschen Kulturrates und von Deutschlandradio Kultur sowie aus den kulturpolitischen Sprechern aller Bundestagsfraktionen. Vorallem den kulturratsexternen Mitgliedern gilt an dieser Stelle unser besonderer Dank für ihren unermüdlichen Einsatz.

Momentan läuft die Bewerbungsfrist für den 9. Politik & Kultur-Journalistenpreis. Bis zum 16. März 2012 werden Einsendungen von Journalisten wie Redaktionen entgegengenommen.

Stefanie Ernst ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Kulturrat

Von Kodak zu Google

Der technologische Wandel schreitet rasant voran. Doch nicht nur Darstellungsformen und die Produktion, auch Inhalte und Nutzung verändern sich.

HELMUT HARTUNG

Am 16. Januar konnte man in den Morgenstunden zwei Meldungen fast zeitgleich lesen, die den fundamentalen Wandel in der Medienwirtschaft dokumentieren: Kodak, das mehr als ein Jahrhundert lang für Film und Fotografie in der analogen Welt das Maß der Dinge war, musste Insolvenz anmelden; der Suchmaschinen- und Web-Gigant Google soll bei gleich bleibendem Umsatz den Nettogewinn um 36 Prozent auf knapp 3,5 Milliarden Dollar erhöht haben.

Der Abstieg des Zelluloid-Königs und der Aufstieg des Online-Monopolisten innerhalb von zehn Jahren sind nicht nur ein Symbol des technologischen Wandels, sondern sie charakterisieren auch die Veränderungen in der Mediennutzung, der Produktion der Medieninhalte und deren Verwertung. Wie rasant dieser Prozess läuft, zeigen Meldungen der letzten Tage: Google will sein Google TV – eine Art Suchmaschine für Web-TV-Inhalte auf dem Fernseher – in diesem Jahr in Europa und möglicherweise auch in Deutschland starten. Das soziale Netzwerk MySpace will künftig als Web-TV-Anbieter wahrgenommen werden und schloss eine Kooperation mit Panasonic ab. Seit Januar dieses Jahres können Konsumenten in Europa auf das Streamingangebot von Netflix zugreifen. Auch die Download-Plattform Hulu lotet derzeit die Chancen seines Streaming-Angebots in Deutschland aus. Das Jahr 2012 wird die weitere Verschmelzung von Web-TV-Angeboten mit dem Fernseher beschleunigen. HbbTV – auch Smart-TV genannt – beginnt bereits heute den Fernsehkonsum zu beeinflussen. Doch das Internet hat auch die Sehgewohnheiten und Verwertungsmöglichkeiten von Spielfilmen verändert. Die Produzenten müssen sich inhaltlich und optisch mehr einfallen lassen, um die Zuschauer noch in die Kinos zu locken.

Mit diesem radikalen Wandel in der Distribution und Konsumtion sind eine Reihe medienpolitischer Fragen verbunden: Wie wird auch künftig ein diskriminierungsfreier Zugang aller Bewegtbildanbieter zu Fernsehgeräten, Smartphones oder Tablet-PCs garantiert? Wie kann weiterhin die Meinungsvielfalt und künstlerische Breite im audiovisuellen Bereich gesichert werden? Wie sollte eine vorherrschende Meinungsmacht verhindert werden? Wie werden die Interessen der Urheber gewahrt?

Hier stehen in diesem Jahr eine Reihe wichtiger Entscheidungen sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene an. Dazu zwei Beispiele: In Deutschland wollen die Ministerpräsidenten in diesem Jahr das Medienkonzentrationsrecht novellieren. Diese Regelung soll eine vorherrschende Meinungsmacht im Fernsehen verhindern und war bisher ausschließlich auf die Zuschauermarktanteile der TV-Sender fokussiert. Künftig soll die Marktpräsenz in anderen Medien berücksichtigt werden. Doch was ist mit den Angeboten, die ausschließlich online verbreitet werden? Eine Neuregelung des Medienkonzentrationsrechts darf die Realitäten der Online-Welt nicht ignorieren und muss deren Konsequenzen für unsere Meinungsbildung berücksichtigen. Deshalb ist eine reine Fernsehzentriertheit nicht mehr zeitgemäß.

In Europa arbeitet der Binnenmarktkommissar an einer Richtlinie für die audiovisuelle Distribution. Dazu fanden in den vergangenen Monaten Konsultationen statt. Diese neue Richtlinie muss sichern, dass es weder zu einer Diskriminierung von Inhalteproduzenten und Anbietern kommt noch zu einer marktbeherrschenden Position.

Die neuen Bewegtbildplattformen können durchaus zu einer größeren Vielfalt, zu neuen Geschäftsmodellen für Produzenten, zu flexibleren Angeboten für die Bürger beitragen und auch der Film- und Fernsehkunst inhaltliche Impulse geben. Aber deren Betreiber müssen für einen fairen Wettbewerb sorgen, sich der Meinungsvielfalt verpflichtet fühlen und ihren Beitrag zum Schutz des kreativen Eigentums leisten. Und das muss die Politik sichern.

Helmut Hartung ist Chefredakteur von promedia – Das medienpolitische Magazin

nmzmedia

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz

Der Kick macht die Musik? Eine neue Generation erlebt die Donaueschinger Musiktage

Die Donaueschinger Musiktage feierten 2011 ihr 90-jähriges Bestehen. Sie sind ein Laboratorium für neue Klänge, offen für alle Kunstbereiche und immer wieder Anziehungspunkt für die junge Generation. Der nmzMedia-Film «Der Kick macht die Musik?» begleitet zwei junge Komponisten und eine angehende Lehrerin bei ihrem Besuch des renommierten Festivals für zeitgenössische Musik – zu sehen am 4. März 2012 um 10 Uhr im SWR Fernsehen, und danach auf nmzMedia.de.

Hörbare Umwelten. Eine musikalische Audiowerkstatt in Osnabrück

Wie klingt ein Handtuch? Wie ein Stein? Und wie macht man mit einer Schubkarre Musik? „Hörbare Umwelten“ ist ein Projekt des netzwerkjungeohren, das Osnabrücker Schülern einen bewusteren Zugang zu ihrer akustischen Umwelt vermitteln möchte. Drei Schulklassen verschiedener Altersstufen und Schulformen arbeiteten dafür zusammen mit einem Komponisten und einem Tontechniker an eigenen Werken – und die können sich sehen lassen.

chor@berlin. Blogvideos von der aktuellen Veranstaltung des Deutschen Chorverbands

Mitte Februar hatten der Deutsche Chorverband und das Berliner Radialsystem in die Hauptstadt geladen, um in Workshops, Diskussionsrunden und Konzerten einmal mehr zu beweisen, wie aktiv die deutsche Chorszene momentan ist. nmzMedia war live dabei und zeigt in seinen täglichen Blogvideos vom „Ich-kann-nicht-singen-Chor“ über einen Dirigierworkshop mit Robert Göstl bis zu Ausschnitten aus dem gefeierten, szenisch aufgeführten „Human Requiem“ mit dem Berliner Rundfunkchor die Vielfalt der Veranstaltungen.

kostenlos unter:
www.nmz.de

FOTO: STEFAN KAMINSKI / BUNDESTAGSFRAKTION BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Tabea Rößner ist Medienpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dieter Gorny ist Vorsitzender des Vorstandes des Bundesverbandes Musikindustrie

Kultur – noch analog oder schon digital?

FOTOS: GORNY – BVMI / MARKUS NASS; BECKEDAHL – FIONA KRAKENBÜRGER

Markus Beckedahl ist Vorsitzender der Digitalen Gesellschaft

In der letzten Ausgabe von Politik & Kultur griff Olaf Zimmermann in seinem Editorial den aktuellen Kampf um die politische Vormachtstellung in der Zeit des Übergangs von analoger zu digitaler Zeit auf. Dieser Machtkampf wird nicht ausschließlich zwischen Internetnutzern und Politikern oder Verbänden geführt. Vielmehr hat man den Eindruck, als verliefe diese Demarkationslinie auch innerparteilich. Kulturpolitiker stehen Netzpolitikern gegenüber, Verbände neuen Zusammenschlüssen, wie der Digitalen Gesellschaft oder D64.

Angeregt durch das Editorial »Einfluss« von Olaf Zimmermann haben die Politikerinnen Tabea Rößner und Helga Trüpel, Dieter Gorny vom Bundesverband Musikindustrie, Jörg Evers als Vertreter der GEMA, die Netzaktivisten Markus Beckedahl und Mathias Richel sowie Paul Klimpel für den Internetriesen Google ihre jeweiligen Standpunkte formuliert.

Netzpolitiker vs. Kulturpolitiker

TABEA RÖßNER

»Ein Lied kann eine Brücke sein«, sang einst Joy Fleming. Und ich habe manchmal das Gefühl, dass viele aus der Kultur hinterher trällern: »… und die Netzpolitik reißt sie gleich wieder ein«. Womit wir beim eigentlichen Problem der derzeitigen Diskussion ums Urheberrecht sind: die Kulturpolitiker. Die Netzpolitiker. Als ob sich zwei verfeindete Gruppen gegenüber stünden.

Der Konflikt wird auch in dieser Zeitschrift diskutiert: In der letzten Ausgabe beschreibt Olaf Zimmermann seine Sicht auf die aktuelle Debatte, vor allem die um das Urheberrecht. Dabei ist mir deutlich geworden, dass wir in dem Ziel, das Internet als große Chance unserer Wissens- und Informationsgesellschaft zu begreifen und gleichzeitig die adäquate Vergütung der Urheber zu gewährleisten, gar nicht weit auseinanderliegen. Umso wichtiger ist es, alle Beteiligten an einen Tisch zu kriegen und so die Kluft zu überwinden. Alles andere führt in eine Sackgasse.

Für Sackgassen haben wir keine Zeit mehr: SOPA (Stop Online Piracy Act), PIPA (Protect IP Act) und jetzt ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement), die Zukunft von Produzieren und Konsumieren im Netz gehört zur aktuellen Tagespolitik. Diejenigen, die heute noch von der »Zukunft der digitalen Gesellschaft« reden, verharren im Gestern. Denn die Zukunft ist schon da; jetzt müssen wir die Weichen stellen. Deshalb, so mein Empfinden, werden die Debatten zurzeit umso leidenschaftlicher geführt. Ob im Bundestag in der Enquete-Kommission für Internet und digitale Gesellschaft, in der ich Mitglied bin, oder quer durch die verschiedenen Parteigremien hinweg: Die Diskussion läuft. Aus meiner Sicht ist es entscheidend, ob diese Debatte jetzt miteinander oder gegeneinander stattfindet.

Als Grüne haben wir das Glück, eine sehr lebendige und heterogene Partei zu sein. Wir haben eine ausgezeichnete Expertise in Bits und Bytes, was es an technischen Möglichkeiten gibt und wie die Wünsche der Menschen sind, die sich im und für das Netz engagieren. Aber ebenso sind die Bedürfnisse der Kulturschaffenden der grünen Partei schon seit mittlerweile Jahrzehnten wichtig. Künstler hatten und haben uns immer getragen und herausgefordert. Dieses gesammelte Wissen an einen Tisch zu bringen und gemeinsam schwierige Projekte wie die Reform des Urheberrechts voranzubringen, das ist es, was grüne Politik will und auszeichnet.

In der Debatte quer durch die Parteien und in der Enquete einen Gegensatz zwischen Kultur auf der einen und Netzpolitik auf der anderen Seite aufzumachen, halte ich für einen Fehler, der uns nur zurückwerfen kann. Wir Grüne wollen nicht einseitig die Interessen derer vertreten, die wir als »Digital Natives«, also die »im Netz Geborenen«, bezeichnen. Deshalb begreift sich grüne Netzpolitik als Querschnittsbereich und soll den Interessensausgleich zwischen allen Netzakteuren voranbringen. Sie ist deshalb Vertreter der Kulturschaffenden und der Nutzer zugleich. Wir stecken mitten im Prozess und suchen den Dialog mit allen Beteiligten, wie dem Deutschen Kulturrat. In der Bundestagsfraktion wurde jetzt eine Projektgruppe zum Thema Urheberrecht eingesetzt auch als Reaktion auf die Debatten rund um unseren Parteitagsbeschluss im November 2011. Ihr gehören Rechts- und Kulturpolitiker genau so an wie Medien- und Netzpolitiker. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg, die Kluft langsam wieder zu schließen und zeigen zu können, dass grüne Netzpolitik bestenfalls eine Erweiterung der Kulturpolitik ist. »Ein Lied kann eine Brücke sein« – und in der Politik stapeln wir auch schon die ersten Steine. Ich würde mich freuen, wenn Sie mitmachen beim digitalen Brückenbau.

Das Netz darf keine Insel werden

DIETER GORNY

Die digitale Revolution hat in den letzten zehn Jahren nicht nur die Kultur- und Kreativwirtschaft auf den Kopf gestellt, sondern mit der sich etablierenden Netzpolitik auch in der Politik ihre Spuren hinterlassen. Im Bundestag hat sie zum Beispiel in der Enquete-Kommission »Internet und Digitale Gesellschaft« einen festen Platz gefunden. Die Netzpolitiker schärfen seit einiger Zeit das digitale Profil ihrer Parteien, nicht nur aufgrund der Tatsache, dass mit der Piratenpartei ein neuer Player die politische Bühne betreten hat, der dieses Feld von Anfang an offensiv besetzt hat.

Die Netzpolitik greift eine der zentralen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse der Gegenwart auf – das macht sie so stark und so wichtig. Auch für die Parteien selbst ist sie von großer Bedeutung, indem sie durch die Debatten um Demokratie und Freiheit im Internet zur Verjüngung und inhaltlichen Modernisierung beiträgt. Initiativen wie die grünennahe »Digitale Gesellschaft« setzen Akzente in der öffentlichen Diskussion. Aber auch die anderen Parteien bringen sich mit eigenen Initiativen mittlerweile regelmäßig ein.

Als politische Avantgarde ist es die Rolle der Netzpolitik, zu polarisieren. So geht es für viele Netzpolitiker bei der digitalen Revolution in der Tat um eine Revolution, die überkommene Strukturen – darunter der Schutz des geistigen Eigentums im Internet – überwinden soll. Neben der Kernthese, der schier grenzenlosen Freiheit im Internet, geht es vielfach konkret um die Umdeutung des Urheberrechts in ein Nutzerrecht im digitalen Raum beziehungsweise darum, das Urheberrecht einseitig als »Hindernis« zu stilisieren. Der Kulturbetrieb, also die »analoge« Kunst und ihr Transport zum Fan werden nicht nur als veraltet, sondern oft gleich als »Content-Mafia« bezeichnet, was – im unmittelbaren politischen Umfeld verwendet – in der Auseinandersetzung mit den Vertretern berechtigter Interessen schlicht inakzeptabel ist.

Die hinter der netzpolitischen und netzpopulistischen Polarisierung stehende Argumentation verkennt, dass wir an die unglaublichen Möglichkeiten, die das Netz mit sich bringt, glauben: Wie damals der Buchdruck sind die im Netz einhergehenden Möglichkeiten Grundstein für eine demokratische Revolution in allen Ländern der Erde und für Teilhabe in völlig neuer Form. Wenn aber die Teilhabe so weit geht, dass Kunst und Kultur gratis verteilt werden sollen, dann haben wir ein echtes – und wahrlich existenzielles – Problem. Es wird Zeit, sich in unserem demokratisch verfassten Land dazu zu verhalten, ob das wirklich gesellschaftlich (im Sinne von mehrheitlich) gewollt ist.

Wer wäre der neue Lieferant von Kultur? Casting Shows oder Technologiekonzerne wie Google oder Apple?

Die Kreativität des Einzelnen ist ein kulturgeschichtliches Gut, das mit der Einführung des Urheberrechts bewusst geschützt wurde. Es ist nicht nachvollziehbar, warum dieses Recht aufgrund einer technologischen Entwicklung aufgegeben oder unverhältnismäßig eingegrenzt werden sollte, zumal dies unweigerlich Auswirkungen auf die kulturelle Vielfalt hätte. Musik, Film, Literatur – wer würde noch Geld in aufwändige Produktionen stecken, wenn die Frage der Entlohnung nicht geklärt ist? Wer wäre der neue Lieferant von Kultur? Der hauptberufliche Prosumer? Casting Shows oder Technologiekonzerne wie Google oder Apple?

Die Netzpolitik bleibt schlüssige Antworten auf diese drängenden Fragen schuldig. Darin liegt ein Kernproblem der aktuellen Debatte: Die Netzpolitik hat sich mit ihren Ideologen auf einer Insel verschanzt, dabei ist es dringend notwendig, dass sie sich mit der Medien-, Wirtschafts- und Kulturpolitik verlinkt. Es sollte jedem einleuchten, dass eine Netzentscheidung immer auch arbeitsmarkt-, wirtschafts- und kulturpolitische Konsequenzen hat. Deshalb ist im Übrigen auch innerhalb der Parteien eine echte Auseinandersetzung wichtig, da die Netzpolitik nur eine Facette einer parteipolitischen Positionierung ist. Es sollte aber auch klar sein: Wollen wir selbst an den aktuellen Veränderungsprozessen teilnehmen, sollten wir offen bleiben und versuchen, die Argumente und Sichtweisen »der jeweils anderen Seite« nachzuvollziehen. Nur so können wir den Grundstein legen, um gemeinsam die gesellschaftlichen Regeln des Umgangs im Netz zu definieren. Denn eines ist doch im Jahr 2012 gewiss: Wir werden ohne diese Regeln nicht auskommen.

Vom Urheberrecht zum Nutzungsrecht

MARKUS BECKEDAHL

Das bisherige Konzept von Urheberrecht ist an seinem Ende angekommen. Das liegt zum einen an den Realitäten des Internetzeitalters: Jeder kann kreativ tätig werden, und fast jeder – egal ob hauptberuflich Künstler oder Müllwerker – bedient sich dabei in einem gewissen Rahmen bereits existenter Ideen. Das liegt aber auch, und das schon länger, an den Realitäten des Urhebervertragsrechts: Auf der Basis des Urheberrechts haben nicht mehr die Werkschaffenden das Zepter in der Hand, sondern die Verwerter der Rechte. Ob es nun die Verlage, die Musiklabels, die Filmbranche oder andere große Player sind: Fast überall erleben wir, dass die Künstler diejenigen sind, die vom Urheberrecht wenig haben, während andere damit satte Gewinne einfahren. Wenn ein wütender Jan Delay heute auf Facebook seinem Ärger Luft macht, dass seine Plattenfirma seine Fans mit aberwitzigen Abmahn-Forderungen überzieht, hat das einen Grund: Auch davon profitiert nicht primär der Künstler. Sondern die zwischen ihm und seinen Hörern stehende Wirtschaft und eine Heerschar von Anwälten. Dass dies eine Sackgasse ist, ist allen Beteiligten klar (vielleicht mit Ausnahme der Anwälte). Aber wie könnte ein Ausweg aussehen?

Der wohl erste Schritt wäre, die Nutzer im Netz nicht als Feinde, sondern als Kunden zu begreifen. Wenn die Künstler morgen alle nichts mehr schaffen können, weil kein Geld fürs Brötchen da ist, verstehen das auch die Nutzer. Deshalb müssen endlich einfach nutzbare, legale Angebote geschaffen werden, die nicht von Apple sind. Denn vom iTunes-Geld kommt bei den Künstlern zu wenig an. Nur darf man dabei auch nicht dem Fehlschluss unterliegen, dass die Geldbörse der Nutzer ein Selbstbedienungsladen wäre: Die Bereitschaft zu zahlen ist vorhanden, hat aber Grenzen. Spätestens wenn ihnen technisch defekte Dateien verkauft werden, die sie nur einmal anschauen können und bei denen unklar ist, ob sie auf zukünftigen Geräten noch laufen werden, ist die Geduld der Nutzer zu Ende.

Wir brauchen daher dringend eine Reform des Urheberrechts. Es ist unverständlich und komplex geworden und überfordert Nutzer, Kreative und Politiker gleichermaßen. Doch was niemand versteht, ist zum Scheitern verurteilt. Die verwandten Schutzrechte gehören grundsätzlich auf den Prüfstand, da sie nicht in der Lage sind, die eigentlichen Urheber angemessen zu beteiligen. Auch verwaiste Werke können nur genutzt werden, wenn das nicht durch übertriebene Schutzfristen verhindert wird. Und wer ein digitales Werk erwirbt, kann nicht schlechtergestellt werden als bei einem analogen Gut. Das gilt auch für das Recht auf digitale Privatkopie.

Wer am Urheberrecht in seiner alten Form festhalten will, muss sich über die Folgen im Klaren sein: Dies ist technisch nur mit extrem repressiven Maßnahmen gegen alle Nutzer des Netzes und digitaler Medien möglich. Dieser Traum mancher Rechteverwerter steht dem entgegen, wofür Künstler seit Jahrzehnten und Jahrhunderten eintreten: einer freien, offenen Gesellschaft. Dass solche Überwachungsgelüste die Menschen weder

FOTOS: TRÜPEL – JOCHEN STOSS, RICHEL – ANDRÉ KRÜGER

Helga Trüpel ist Mitglied des Europäischen Parlaments (EP), Vizepräsidentin des Kulturausschusses im EP und Kultursenatorin a. D.

Mathias Richel ist Vorstandsvorsitzender von D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt

Paul Klimpel ist Koordinator »Kulturelles Erbe« von Internet & Gesellschaft Co:llaboratory

Jörg Evers ist Präsident des Deutschen Komponistenverbandes

FOTOS: KLIMPEL – JÜRGEN KEIPER, EVERS – KARSTEN PFEIFER

in die Kinos noch in die Buch- oder CD-Läden treiben, haben wir im letzten Jahrzehnt bereits feststellen dürfen. Es wird Zeit, das einzusehen: Wenn wir das Urheberrecht nicht in absehbarer Zeit neu gestalten und der Zeit anpassen, wird es sich nicht mehr mit verhältnismäßigen Mitteln durchsetzen lassen und an der zunehmenden Inakzeptanz scheitern. Das wäre schlecht für Urheber und Nutzer gleichermaßen.

Grüne Kulturpolitik sucht nach richtiger Balance

HELGA TRÜPEL

Bündnis 90/Die Grünen haben sowohl einen starken netzpolitischen wie auch einen starken kulturpolitischen Flügel. Nach der letzten Bundesdelegiertenkonferenz im November ist klar, dass die Grünen viel Resonanz in der kulturellen Szene haben und brauchen.

Die grüne Kulturpolitik folgt der Maßgabe, Datenschutz walten zu lassen, Internetsperren zu verhindern und einer Zensurinfrastruktur vorzubeugen, die missbraucht werden könnte. Gleichzeitig gilt es, die Rechte der Urheber zu verteidigen, und zwar sowohl deren Persönlichkeits- als auch deren Verwertungsrechte. Ziel muss es weiterhin sein, Verwertungsgesellschaften transparenter zu machen, Netzneutralität zu verteidigen und die Entwicklung neuer, legaler Angebote zu befördern.

Angesichts der digitalen Revolution wird das Urheberrecht zuweilen als nicht zeitgemäß erachtet. Von Netzaktivisten über die von Google gesponserte Forschung bis hin zur EU-Kommissarin Kroes: Von vielen Seiten werden Kernbestandteile des Urheberrechts in Frage gestellt. Ursächlich für die sinkende Akzeptanz des Urheberrechts ist auch das übertriebene Abmahnwesen, das gegen Endverbraucher in nicht zu rechtfertigender Weise vorgeht. Maßgeblich für die Schwächung des bestehenden Urheberrechts war in der letzten Dekade unter anderem ein Mangel an legalen Angeboten, den illegale Plattformen wie zum Beispiel Megaupload und Kino.to für die Entwicklung ihrer Businessmodelle ausgenutzt haben. Diese sind verboten worden, weil dort in gewerblichem Ausmaß mit den Inhalten Dritter Geld gemacht worden ist. Grundlage für den Akzeptanzverlust des Urheberrechts ist aber auch ein politisches Denken, demzufolge digitale, urheberrechtsgeschützte Inhalte allein schon deshalb umsonst zugänglich sein sollen, weil es eine digitale Allmende geben soll und eine Kultur des Teilens.

Auch in Zukunft muss es unser Bestreben sein, zu einer angemessenen Marktregulierung sowie Bezahlmodellen für die neuen Distributionswege zu gelangen. Je mehr legale Angebote zu fairen Preisen existieren, desto weniger Piraterie wird es geben. Bereits heute gibt es in Deutschland ungefähr 60 legale, marktbasierte Flatrate- und Bezahlangebote für den digitalen Kulturkonsum. Doch nach wie vor gibt es für manche Nachfrage keine legalen Angebote. Das Urheberrecht ist durch die Digitalisierung, die die Kopie so einfach gemacht hat, mitten in der Gesellschaft angekommen. Dessen Kerngedanke, die Rechte der Urheber zu schützen, muss auch in der digitalen Welt verteidigt werden.

Die Menschenrechtskonvention von 1948 legt in Artikel 27, Paragraph 1 fest, dass Kunst und Kultur frei zugänglich zu sein hat. Paragraph 2 desselben Artikels sieht aber auch vor, dass Urheberrechte geschützt werden müssen. Zudem, frei zugänglich bedeutet nicht umsonst, sondern dass es Zugang ohne Zensur geben muss. So muss die zentrale Richtlinie grüner Kulturpolitik die Bereitschaft sein, die Kreativen zu entlohnen.

Bei der Gestaltung des Urheberrechts des 21. Jahrhunderts geht es aber auch um mehr Wahlfreiheit. Diejenigen, die mit creative commons arbeiten wollen, mit freien Lizenzen, sollen und müssen das tun können. Für mash ups und remixes muss eine Modifizierung im Urheberrecht gefunden werden, die einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der Künstler an ihrem Werk und der Kreativität der Nutzer ermöglicht.

Das Urheberrecht ist (nicht) das Problem

MATHIAS RICHEL

Vor der Digitalisierung war das Urheberrecht nur für Experten ein Thema, für die Mehrheit der professionellen Kunst- und Kulturschaffenden nicht. Und für den Rest der Bevölkerung schon gar nicht. Die Kulturschaffenden hatten zwar damals wie heute formal die Urheberrechte, in der Praxis aber sorgten Marktmacht der großen Verwerter und der Winner-take-all-Charakter der Kulturindustrie dafür, dass die große Mehrheit wenig bis gar nichts an ihren Urheberrechten verdiente. Brotlose Kunst kommt nicht von ungefähr. Nur wenige Glückliche konnten von ihrer Kunst leben und eine winzige prominente Minderheit hatte die Verhandlungsmacht für ein wirklich gutes Einkommen.

Für alle anderen hatte das Urheberrecht noch weniger Bedeutung. Selbst Werke herzustellen war teuer, sie zu verbreiten noch teurer. Gleiches galt für die Erstellung von Kopien. Vor dem Internet war es gar nicht so einfach, das Urheberrecht zu verletzen. Im Alltag der Masse der Bevölkerung spielte das Urheberrecht keine Rolle. Heute haben wir das Internet und das Urheberrecht ist für beide Gruppen ein Thema. Zwar kann immer noch nur eine Minderheit von ihrer Kunst alleine leben, zwei Dinge haben sich aber verändert.

Einerseits sind heute so viele Menschen wie nie zuvor kulturschaffend tätig. Erstellung und vor allem Distribution von Kulturgütern ist so günstig wie nie zuvor. Neue Formen des Medienkonsums in sozialen Netzwerken und anderswo führen dazu, dass Nutzung von Kulturgütern immer mehr mit deren gleichzeitiger Verbreitung einhergeht. Jugendliche tanzen zu ihrer Lieblingsmusik, filmen sich dabei mit ihrem Handy und verletzen das Urheberrecht, weil sie dieses Video mit ihren Freunden im Internet teilen. Urheberrechtsverletzungen sind in der digitalen Gesellschaft an der Tagesordnung.

Andererseits glauben viele professionell Kunstschaffende in ebendiesen alltäglichen Urheberrechtsverletzungen den Grund dafür zu erkennen, warum sie von ihrer Kunst nicht leben können. Was vor dem Internet der Ungerechtigkeit der Kulturindustrie und deren Starprinzip zugeschrieben wurde, dafür wird heute »Gratiskultur« und Urheberrechtsverletzung im Netz verantwortlich gemacht. Das mag im Einzelfall auch stimmen, in der Regel ist es aber falsch. Für die Reform des Urheberrechts bedeutet das dreierlei: Erstens, das Urheberrecht muss wieder unwichtig werden. Einem fairen Mediennutzungsalltag dürfen Urheberrechte nicht im Wege stehen. Deshalb braucht es auch in Deutschland dringend eine Fair-Use-Klausel, die das Remixen von Werken im Internet legalisiert.

Zweitens, das Urheberrecht muss ein Versprechen einlösen, das es auch vor dem Internet nicht erfüllt hat, nämlich für die Urheber da zu sein. Ein besseres Urhebervertragsrecht mit unabdingbaren Zweitverwertungsrechten wäre hier ein erster Schritt und würde dazu beitragen, dass Künstler für ihre Leistungen auch fair bezahlt werden. Im Gegensatz dazu nützt den Urhebern eine Schutzfrist weit über deren Tod hinaus nichts. Stattdessen behindert sie Künstler bei der Erstellung neuer Werke, weil die langen Schutzfristen Zugang zu vorhandenen Werken – dem Rohmaterial von Kreativität – behindern.

Drittens, und das ist vielleicht das Wichtigste, sind Kunstschaffende und Internetnutzer keine Gegner. Die Ungerechtigkeiten im Kulturbetrieb haben weniger mit dem Internet und viel mehr mit Marktmacht und Verteilungsfragen zu tun. Diese Probleme gilt es gemeinsam anzugehen – und das Internet kann dabei vielleicht sogar hilfreich sein.

Netzpolitiker als Bedrohung der Kultur?

PAUL KLIMPEL

Dies ist keine rhetorische Frage, problematisch ist jedoch, dass sie für eine solche gehalten wird. Von den einen, die diese Fragen bejahen – und das sind viele in den traditionellen Interessenverbänden der Kultur, aber auch unter Künstlern und Kreativen – genauso wie von den anderen, die diese Fragen nicht nur verneinen, sondern darüber verständnislos den Kopf schütteln. Auch das sind viele, es werden mehr, unter ihnen sind nicht nur Netzaktivisten, sondern eben auch viele Kreative und Künstler. Es scheint, als prallen Welten aufeinander, die sich nicht verstehen können (oder wollen).

Einigkeit besteht über die Binsenweisheit, dass Digitalisierung und Internet die Welt verändert haben. Über die Veränderungen, über ihre Auswirkungen, über ihre Chancen wie über ihre Gefahren sollten wir sprechen. Die Gedächtnisinstitutionen, die Museen, Archive und Bibliotheken waren nie die Avantgarde, die diese Prozesse vorangetrieben hat. Sie haben lange im Schatten der Auseinandersetzung gestanden. Doch sie sind selbst in ihrem Kernbereich betroffen. Einige Verschärfungen des Urheberrechts haben ihren Handlungsspielraum eingeschränkt, ein Kollateralschaden des Kampfes gegen Raubkopierer. An die Museen, Archive und Bibliotheken werden von der Politik Forderungen nach Massendigitalisierung gestellt, Forderungen, die sie häufig technisch, organisatorisch, rechtlich und finanziell überfordern. Sie werden mit Erwartungen an einen leichteren Zugang zu ihren Beständen konfrontiert. Und sie sind einer großen, teils seriösen, teils auch unseriösen Konkurrenz im Wettbewerb um die Aufmerksamkeit im Netz ausgesetzt. Auch gibt es gänzlich neue Akteure, nicht nur aus der Wirtschaft, auch aus bürgerschaftlichen Engagement erwachsen. Bekanntes-

Es scheint, als prallen Welten aufeinander, die sich nicht verstehen können (oder wollen).

tes Beispiel ist Wikipedia, mit der inzwischen die Deutsche Nationalbibliothek wie auch Museen und Archive in vielfältiger Weise kooperieren.

Von Seiten der Gedächtnisorganisationen besteht Gesprächsbedarf. Über technische Fragen. Über organisatorische Fragen. Über rechtliche Rahmenbedingungen. Über die gesellschaftlichen und politischen Erwartungen an diese Institutionen. Und natürlich über die Erwartungen der Kreativen, deren Werke bewahrt werden sollen. Die Übernahme der Verantwortung für den Erhalt von Werken durch Archive, Bibliotheken oder Museen ist ein Ticket für die Ewigkeit. Aber auch daran knüpfen sich wieder Fragen: Was heißt Langzeitarchivierung in der digitalen Welt, wie können die (digitalen) Kulturzeugnisse von heute nachhaltig bewahrt werden?

Es ist ein großer Gewinn, wenn der Diskurs darüber nicht auf die betroffenen Institutionen beschränkt bleibt, sondern breiter geführt wird. Mit den Kultur- wie mit den Netzpolitikern, mit den Künstlern, deren Erwartungen an die Gedächtnisinstitutionen sehr viel vielfältiger sind, als dies von ihren Verbänden vorgetragen wird, mit den Rechtspolitikern, mit den Verwertungsgesellschaften, mit Netzaktivisten und Wikipedianern und zuletzt natürlich auch mit Firmen, die den Prozess von Digitalisierung, Auffindbarkeit und Verfügbarkeit im Netz vorantreiben. In diese Runde gehört auch Google. Gefährlich ist nicht, Google in einen offenen Diskurs einzubeziehen. Gefährlich wäre, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen und den Diskurs auf das eigene Milieu zu beschränken.

Gefangen in der Netzfreiheit

JÖRG EVERS

Wer in die Politik geht, möchte Einfluss nehmen und gestalten. Dazu muss das Profil und das Image gestärkt werden, um ein Mandat zu erhalten. Den meinungsbildenden Plattform-Betreibern im Internet, wie beispielsweise Google und Facebook, ist dabei eine bisher nie dagewesene Machtposition zugewachsen, die durch ihren Datenhunger und ihre diversen Prioritäts- und Filterprogramme noch gesteigert wird.

War es in den analogen Zeiten für eine Polit-Karriere schon nicht förderlich, sich mit großen Meinungsmachern (z. B. Springer, Murdoch) anzulegen, so kommt ein prononciertes Aufbe-

Fortsetzung auf Seite 22 ►

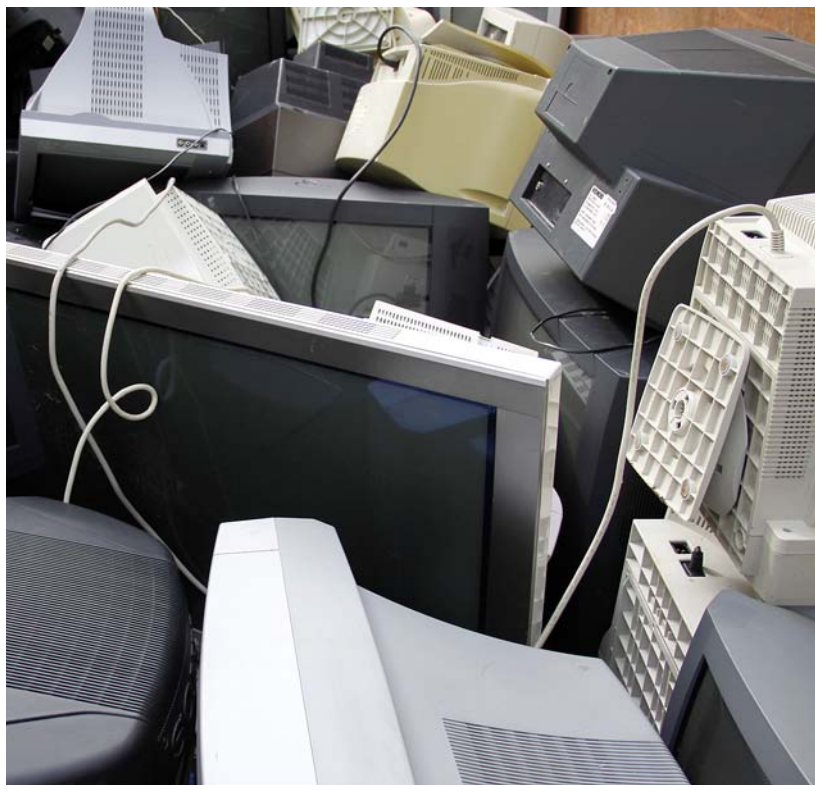


FOTO: FRANK RADEL / PIXELIO.DE

Digitalisierung, Werte und Politik

In Gesellschaften reicht es nicht aus, Werte zu bestimmen. Sie müssen auch vermittelt werden.

MAX FUCHS

Vermutlich ist es nicht so schwer, einen gesellschaftlichen Konsens darüber zu erzielen, dass Kreativität einen Wert hat. Etwas schwieriger ist es bereits, dass dieser Wert auch einen Preis hat. Noch schwieriger ist das Problem zu lösen, ein entsprechendes Wertebewusstsein zu vermitteln, sodass der Preis auch entrichtet wird. Doch genau dies ist es, was Politiker gelegentlich als Lösung des Problems vorschlagen, dass sich Jugendliche offenbar viel und gerne schwarz urheberrechtlich geschützte Inhalte aus dem Internet anschauen oder anhören, herunterladen und weitervermitteln. Natürlich ist ein solches Vorgehen bereits jetzt unter Strafe gestellt. Inzwischen leben große Anwaltskanzleien davon, entsprechende Strafgelder einzutreiben. Doch ist das Internet schwer zu kontrollieren, zumal die wenigsten wollen, dass ganze Generationen Jugendlicher mit entsprechenden Vorstrafen erwachsen werden.

Daher die Lösung: Werteerziehung muss her. Diese Lösung klingt nicht nur elegant, man hat sie bereits öfter gehört: Jedes Mal, wenn Medienkampagnen – oft begleitet durch Studien entsprechender Kriminologen – durch das Land ziehen, dass es einen Trend zum Rechtsextremismus, zur Gewalt, zu Computerspielen, zur Fettleibigkeit etc. gibt, wird das Bildungssystem und dort speziell die Schule in die Pflicht genommen. Man hat das Problem erkannt, darüber sorgsam diskutiert und eine Lösung gefunden: Werteerziehung. Falls das Ganze nicht funktioniert, ist dann auch gleich ein Schuldiger identifiziert: Die Schule hat bei der Werteerziehung versagt! So weit, so gut. Das Problem hierbei besteht darin, dass Werteerziehung zwar wünschenswert ist, sie auch ständig geschieht, aber nur kaum in dieser vorgeschlagenen Weise. Und dies hat seine Gründe.

In der Schule, so der erste Chef der PISA-Studie Jürgen Baumert, herrscht der Primat des Kognitiven. Das ist sogar sinnvoller, als es – gerade aus der Perspektive der Künste – klingt. Denn die Schule ist der einzige Ort, an dem alle Kinder und Jugendlichen ein systematisches Bild von der Welt vermittelt bekommen können und hierbei das notwendige kognitive Instrumentarium erhalten. Denn welche Familie, welcher Jugendverband möchte schon gerne Bruchrechnen, Versformen oder Geschichte systematisch vermitteln? Auch bei den Werten gibt es ein intellektuelles Herangehen: Man muss sie identifizieren, beschreiben, unterscheiden, gewichten, in ihrer Genese untersuchen, ihre Zusammenhänge studieren und vor allem: nach Begründungen suchen. Werte- und Normbegründung ist sogar ein äußerst anspruchsvolles Unternehmen, an dem sich gleich eine ganze Reihe von Disziplinen beteiligen muss – und doch nicht zu einem Ende kommen kann. Doch selbst wenn ein intellektuell befriedigendes Begründungsverfahren vorläge: Was wäre damit für den pädagogischen Bereich gewonnen? Natürlich könnte ein solches angemessen im Unterricht vorgestellt werden – und es geschieht sicherlich auch im Philosophie-, Deutsch- oder Religionsunterricht. Doch wird man kaum eine bleibende Wirkung erwarten können. Denn akzeptierte Werte, so die Alltagserfahrung, haben weniger damit zu tun, dass man sie widerspruchsfrei begründen kann und sie rational einleuchten. Sie haben vielmehr mit Emotionen zu tun, man hat eine besondere existentielle Bindung zu ihnen, die wiederum etwas mit Weltanschauung, Weltbild und eventuell mit dem religiösen Bekenntnis zu tun hat.

Werte entstehen im Alltag aufgrund von Erfahrungen, die man gemacht hat. Auch dies gehört zur Pädagogik. Denn neben dem formalen Lernen im Unterricht kennt man das nonformale und speziell das informelle Lernen. Letzteres geschieht en passant, beiläufig, einfach dadurch, dass man Situationen durchlebt. 80 Prozent unserer Kompetenzen, so internationale Schätzungen, erwerben wir so, und nur der verbleibende Rest wird in formalen Lernsituationen angeeignet. Zu diesen 80 Prozent dürften auch die Werte gehören. Bei diesem Ansatz, den der Alltag nahe legt, kann man sich inzwischen auf veritable Autoritäten berufen. So beschreibt es etwa der Habermas-Schüler Hans Joas (»Die Entstehung der Werte« 1997; »Die Sakralität der Person«, 2011, letzteres Buch im Hinblick auf die Menschenrechte).

Auch in den Lerntheorien wird man fündig, um diese Alltagserfahrung zu untermauern. Man spricht über performatives Lernen, über ein Lernen, das neben dem Kognitiven die Sinne und das Ästhetische mit einbezieht. Man spricht von einem Lernen am Modell, wobei solche Modelle gesellschaftlich präsente Vorbilder sein können. Doch gibt es heute noch Vorbilder? Ja, es gibt sie noch, die Relevanz von Vorbildern. Und hierbei kommen die Politiker wieder ins Spiel. Denn unsere politischen und intellektuellen Eliten, denen man ständig in den Medien begegnet, spielen durchaus eine solche Modellrolle, selbst bei denen, die dies von sich weisen würden. Man weiß nämlich, dort sitzt die Macht, Regelungen unseres Alltags festzulegen. Dort wird entschieden, wie unsere Sozialleistungen aussehen, wie lange wir arbeiten müssen, sogar: Ob wir junge Menschen in den Krieg schicken oder nicht. Daher ist das Verhalten dieser Politiker relevant für alle, denn man will wissen, wer das ist, der solche gravierenden Existenzentscheidungen trifft. Vor diesem Hintergrund kann man die Bedeutung von Fehlverhalten nicht überschätzen: Ob ein Kanzler sich auf ein Ehrenwort beruft, um sich nicht an ein Gesetz halten zu müssen, ob ein SPD-Politiker äußerst problematische Aussagen zur Integration tätigt und in allen – auch den öffentlich-rechtlichen – Medien in gewissen Zeiten fast täglich präsent war und dadurch erst prominent wurde, ob ein Wirtschafts- und Verteidigungsminister lügt und betrügt – und seine Chefin dies als Peanuts abtut: All dies wird wahrgenommen und hat eine enorme werterzieherische Wirkung. Nun könnte man einwenden, dass auch Politiker nur Menschen und daher nicht besser oder schlechter als Alltagsmenschen seien. Man solle sie daher nicht überfordern oder an unangemessen hohen Maßstäben messen. Doch geht es dabei nicht um eine Überforderung der Amtsträger: Man erwartet lediglich das wohlanständige Verhalten, das man in seinem Verein, seiner Familie, seiner Arbeitsstätte auch erwarten würde.

Die eingangs zitierten Netzpolitiker, die so stolz die Werteerziehung als Lösung eines wichtigen Nutzungsproblems des Internets vorstellen: Recht haben sie. Das Ganze hat etwas mit Werten zu tun. Unsere Rechtsordnung basiert auf Werten, die man gerne ernst genommen sähe – bei allen. Doch wird man zum einen bedenken müssen, dass auch das Rechtsbewusstsein der Menschen keine feste Größe ist, sondern sich im Laufe der Zeit wandelt, sodass möglicherweise die notwendige Basis bestehender Gesetze verschwindet. Zum anderen sollte gezeigt werden, dass die Forderung nach Werteerziehung durchaus ein Bumerang ist: Man muss in den eigenen Reihen beginnen.

Max Fuchs ist Präsident des Deutschen Kulturrates

Fortsetzung von Seite 21

gehren gegen ökonomische Ziele der Plattform-Giganten inzwischen einem netzpolitischen Selbstmord nahe. Da die Aufweichung und Erosion des Urheberrechts zu den merkantil bevorzugten, propagierten Zielen dieser Giganten gehört, die sich dadurch einen noch günstigeren Zugang zum wertvollen Datenprofil ihrer Konsumenten versprechen, hat ein mutiger Verteidiger des Urheberrechts derzeit schlechte Karten. Hoffnungslos als »old school« gebrandmarkt, sieht er sich dem »shitstorm« einer teilweise durch gezielte Fehlinformationen aufgebrachten Masse ausgesetzt.

Unter dem Deckmantel der sogenannten »Netzfreiheit« wächst jetzt ein erschreckendes Monster mit ungeahnter Kontroll-Macht heran. Es wird meist von denselben »freiheitsliebenden« Nutzern bereitwillig mit ihren persönlichen Daten gemästet, die sich ausgerechnet vom Urheberrecht, welches ja gerade die individuelle, unverfälschte Ausdrucks- und Redefreiheit schützt, bedroht fühlen. Die Netz-Revolution frisst so ihre eigenen Kinder. Die versprochene »totale Basis-Demokratisierung« des Netzes führt durch die entstandene Machtfülle der Plattform-Giganten, denen freiwillig die Möglichkeit zur umfassenden De-facto-Vorratsdatenspeicherung gegeben wurde, zu einer Geheimdienstähnlichen Anti-Demokratisierung (siehe Interview mit Jacob Appelbaum, Mitglied von Wikileaks, Süddeutsche Zeitung vom 10.02.2012). Diesen Umstand sollte der politische Diskurs als Schwerpunkt mutig ins Visier nehmen, bevor die Angst vor dem Einfluss der Netz-Machthaber endgültig die freie Meinungsbildung dominiert. Nicht das Recht der Kulturschaffenden auf angemessene Entlohnung der Nutzung ihrer Werke bedroht die demokratische Freiheit, sondern weit mehr die finanzstarken Giganten mit Zugang zum manipulierbaren, »gläsernen Menschen«. Die Werke der Urheber dienen lediglich als nützlicher Köder für ihren getarnten Datenfischzug.

Das Netz ist an sich neutral wie das sprichwörtliche Messer, mit dem man eine Madonna schnitzen oder jemanden niedermetzeln kann. Es hat zwei Gesichter, einerseits das der offenen Kommunikation und der demokratischen Meinungsfreiheit (wobei noch nicht gewährleistet ist, ob beispielsweise der »arabische Frühling« wirklich zu den erhofften repressionsfreien Systemen führt) und andererseits dasjenige der unersättlichen Daten-Krake, welches »von jedem etwas in den Unterlagen« hat, um gegebenenfalls Missliebige mundtot machen zu können.

Unsere Kultur, die ja durch ein starkes, durchsetzungsfähiges Urheberrecht gestützt wird, darf nicht im Kampf um den Zugriff auf die Daten der Bevölkerung auf der Strecke bleiben. Das Feld darf nicht den Kräften, die sich vorauseilend den umfassenden Interessen der Giganten anbiedern und dann auf deren Wohlwollen spekulieren, überlassen werden. Die Auseinandersetzung um das Urheberrecht ist die entscheidende Nagelprobe.

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Jetzt testen!

Fordern Sie Ihr gratis Probe-Exemplar an!
Per Telefon: 030 . 24 72 80 14, Fax: 030 . 24 72 12 45
oder E-Mail: info@politikundkultur.net.

Der Legitimationsdruck hat zugenommen

Gabriele Schulz im Gespräch mit Rolf Bolwin, Geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins

Im Januar 2012 konnte Rolf Bolwin auf 20 Jahre Tätigkeit beim Deutschen Bühnenverein zurückblicken. Anlass für Politik & Kultur zu fragen, wie sich aus seiner Sicht die Kulturpolitik und speziell die Theaterpolitik in den letzten 20 Jahren entwickelt hat. Vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Finanzkrise fragt Politik & Kultur nach der Legitimation der öffentlichen Kulturförderung unter besonderer Berücksichtigung des Theaterbereichs.

Herr Bolwin, 20 Jahre Tätigkeit für den Deutschen Bühnenverein, das ist eine lange Zeit. Ist es eigentlich immer noch spannend?
Ja, sicher ist es immer noch spannend. Das liegt vor allem an meiner Begeisterung für Theater und Musik sowie für die Kunst im Allgemeinen. Darüber hinaus finde ich es als Jurist wichtig, einen Beitrag zur Verwirklichung von Artikel 5 Grundgesetz und zur Freiheit der Kunst zu leisten. Verschweigen will ich aber nicht, dass es hier und da in dieser großen Auseinandersetzung über die öffentliche Kulturfinanzierung manchmal auch Ermüdungserscheinungen gibt. Ich sage oft, in meinem zweiten Leben werde ich Wanderprediger. Denn eigentlich ziehe ich durchs Land, gehe von Stadtrat zu Stadtrat, von Klausurtagung zu Klausurtagung, um für die Finanzierung der Theater und Orchester zu werben. Eine gewisse Wiederholung ist dabei unvermeidlich, weil es letztlich immer um dieselben oder zumindest ähnliche Fragen geht. Wenn ich dann aber abends in der Vorstellung sitze und sehe, was auf der Bühne passiert, weiß und spüre ich, warum ich das mache. Ich hätte mir nie vorstellen können, beispielsweise für eine Schraubenfabrik zu arbeiten. Schrauben interessieren mich nicht, sie sind praktisch, mehr aber auch nicht. Beim Theater und in der Musik ist das anders, da ist das Produkt aufregend und hält einen wach für die Fragen der Zeit. Zudem geht es auch um eine große Zahl von Arbeitsplätzen, die zu erhalten sind. Gerade die Arbeitsplätze der Künstler sind in der Regel befristet und da bedarf es besonderer Anstrengungen, um sie vor Willkür zu schützen. Ich finde, auch als Arbeitgebervertreter hat man eine soziale Verantwortung. Die nehme ich sehr ernst.

Wenn Sie auf die vergangenen 20 Jahre zurückblicken, was waren die größten Umbrüche?
Ehrlich gesagt habe ich vor 20 Jahren nicht damit gerechnet, dass die öffentliche Kulturfinanzierung einmal so unter Druck geraten könnte. Insbesondere wenn man sich vergegenwärtigt, dass bei der Betrachtung der Gesamtausgaben die Ausgaben für Kultur eher gering sind. Da fragt man sich schon, was so manchen Kämmerer oder Oberbürgermeister umtreibt, wenn er den Theatern und Orchestern sowie ihrem Bühnenverein ein Krisenmanagement ohnegleichen zumutet. Es gab zwar auch in der Vergangenheit Finanzdebatten, aber nicht einen solchen Legitimationsdruck wie heute. Wobei ich den Legitimationsdruck auch als Herausforderung empfinde. Er hat uns zu erheblichen strukturellen Veränderungen verholfen, ohne die viele Theater und Orchester nicht überlebt hätten. Dadurch fielen von 45.000 Arbeitsplätzen, die wir mal hatten in den öffentlich getragenen Theatern, 6.500 weg, was zwar Geld sparte, aber bitter für die Betroffenen war. Zudem wurden viele Haustarifverträge abgeschlossen, bei denen die Beschäftigten einen spürbaren Verzicht auf Teile ihrer Vergütung geleistet haben. Aber letztlich ist es uns doch gelungen, die einmalige Theater- und Orchesterlandschaft Deutschlands zu erhalten und insofern hat es sich gelohnt, den Kampf aufzunehmen. Heute müssen wir der Politik deutlich signalisieren: Das Ende der Fahnenstange ist erreicht, viel geht nicht mehr.

Neben den Finanzen steht oft die Frage im Raum, welche Bedeutung das Theater für den gesellschaftlichen Diskurs hat. Hat das Theater eine solche Rolle?
Ohne jeden Zweifel. In einer Gesellschaft, die von starken Zentrifugalkräften und einer fast grenzenlosen Individualisierung bestimmt wird, kann das Theater in einer Stadt oder einer Region eine besondere Rolle übernehmen. Es stellt sich doch heute die Frage, wo die Menschen zusammenkommen können, wo sie sich austauschen, wo sie etwas gemeinsam erleben – im wahrsten Sinne des Wortes – und wo sie ihr Leben aus einer solchen gemeinsamen Wahrnehmung heraus reflektieren können. Da kommt dem Theater, dem Konzertsaal, dem Museum eine tragende Bedeutung zu. Diesen Diskurs, dieses kollektive Nachdenken in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft zu ermöglichen, ist eine der ganz wesentlichen Funktionen solcher öffentlichen Räume der Kunst. Außerdem beobachte ich, dass städtische Theater ganz konkret auf die Geschehnisse vor Ort eingehen können. Hierin zeigt sich auch ein Vorteil des hierzulande üblichen Ensemble- und Repertoire-Systems. Die Künstler leben in der Stadt und sind in der Stadt verankert. Sie sind also Teil der Stadt und bieten nicht eine Theaterproduktion an, die fünfmal zu sehen ist und dann in einen anderen Ort verschwindet, nein, sie machen sie zum Gegenstand einer gesellschaftlichen, einer städtischen Debatte. Alles, was in der Stadt virulent ist, was die Menschen bewegt, kann dauerhaft, oder, wie es heute gerne heißt, nachhaltig aufgegriffen werden. Natürlich ist in der Praxis zu sehen, dass es mal besser, mal schlechter gelingt. Aber das ist der Kunst immanent. Dafür bekommen wir das öffentliche Geld, damit wir künstlerische Risiken auch eingehen können.

Hat das Theater aus Ihrer Sicht eine besondere Verantwortung für die zeitgenössische Kunst?
Ja selbstverständlich, denn letztlich sind es die Theater und die Orchester, die die Dramen- und Musikliteratur in ihren Aufführungen zum Leben erwecken und zugleich mit immer neuen Inszenierungen lebendig halten. Wer setzt sich schon hin und studiert eine Partitur? Wer liest heute noch ein Drama? Wäre je ein Theaterstück, je eine Oper geschrieben worden, wenn es keine Räume gegeben hätte, sie aufzuführen? Also auch unsere Autoren und Komponisten brauchen die Aufführungsorte, um ihre neuen Werke zu präsentieren. Zugleich besteht die besondere Leistung der Theater, das zeitgenössische künstlerische Schaffen darin, die Werke, die vor 100, 200 oder vielleicht sogar vor 1.000 Jahren geschrieben wurden, so zu präsentieren und zu interpretieren, dass sie für die Zuschauer heute von Bedeutung sind. Eine neue, eine zeitgenössische Inszenierung ermöglicht dem Zuschauer eine ganz neue Sichtweise. Dabei haben die Theater im Übrigen einen Vorteil gegenüber den Orchestern, denn bei sinfonischer Musik ist es ungleich schwieriger, dem Publikum einen ganz neuen Zugang zu eröffnen.

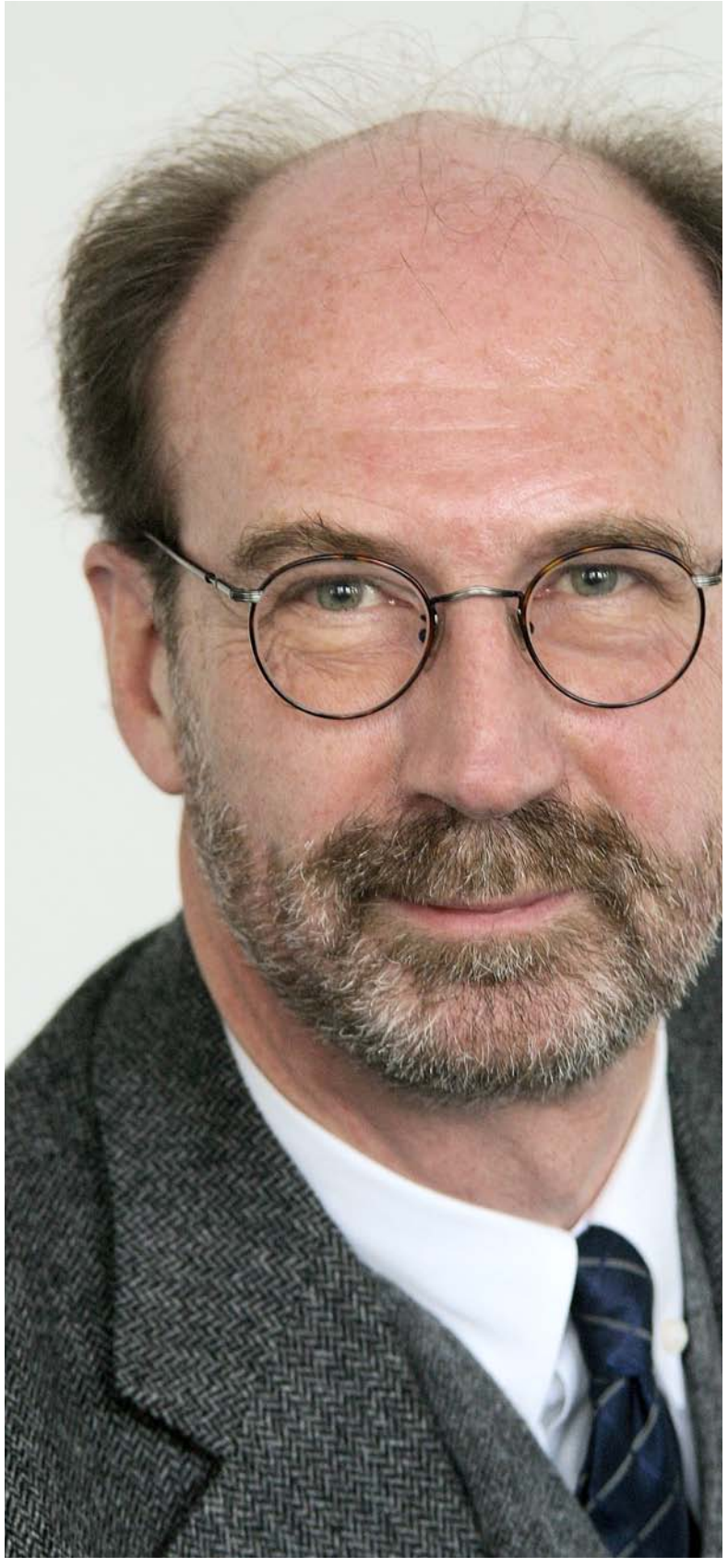


FOTO: KLAUS LEFEBVRE

Verstärken darum Orchester ihre Aktivitäten im Bereich der kulturellen Bildung?
Es ist richtig, dass es im Konzertbereich derzeit relativ viele Aktivitäten für kulturelle Bildung gibt. Ich glaube allerdings, dass von den Orchestern jetzt etwas nachgeholt wird, was bei den Theatern schon längst üblich ist. Dort hat man sich immer um den »Zuschauernachwuchs« gekümmert. Denken Sie nur an das Grips-Theater in Berlin und die vielen anderen Kinder- und Jugendtheater, sei es nun als eigenständige Bühne oder als Sparte des Stadttheaters. Aber auch in den Theatern, die nicht über die Sparte Kinder- und Jugendtheater verfügen, gibt es verschiedenste Arten von Aufführungen, die zum Ziel haben, Kinder und Jugendliche für das Theater zu gewinnen. Jugendclubs gehören heute ebenso zum Theateralltag. Und die Theater schauen, was im Deutschunterricht durchgenommen wird, um darauf mit ihrem Spielplan zu reagieren. Etwa das Theater Baden-Baden mit seinem Programm »Fit fürs Abi in fünf Tagen«. Bei aller Bedeutung der kulturellen Bildung ist aber Vorsicht geboten. Man kann Jugendliche auch mit einem permanenten Bildungsanspruch vergraulen. Gerade junge Menschen suchen im Theater doch den Zauber einer ganz anderen Welt, einer gewissen Bohème, eines spannenden, aufregenden Lebensgefühls. Und genau das hat meines Erachtens ebenso seine Berechtigung wie jeder Bildungsanspruch. Mir sagte einmal ein Intendant, das Beste, was passieren kann, um einen jungen Menschen für ein Theater zu interessieren, ist, dass er sich in einen Schauspieler oder eine Schauspielerin verliebt und gerade deshalb in den »Hamlet« oder »Die Jungfrau von Orleans« geht.

Alles, was in der Stadt virulent ist, was die Menschen bewegt, kann dauerhaft, oder, wie es heute gerne heißt, nachhaltig aufgegriffen werden.

Wenden wir zum Schluss noch einmal den Blick zurück, 20 Jahre Arbeit für die deutschen Theater, gibt es etwas, wovon sie im Nachhinein sagen würden, dass es schmerzlich war, dass es nicht gelungen ist?
Dass etwas grundlegend nicht gelungen ist, würde ich nicht sagen. Wie eingangs formuliert, finde ich es schmerzlich, dass Kunst und Kultur es innerhalb der Politik so schwer haben. Es bedarf so großer Anstrengungen, die Politik dafür zu gewinnen oder sie davon zu überzeugen, dass Kulturförderung richtig angelegtes Geld ist, dass Kunst und Kultur für die Stadt oder auch allgemein für die Gesellschaft wichtig sind. Leider ist es aber auch nicht jedem Intendanten oder Museumsdirektor in die Wiege gelegt, in der eigenen Stadt mit flammenden Reden die Stadt für seine Kulturinstitutionen zu begeistern. Das aber ist heute unverzichtbar. Niemand kann sich darauf ausruhen, dass er ein gutes Programm macht. Aber die Politik muss uns auch zuhören. Insgesamt würde ich mir einen stärkeren Dialog zwischen Kunst und Politik wünschen. Das setzt eine gewisse, gegenseitige Grundakzeptanz voraus, die leider nicht immer und nicht überall vorhanden ist.

Wenn Sie zurückblicken, haben Sie den Eindruck, dass in den Kultureinrichtungen heute stärker Manager und weniger Künstler gesucht werden?
Es gibt schon gewisse Unterschiede. Das hat vor allem etwas mit den finanziellen Herausforderungen zu tun. Die Politik schaut, wenn sie einen neuen Intendanten bestellt, heute stärker auf das, was man so gemeinhin als Manager-Qualität bezeichnet. Teilweise wird dabei über das Ziel hinausgeschossen. Denn letztlich muss es darum gehen, interessante Kunst zu machen. Das ist die einzige Erfolgsgarantie. Mit rein organisatorischen Fähigkeiten ist das nicht zu leisten. Kunst braucht Menschen, die Fantasie haben, die kreativ sind, die, wenn man so will, auch ein bisschen chaotisch sind. Aus diesem Chaos heraus entsteht der künstlerische Prozess, der plötzlich zu ganz unerwarteten Ergebnissen führen kann. Aber dennoch: Ein guter Theaterleiter muss mit Geld umgehen können, muss wissen, wie man ein Haus führt. Gute Intendanten konnten das allerdings schon immer.

Vielen Dank für das Interview und weiterhin viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

Rolf Bolwin ist Geschäftsführer des Deutschen Bühnenvereins – Bundesverband der Theater und Orchester Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Was tun, wenn das Einkommen nicht zum Leben reicht?

Ergänzendes Arbeitslosengeld II und Künstlersozialversicherung

RAINER FUCHS

Im Anschluss an den Beitrag in der letzten Politik & Kultur, der Fragen im Zusammenhang mit einem nichtkünstlerischen Nebenjob gewidmet war, geht es jetzt um die Möglichkeit, bei ungenügendem Einkommen den Grundbedarf als »Aufstocker« mit Arbeitslosengeld II zu decken. Über 125.000 Selbständige beziehen bereits solche ergänzenden Leistungen, darunter nicht wenige selbständige Künstler und Publizisten. Welche staatlichen Leistungen können sie erwarten? Müssen sie mit Vermittlung in einen kulturfremden Beruf rechnen? Werden künstlerische Einnahmen angerechnet? Kann die Ateliereinrichtung, das Tonstudio, der Flügel, der Laptop behalten werden? Auch hier gibt es selten einfache Antworten. Viele Fragen sind nur im Einzelfall zu klären. Wichtig ist vor allem eine gute Beratung, die es im örtlichen Jobcenter und bei der Künstlersozialkasse gibt. Nicht alle Jobcenter haben allerdings Erfahrungen mit den besonderen Problemlagen der Künstler und Publizisten. Es ist daher wichtig, auch selbst gut informiert zu sein und den zuständigen Fallmanager richtig über die eigene Situation aufzuklären. Die wichtigsten Eckpunkte, die bedürftige Künstler und Publizisten kennen sollten, sind daher im Folgenden zusammengestellt.

Was ist Arbeitslosengeld II?

Arbeitslosengeld II, auch Hartz IV genannt, ist eine reine bedarfsorientierte Fürsorgeleistung, deren leistungsrechtliche Voraussetzungen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) als Grundsicherung für Arbeitsuchende geregelt sind. Sie garantiert nach einheitlichen Grundsätzen den Lebensunterhalt für erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die früher Arbeitslosenhilfe und/oder Sozialhilfe erhalten haben. Abgesichert sind diejenigen, die keinen oder keinen ausreichenden Anspruch (mehr) auf Arbeitslosengeld aus der Arbeitslosenversicherung haben. Aber auch Erwerbstätige, die mit ihrem Erwerbseinkommen den eigenen sowie den Lebensunterhalt der mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Angehörigen nicht ausreichend decken können, haben bei Vorliegen der Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld II. Jeder, der zwischen 15 und 65 Jahre alt und erwerbsfähig ist, über keine eigenen ausreichenden Mittel zur Deckung des Lebensunterhalts verfügt, seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und trotz umfassender Bemühungen keine Arbeit findet, hat einen Rechtsanspruch auf diese Leistung. Wer mit seiner Arbeit nur ein Einkommen erzielt, das den Lebensunterhalt nicht sichert, erhält als »Aufstocker« ergänzende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Auch Selbständige erhalten unter den gleichen Voraussetzungen ergänzende Leistungen.

Welche Ansprüche gibt es?

Es ist zu unterscheiden zwischen dem sogenannten Regelbedarf zuzüglich eventueller Mehrbedarfe, den angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung und weiteren einmaligen Leistungen (beispielsweise Erstausstattung bei Schwangerschaft und Geburt) sowie Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder und Jugendliche. Der Regelbedarf beträgt:

- 374 Euro monatlich für Alleinstehende oder Alleinerziehende,
- für (Ehe-)Paare 674 Euro (337 Euro pro Person),
- für Kinder kommen je nach Alter 219 Euro (0–6 Jahre), 251 Euro (7–14 Jahre) oder 287 Euro (15–18 Jahre) hinzu,
- für erwachsene Jugendliche bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres sind 299 Euro anzuerkennen, wenn sie im Haushalt der Eltern leben.

Ferner besteht ein Anspruch auf Kosten für Unterkunft und Heizung. Dabei übernimmt das Jobcenter die tatsächlich gezahlten Aufwendungen, soweit diese angemessen sind. Da die Mietpreise innerhalb Deutschlands sehr unterschiedlich sind, gibt es keinen einheitlichen Satz. Ob die Kosten im konkreten Fall angemessen sind, hängt insbesondere von der Größe der Wohnung und den örtlichen Mietpreisen ab. Im Bundesdurchschnitt kann eine Person etwa 45–50 m² beanspruchen, zwei Personen 60 m², weitere Personen je etwa 10 m² mehr. Durchschnittlich erhalten Alleinstehende 283 Euro, Paare 358 Euro, Paare mit einem Kind 378 Euro.

Darüber hinaus übernimmt das Jobcenter die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung. Rentenversicherungsbeiträge werden aber nicht gezahlt. Zusätzliche Leistungen, sogenannte Mehrbedarfe, gibt es z. B. für Schwangere, Alleinerziehende und Behinderte. Kinder und Jugendliche erhalten außerdem Bildungs- und Teilhabeleistungen, etwa für Schul- oder Kitaausflüge, Musik- und Sportunterricht, Schulbedarf usw.

Wird eigenes Einkommen angerechnet?

Grundsätzlich wird jedes Einkommen auf die staatlichen Leistungen angerechnet. Einkommen sind sämtliche Einnahmen in Geld oder Geldeswert, die der Leistungsberechtigte während des Leistungsbezuges erhält (unter anderem Arbeitseinkommen, Kindergeld, Unterhaltszahlungen). Eine besondere Maßgabe gilt für das Elterngeld. Dieses bleibt bis 300 Euro anrechnungsfrei, wenn die Eltern vor der Geburt ein Einkommen erzielt und demgemäß Anspruch auf Elterngeld haben.

Wer Erwerbseinkommen erzielt und ergänzend Arbeitslosengeld II erhält, muss sich nicht das gesamte Arbeitseinkommen anrechnen lassen. Anrechnungsfrei sind:

- Die ersten 100 Euro des Brutto-Monatsverdienstes,
- 20 Prozent von dem Teil des monatlichen Brutto-Einkommens, das 100 Euro übersteigt und nicht mehr als 1.000 Euro beträgt, und
- 10 Prozent von dem Teil des monatlichen Brutto-Einkommens, das 1.000 Euro übersteigt und nicht mehr als 1.200 Euro beträgt, bei Leistungsberechtigten, die entweder mit mindestens einem minderjährigen Kind in Bedarfsgemeinschaft leben oder die mindestens ein minderjähriges Kind haben, bis 1.500 Euro.

Beispiel: Bei einem Verdienst von 1.100 Euro bleiben 290 Euro von der Anrechnung auf das Arbeitslosengeld II frei (100 Euro + 20 % von 900 Euro + 10 % von 100 Euro). Das Haushaltseinkommen ist 290 Euro höher als ohne Arbeit.

Wird Vermögen angerechnet?

Grundsätzlich wird das gesamte verwertbare Vermögen angerechnet. Vermögen meint das, was der Leistungsberechtigte in der Bedarfszeit bereits besitzt (Bestand). Vom Grundsatz der Anrechenbarkeit bestehen aber weitreichende Ausnahmen. Dazu gehören unter anderem ein angemessenes Auto (Wert bis etwa 7.500 Euro), ein angemessenes selbstbewohntes Haus oder Appartement und Rücklagen für die Altersvorsorge. Ausgenommen sind auch, für Selbständige besonders wichtig, alle Vermögensgegenstände, die für die Aufnahme oder Fortsetzung einer Erwerbstätigkeit unentbehrlich sind. Daher kann beispielsweise der Musiker sein Tonstudio oder seine wertvollen Instrumente behalten und der Maler oder Bildhauer seine Ateliereinrichtung, der Schriftsteller seinen Laptop.

Soweit Vermögen zu berücksichtigen ist, gibt es gestaffelte Freibeträge; der Grundfreibetrag beträgt pro Lebensjahr 150 Euro, mindestens aber 3.100 Euro, das heißt bis zu 10.050 Euro. Hinzu kommt ein Freibetrag für Ansprüche, die der Altersvorsorge dienen, von 750 Euro pro Lebensjahr, das bedeutet von bis zu 50.250 Euro. Ansprüche aus einem unkündbaren »Riester-Vertrag« bleiben anrechnungsfrei.

Habe ich Anspruch auf Arbeitslosengeld II?

Jeder Künstler oder Publizist sollte selbst grob abschätzen, ob er als »Aufstocker« in den Genuss staatlicher Leistungen kommen kann.

In der nächsten Ausgabe von Politik & Kultur geht es um die Folgen der Zugehörigkeit zur Künstlersozialversicherung, die Vermittlung in (kulturfremde) Arbeit und Hilfen der Jobcenter.

Rainer Fuchs ist Leiter des Referates Internationale Angelegenheiten der Künstlersozialversicherung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

€ ANSPRUCHSBERECHNUNG

Beispiel: Ein Paar mit einem Kind (5 Jahre) hat Mietkosten (inkl. Heizkosten) von 474 Euro. Sie besitzen aus selbständiger künstlerischer/publizistischer Tätigkeit ein Netto-Einkommen von 400 Euro.

Kosten für Wohnung und Heizung	474 €
Regelbedarf (674 € + 219 €)	+893 €
Anzurechnendes Einkommen 400 € - 160 € (Freibetrag: 100 € + 20% von 300 €)	-240 €
Einsatz von Kindergeld	-184 €
Anspruch auf Arbeitslosengeld II/Sozialgeld beträgt daher	943 €
Haushaltseinkommen (943 € ALG II + 400 € Einkommen + 184 € Kindergeld)	**1.527 €**

Zusätzlich werden die Sozialversicherungsbeiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung vom Jobcenter erbracht; der bisherige Beitrag an die Künstlersozialkasse entfällt. Der Weg zum Jobcenter lohnt sich also!

Blätterrauschen: soziokultur

Die Zeitschrift der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren gibt es als solche seit Anfang 2000. Sie ist aus einem 4-seitigen Mitgliederrundbrief hervorgegangen. Von 2000 bis 2009 hieß sie »Informationsdienst Soziokultur« und erschien in Schwarz-Weiß. Seit Anfang 2009, nach einem umfassenden Relaunch des Layouts, heißt die Zeitschrift »soziokultur«, umfasst in der Regel 36 Seiten und ist vierfarbig. Es werden aktuelle Fragen zur Theorie und Praxis soziokultureller Arbeit artikuliert und diskutiert. An der Soziokultur Interessierte sowie die Mitglieder der Bundesvereinigung haben die Möglichkeit, sich über aktuelle Geschehnisse und Themen auf Länder-, Bundes- und Europaebene auf dem Laufenden zu halten.

Jede der vier Ausgaben im Jahr widmet sich einem thematischen Schwerpunkt, der in Beziehung zum Praxisfeld Soziokultur gesetzt wird. Darin sind auch ein Personen- und ein Zentrenporträt enthalten. Für die Erarbeitung des Thementeils ist eine externe Redaktion zuständig, die aus sechs bis acht ehrenamtlich tätigen Redakteurinnen und Redakteuren besteht. Diese sind meist in den soziokulturellen Zentren und Landesverbänden tätig. So sind die Aktualität der Themen und eine gute Rückkopplung zur Praxis gewährleistet.

Die Beiträge der aktuellen »soziokultur« mit dem Schwerpunkt »Wirtschaften« setzen sich mit der Gratwanderung zwischen Zweck- und Wirtschaftsbetrieb auseinander: Wie erarbeiten sich soziokulturelle Zentren ihre Eigenmittel, die Grundlage aller Förderung? Dazu ist unter anderem ein Interview mit Reiner Deutschmann, MdB, FDP-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien, zu finden.

Die vorausgegangene Ausgabe beschäftigte sich mit Kunst und Kultur unter freiem Himmel und ging der Frage nach, was den Reiz dieser Veranstaltungen ausmacht.

Das kommende Heft wird die Rolle der Literatur in der Soziokultur und die Wechselwirkungen mit anderen Genres beleuchten. Neben den Themenschwerpunkten wird in jeweils eigenen Rubriken über aktuelle kulturpolitische Ereignisse, Debatten und Veranstaltungen in den Ländern, Bund, Europa und darüber hinaus berichtet.

Der verbandsinternen Information dient die Rubrik »Verband aktuell«. Im Serviceteil der Zeitschrift können sich die Leser Literaturtipps holen und sich über Termine, Personalia und Adressen informieren.

Mit »soziokultur« kann sich jeder interessierte Leser umfassend und aktuell über den Bereich der Soziokultur informieren. Die Zeitschrift ist ein wichtiges Medium des innerverbandlichen Austauschs und der Außendarstellung der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren.

Andrea Wenger ist Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates

soziokultur
Prinzipien – Praxis – Perspektiven

Herausgeber
Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V.

Chefredaktion
Ellen Ahbe

Erscheinen
vier Ausgaben im Jahr

Auflage
1.700

Inhaltliche Ausrichtung
Aktuelle Fragen zur Theorie und Praxis soziokultureller Arbeit

Themenschwerpunkte 2012
1/12 Literatur in der Soziokultur
2/12 Literatur in der Soziokultur
3/12 Kultur gegen Rechts
4/12 Visionen zu Leben und Arbeit

Erklärung zivilgesellschaftlicher Organisationen

Morde aufklären, Opfer unterstützen, Rassismus bekämpfen

Die Mordserie und die Anschläge der rechtsextremen Terrorgruppe haben uns erschüttert. Unfassbar ist, dass die untergetauchte Gruppe mit Unterstützung eines breiten Netzwerks mehr als ein Jahrzehnt unbehelligt Gewalttaten begehen konnte. Und dies trotz Beobachtung der Neonazi-Szene durch Verfassungsschutz und andere staatliche Organe.

Die Morde der »Zwickauer Terrorgruppe« sind keine singulären Ereignisse. Nach Recherchen des Tagesspiegels wurden seit 1990 in Deutschland mindestens 148 Menschen Opfer rechter Gewalt. Viele der Taten tauchen in den offiziellen Statistiken nicht auf.

Eine umfassende strafrechtliche Aufklärung aller rassistischen Morde und Anschläge ist erforderlich. Es müssen auch die Personen in den Blick genommen werden, die eine Aufdeckung behindert haben. Aufgeklärt werden müssen die mittel- und unmittelbaren Verbindungen zu staatlichen Organen sowie die Verantwortung für die Ermittlungspannen. Daneben ist eine politische Aufarbeitung der Vorgänge und Strukturen notwendig, die zum Versagen staatlicher Organe beim Schutz vor rechtsextremen Gewalttaten geführt haben.

Wir trauern um die Opfer rechtsextremer und rassistischer Mord- und Gewalttaten. Wir fühlen mit den Angehörigen und Freunden. Jahrelang haben die Ermittlungsbehörden rassistische Mordmotive ausgeschlossen. Die einseitigen Ermittlungen in Richtung »Ausländerkriminalität« haben gedanklich die Opfer zu Mittätern gemacht und die Familien der Opfer auf unerträgliche Weise zusätzlich belastet. Unübersehbar liegt dieser nun eingestandene (Ermittlungs-)Fehler in latent rassistischen Strukturen der Ermittlungsbehörden.

Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt und ihre Angehörigen bleiben häufig mit den psychischen und finanziellen Folgen allein. Teilweise sind sie gezwungen ihre Beschäftigung, ihren Lebensmittelpunkt und ihre Freunde aufzugeben. Solidarität mit den Opfern und Angehörigen erfordert daher individuelle Unterstützung sowie den Auf- bzw. Ausbau von Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt und eine Ausweitung der Programme zur Opferentschädigung.

Die Auseinandersetzung mit den Morden und Anschlägen und deren Aufklärung darf nicht reduziert werden auf die Bekämpfung von Gewalttaten und Naziterror durch repressive Maßnahmen oder eine stärkere Beobachtung der Neonazi-Szene. Auch die dahinter stehenden neonazistischen und rechtsextremen Grundüberzeugungen müssen bekämpft werden. Seit Jahren verbreitet die NPD ihre rassistische und teils auch nationalsozialistische Ideologie. Nicht zu akzeptieren ist, dass rassistische Propaganda auch noch von denjenigen bezahlt werden muss, die Ziel der Angriffe sind. Rechtsextreme Gruppierungen dürfen nicht länger unter dem Deckmantel einer zugelassenen Partei Aufmärsche, Demonstrationen und Veranstaltungen durchführen können. Wegen der menschenverachtenden, demokratiefeindlichen, antidemokratischen und antisemitischen Ideologie ist ein Verbot der NPD zu prüfen. Ein neues Verbotsverfahren muss aber gründlich und auf Basis der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vorbereitet werden.

Erforderlich ist eine gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit rassistischen und rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung. Die Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft und für Partizipation sind vielfältig: Sie reichen von individueller und struktureller Diskriminierung in Bildung, Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche bis hin zu Verdächtigungen und Vorverurteilungen.

Rechtsextreme Gruppierungen greifen in ihrer Propaganda und ihren Aktivitäten gesellschaftliche Missstände auf und deuten diese im Sinne ihrer Ideologie um. Demokratische Organisationen und Parteien müssen sich aktiv gegen Versuche der Rechtsextremen wehren, Einfluss auf lokale Politik und soziale Arbeit zu nehmen. Rechtsextreme lassen sich in Heim- und Kindergartenbeiräte wählen. Sie bieten Liederabende in Pflegeeinrichtungen an. Hier müssen die demokratischen Verbände Widerstand leisten. Demokratiefreie Zonen darf es nicht geben.

Wer Rassismus und Rechtsextremismus nachhaltig bekämpfen will, darf in seinen Aktivitäten und Maßnahmen nicht an den sichtbaren Ereignissen stehen bleiben. In den Blick gerückt werden müssen rassistische und rechtsextreme Ideologien. Eine nachhaltige Überwindung von Rassismus und Rechtsextremismus erfordert eine Mainstreaming-Strategie, die in allen gesellschaftlichen und politischen Handlungsfeldern verankert werden muss. Einbezogen werden müssen dabei auch die Empfehlungen internationaler Organe zum Menschenrechtsschutz.

Wir fordern, dass die politischen Parteien und staatlichen Einrichtungen einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus und rassistischen Diskriminierungen gemeinsam mit demokratischen Organisationen entwickeln.

Dabei einbezogen werden muss auch die Politik gegenüber Zugewanderten, die diese immer noch von grundlegenden Partizipationsrechten ausschließt. Gefordert sind:

- eine stärkere Förderung des Opferschutzes und der Opferberatung,
- eine Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen, die sich die Analyse rechtsextremer Organisationen und Gruppen zum Ziel gesetzt haben,
- die Einrichtung und Förderung einer unabhängigen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Rechtsextremismus,
- eine Weiterentwicklung und Ausweitung der Menschenrechtsbildung, als Baustein antirassistischer Bildungsarbeit, und
- die Entwicklung von Instrumenten zur Förderung demokratischer Strukturen der Zivilgesellschaft.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Rassismus und Rechtsextremismus geächtet werden. Deshalb rufen wir alle Organisationen, Parteien und Gruppen, aber auch jede/n Einzelne/n auf, sich gegen Rassismus und Ausgrenzung zu wenden und sich für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft einzusetzen.

Berlin, den 30. Januar 2012

- Prof. Dr. Max Fuchs, Präsident des Deutschen Kulturrates
- Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland
- Prof. Martin Maria Krüger, Präsident des Deutschen Musikrates
- Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)
- und andere …

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Entwurf des EU-Rahmenprogramms »Kreatives Europa«

Berlin, den 23. Januar 2012. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt, dass die EU-Kommission mit dem Vorschlag des neuen EU-Rahmenprogramms »Kreatives Europa« (Laufzeit 2014–2020) sehr frühzeitig einen Programmentwurf vorgelegt hat, damit direkt nach Ablauf des bestehenden Kulturförderprogramms Kultur 2007 (Laufzeit 2007–2013) ein Anschlussprogramm greifen kann. Da das bestehende Förderprogramm noch bis zum Ende des Jahres 2013 läuft und die Beratungen zum Haushaltsvolumen in der Periode 2014–2020 noch nicht abgeschlossen sind, ist für den Deutschen Kulturrat aber unverständlich, warum von Seiten der Europäischen Kommission die Beratungen dieses Programmentwurfs »Kreatives Europa« so stark forciert werden. Der Deutsche Kulturrat begreift seine Stellungnahme daher als erste Positionierung zum vorliegenden Programmentwurf und behält sich weitere Stellungnahmen, in denen präziser auf Einzelaspekte eingegangen wird, vor.

Der Deutsche Kulturrat betont mit dieser Stellungnahme die herausragende Bedeutung des europäischen Integrationsprozesses für Frieden und Wohlstand in Europa. Dieser Integrationsprozess fand zuerst sukzessive unter den westeuropäischen Ländern statt. Seit dem Ende des Kalten Krieges und mit dem Beitritt von neuen Mitgliedstaaten zu Beginn dieses Jahrhunderts umfasst der Integrationsprozess einen großen Teil des europäischen Kontinents. Europa ist dabei mehr als ein großer Binnenmarkt. Europa ist ein kultureller Raum.

Gerade Kultur kann einen wesentlichen Beitrag zur weiteren Herausbildung einer europäischen Identität leisten. Kultur und Kulturpolitik sind eben kein Zusatz zur Wirtschaftspolitik bzw. zur wirtschaftlichen Integration. Die europäische Kultur in ihrer ganzen Vielfalt und landes- bzw. regionenspezifischen Ausprägung ist ein Spezifikum eines gemeinsamen Europas. Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise, in der der europäische Einigungsprozess oftmals zur Diskussion gestellt wird, ist es aus Sicht des Deutschen Kulturrates umso bedeutsamer, auf die große Bedeutung des europäischen Integrationsprozesses für ein friedliches Zusammenleben hinzuweisen. Das Gelingen dieses Integrationsprozesses ist auch eine kulturelle Leistung, die immerwährender Anstrengungen bedarf.

Konzentration auf Kultur- und Kreativwirtschaft greift zu kurz

Der Deutsche Kulturrat sieht die Kultur- und Kreativwirtschaft als eine herausragende Branche in einer stärker wissensbasierten Wirtschaft. Hier gilt es, in besonderer Weise für den Schutz des geistigen Eigentums einzutreten, um wirtschaftliche Erträge aus geistigen Schöpfungen generieren zu können. Ebenso ist es aus Sicht des Deutschen Kulturrates unstreitig, dass auch Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft an europäischen Förderprogrammen partizipieren können müssen. Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass Games, also Video- und Computerspiele, in die europäische Kulturwirtschaftsförderung einbezogen werden sollen. Die mit dem vorgelegten Programmentwurf »Kreatives Europa« fast ausschließliche Konzentration auf die Kultur- und Kreativwirtschaft hält der Deutsche Kulturrat aber für den falschen Weg eines EU-Kulturprogramms. Es wird damit einer rein ökonomischen Betrachtung des europäischen Integrationsprozesses Vorschub geleistet. Weder wird im Programmentwurf die Herausbildung einer europäischen Identität noch die Notwendigkeit des interkulturellen Dialogs noch werden die Chancen der kulturellen Bildung oder die Notwendigkeit eines leichteren Zugangs zu Kultur in den Blick genommen. Hier soll ein ursprüngliches Kulturprogramm zu einem Kreativwirtschaftsprogramm transformiert werden. Wesentliche Stärken und vielfältige Möglichkeiten der europäischen Integration durch Kultur würden dabei verlorengehen. Ebenso wird vollständig außer Acht gelassen, dass Kulturgüter einen Doppelcharakter haben. Sie sind Wirtschaftsgüter, haben aber auch einen Eigenwert. Genauso gilt es, den Eigenwert der Kultur insgesamt zu achten und zu stärken. Speziell Kultur lässt sich nicht allein an Umsatzzahlen oder erreichten Besuchern messen. Kulturelle und künstlerische Entwicklungen bedürfen auch ökonomischer Freiräume.

Mit »Kreatives Europa« vollzieht die EU-Kommission einen Paradigmenwechsel von der Schaffung eines europäischen Kulturraums, wie es mit dem bisherigen EU-Programm Kultur 2007 beabsichtigt ist, zu einem Wirtschaftsprogramm. Die Potenziale, die in einem europäischen Kulturraum und einer europäischen Identität stecken, werden dabei vollkommen unterschätzt und gleichzeitig die ökonomische Wirkung überschätzt. Ebenso wird verkannt, dass Europa nicht allein durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern vor allem durch eine aktiv geförderte europäische Bürgerschaft und ein vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement gestärkt werden muss.

Überdies ist zu kritisieren, dass der Programmentwurf in weiten Teilen im Ungefähren bleibt und eine Präzisierung vermissen lässt.

Kultur- und Medienwirtschaft nicht vermischen

Unter dem Begriff Kultur- und Kreativwirtschaft werden verschiedene Teilbranchen zusammengefasst. Auch wenn der Deutsche Kulturrat die angestrebte Vereinfachung der Programmverwaltung begrüßt, so hält er die Zusammenführung der bisherigen Programme Kultur, Media und Media Mundus in einem Programm für wenig zielführend. Insbesondere das Programm Media, das fast schon den Charakter einer Marke hat, und mit dessen Hilfe weitere Fördermittel generiert werden können, soll zugunsten eines neuen Programms »Kreatives Europa« aufgegeben werden, das sich erst noch am Markt durchsetzen muss. Hier werden mehr Gefahren als Chancen gesehen.

Neues Finanzierungsinstrument

Mit dem Programm »Kreatives Europa« soll ein neues Finanzierungsinstrument für kulturwirtschaftliche Unternehmen geschaffen werden, die Probleme haben, Kredite auf dem freien Markt zu erhalten. Dieses neue Finanzierungsinstrument wird, unter dem Vorbehalt einer genaueren Konkretisierung durch die EU-Kommission, eher kritisch gesehen. Weder geht aus dem Programmentwurf hervor, um was für ein Instrument es sich handeln soll (Darlehen, Bürgschaft oder Ähnliches) noch, wie es administriert werden soll. Mit Blick auf die vielfach kleinteilige Kultur- und Kreativwirtschaft scheint aus Sicht des Deutschen Kulturrates ein europäisches Finanzierungsinstrument nicht die erste Wahl zu sein.

Netzwerke stärken

Unverständlich ist aus Sicht des Deutschen Kulturrates die geplante Streichung der Betriebskostenzuschüsse für europäische Netzwerke. Die Netzwerkförderung soll auf eine Projektförderung umgestellt werden, deren Ausgestaltung noch offen ist.

Europäische Netzwerke haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenwachsen Europas leisten. Hier begegnen sich Menschen der verschiedenen künstlerischen und kulturellen Bereiche, hier findet ein wichtiger europäischer Austausch statt, hier wird Europa gelebt. Im Dialog mit der Europäischen Kommission und anderen europäischen Institutionen leisten die Netzwerke einen wichtigen Beitrag zur Politikberatung. Die Mehrzahl dieser Netzwerke verfügt über keine ausreichenden finanziellen Ressourcen, um ihre Arbeit leisten zu können. Mit der Beendigung der Förderung von Betriebskostenzuschüssen würde die bisher gezielt von europäischer Seite geleistete Aufbauarbeit nunmehr akut gefährdet und viele zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Funktionsfähigkeit bedroht. Ein europäisches Rahmenprogramm zur Kulturförderung kann und sollte die »Vielfalt in der Einheit« bewahren und unterstützen und nicht unter wirtschaftlichen Aspekten die »Einheit in der Vielfalt« organisieren.

Eigenständige Kulturpolitik

Kultur wird in den europäischen Verträgen eine besondere Rolle zugewiesen. Kultur und Bildung gehören zu den Politikbereichen, in denen das Subsidiaritätsprinzip eine herausragende Rolle spielt. Kulturpolitik ist daher auf europäischer Ebene kein Politikfeld wie jedes andere auch.

Gleichwohl muss mit Blick auf die Herausforderung des europäischen Integrationsprozesses eine eigenständige europäische Kulturpolitik entwickelt werden, die die Kulturpolitik der Mitgliedstaaten ergänzt und selbständige Akzente setzt. Eine solche Kulturpolitik muss sich nicht hinter einer Kultur- und Kreativwirtschaftspolitik verstecken und darf sich nicht auf diesen Aspekt reduzieren, sondern sollte vielmehr gezielt den Eigenwert der Kultur in den Blick nehmen.

Politik & Kultur ist für mich …

… wundervoll: So viele Stimmen zur Kulturpolitik auf einmal und jedesmal Erstaunen über die Leistungsfähigkeit der kleinen Redaktion.

Prof. Dr. Oliver Scheytt, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft

… eine der größten Überraschungen im deutschen Medienmarkt (aber vielleicht hätte man's den Herausgebern zutrauen sollen!)

Pro. Dr. Andreas Joh. Wiesand, ERICarts

… ein Hinweis auf das, womit ich mich jeweils aktuell befassen sollte – und enorm anregend.

Prof. Dr. Hans Fleisch, Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen

… immer wieder wie ein Helikopterrundflug über die vielfältige Kulturlandschaft in Deutschland und geschätzter kollegialer Austausch!

Christine M. Merkel, Leiterin Fachbereich Kultur der Deutschen UNESCO-Kommission

… eine sehr lesenswerte kulturpolitische Zeitung, die umfassend, aktuell und über den Tellerrand hinaus in jeder Hinsicht einen hervorragenden Überblick über das Kulturschaffen in Deutschland gibt.

Oberkirchenrat Dr. h. c. Volker Faigle, Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland für den Sudan

… eine wichtige Informationsquelle.

Prof. Klaus Staeck, Präsident der Akademie der Künste

… kluge, heitere und nachdenkliche Quelle kulturpolitischer Inspirationen. Klasse, dass es diese bemerkenswerte Wortmeldung in deutschen Landen gibt.

Dr. Stephan Schaede, Direktor der Evangelischen Akademie Loccum

… ein ständig aktualisiertes Kompendium, das mich über alle wesentlichen Diskussionen, Trends, Neuigkeiten, Hintergründe, Argumente und Positionen im interessanten Spannungsfeld von Kunst, Kultur und Politik informiert hält.

Martin Lorber, PR Director und Jugendschutzbeauftragter von Electronic Arts

… die gelungene Verbindung von einem breiten Spektrum und fundierter Tiefe der relevanten kulturpolitischen Themen.

Dr. Tilo Gerlach, Geschäftsführer Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten Mbh

… ein wichtiges und inspirierendes Medium zur Stärkung von Kunst und Kultur.

Agnes Krumwiede, MdB, Sprecherin für Kulturpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

… ein wichtiges Informationsmedium, das Themen, Stimmen und Stimmungen aus Kultur und Politik bündelt.

Henning Krause, Berufsverband der Deutschen Kommunikationsdesigner

… die Garantie, auf dem aktuellen Stand der Debatte im Kulturbereich zu sein.

Monika Griefahn, Co-Chair, Right Livelihood Award Foundation

… ein steter Quell der Freude, des Ärgers und der Inspiration, ob ihres Umfangs aber auch eine Herausforderung an meine Leseleidenschaft. Die Leidenschaft siegt? Meistens.

Undine Kurth, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

… Ideengeber, Trendsetter und manchmal zu viel Text.

Wolfgang Börnsen (Bönstrup) MdB, Kultur- und Medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

… das wichtigste deutsche Organ für Kulturpolitik und ein hervorragendes Beispiel für gelebte politische Kultur.

Dr. Georg Ruppelt, Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek und Leiter der Akademie für Leseförderung der Stiftung Lesen

… ein Ort, an dem alle schmutzigen Gedanken und Phantasien beim Umgang mit Kultur zivile und deutliche Antworten bekommen.

Armin Conrad, Redaktionsleiter von Kulturzeit 3sat

… ein Organ des vorbeugenden Nachdenkens, denn vor der Frage, was wir tun müssen, muss die Frage stehen, wie wir denken müssen.

Ronald Grätz, Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen

… ein unabhängiges Heft, vom Informationsgehalt ein Gewinn, gute Aufmacher in der Aktualität, vom Layout noch entwicklungsbedürftig.

Prof. Dr. h. c. Klaus-Dieter Lehmann, Präsident des Goethe-Instituts

… eine – im Sinne der Urheber – durchweg parteiische Zeitung!

Lorenz Mueller-Morenius, ver.di Fachgruppe Bildende Kunst

… in den letzten Jahren eine immer lesenswertere Zeitung geworden. Die Bandbreite der Themen ist erstaunlich und die Vielfalt der Perspektiven bereichert jeden, der sich für Kultur engagiert.

Ulrich Timmermann, Vertreter der ARD beim Deutschen Kulturrat

… das zentrale deutschsprachige Informationsorgan über kulturpolitische Diskurse in Europa.

Prof. Karl Karst, Programmchef WDR 3, Vorstand Initiative Hören

… Lesepflicht für das kulturpolitische Update mit optimierbarem Lustfaktor.

Birgit Maria Sturm, Bundesverband Deutscher Galerien und Kunsthändler

... Grundnahrungsmittel.

Dr. Willi Steul, Intendant Deutschlandradio

... eine glänzende Möglichkeit, mich über das, was die Kultur in Deutschland bewegt, zu informieren und die verschiedenen Seiten kontroverser Diskussionen zu erfahren, allerdings ... braucht man für die Lektüre viel Zeit.

Barbara Gessler, Education, Audiovisual and Culture Executive Agency

... wertvolles Korrektiv und inspirierender Impulsgeber zu kulturpolitischen Fragestellungen.

Prof. Dr. Martin Maria Krüger, Präsident des Deutschen Musikrates

... das Spiegelbild unserer vielfältigen Kulturlandschaft.

Reiner Deutschmann, MdB, Kulturpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

... eine möglicherweise geglückte Symbiose, die der Mensch als Seele-Geist-Leib-Wesen braucht.

Dr. Friedhelm Hofmann, Bischof von Würzburg

... Spiegel und Motor der Kulturpolitik.

Dr. Rainer Fuchs, Referatsleiter des Bundesministerium für Arbeit und Soziales

... 1. eine erstklassige Informationsquelle zur Kulturpolitik, 2. ein immer wieder erstaunlicher Beweis dafür, wie viel man mit wenigen engagierten Menschen auf die Beine stellen kann!

Dr. Rupert Graf Strachwitz, Direktor des Maecenata Instituts

... ein Kompendium kulturpolitischer Ideen und Strategien.

Prof. Ernst Elitz, ehemaliger Intendant Deutschlandradio

... seit nunmehr 10 Jahren elementarer Bestandteil der deutschen Politik- und Kulturlandschaft. Hierzu gratuliere ich herzlich! Ich freue mich auf die nächsten 10 Jahre – im neuen Gewand und mit Fokus auf und Offenheit für den spannenden Bereich der digitalen Kultur!

Dr. Konstantin von Notz, MdB, Innen- und Netzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

... eine notwendige Lektüre, denn für Kulturpolitiker führt am Deutschen Kulturrat kein Weg vorbei.

Wolfgang Thierse, MdB, SPD, Vizepräsident des Deutschen Bundestages

... unbedingter Bestandteil der Information und Meinungsbildung zur Kultur.

Prof. Udo Dahmen, Künstlerischer Direktor und Geschäftsführer der Pop-Akademie Baden-Württemberg und Vizepräsident des Deutschen Musikrates

... stets auf der Höhe der Zeit mit einem guten Gespür für zukünftige Entwicklungen.

Angelika Krüger-Leißner, MdB, Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages, SPD

... ein großes Poesie-Album von Olaf Zimmermann, das ich gerne lese.

Dr. Stephan Frucht, Geschäftsführer des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft im BDI

... eine wichtige Grundlage für strategische Orientierung meiner Lobbyaktivitäten.

Barbara Lison, Direktorin der Stadtbibliothek Bremen

... prägnante Information zu aktuellen Themen, dabei aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet. Politik & Kultur ist Kulturpolitik pur!

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hermann Parzinger, Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

... ist für mich nicht nur eine Quelle für Informationen unterschiedlicher Genese, sondern vor allem interessant wegen der Vielfalt völlig unterschiedlicher, bisweilen sogar divergierender Positionen.

Werner Schaub, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler

... eine notwendige publizistische Bandbreitenerweiterung, um Kulturpolitik profund nachvollziehbar und evaluierbar zu machen.

Jörg Evers, Vorsitzender des Aufsichtsrats der GEMA und Präsident des Deutschen Komponistenverbandes

... unverzichtbar! Für meine Arbeit brauche ich die Impulse und Denkanstöße!

Ute Kumpf, MdB, Sprecherin der AG Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Bundestagsfraktion

... eine wichtige Informationsquelle gerade an der Schnittstelle von Politik und Kultur.

Ernst Burgbacher, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär, Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände

... eine verlässliche Informationsquelle, die ich zurate ziehe, wenn es um die aktuelle Kulturpolitik in der Bundesrepublik geht.

Dr. Stefan Haupt, Haupt Rechtsanwälte

... beste Information über Kultur in allen Schattierungen.

Prof. Dr. Ferdinand Melichar, Rechtsanwalt und Honorarprofessor für Urheber- und Vergaberecht an der Ludwig-Maximilians-Universität München

... die Möglichkeit, auch in der Elternzeit die wichtigsten kulturpolitischen Ereignisse und Entscheidungen mitzubekommen, und mich darauf verlassen zu können, dass die Berichte fachlich richtig und unabhängig eingeordnet sind.

Anna Wiebe, Geschäftsführerin Deutsche Chorjugend (in Elternzeit)

... eine wichtige und notwendige Plattform für den kulturpolitischen Diskurs.

Gerald Mertens, Geschäftsführer der Deutschen Orchestervereinigung

... Pflichtlektüre und anregende Auseinandersetzung mit Grundsatzfragen kultureller Arbeit – auch über den Tellerrand des eigenen Teilbereichs hinaus.

Jörg Löwer, Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger

Kurz-Schluss

Wie einmal aus dem »Fluch der Karibik« ein schrecklicher »Fluch der Ägäis« wurde

THEO GEIßLER

Als frischgebackener Kultursicherheits-Assistent bei der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt habe ich in meinem Besenkammer-Büro viel Zeit, über die wahren Hintergründe der Euro-Krise nachzudenken. Weil aber Denken bekanntlich nicht meine Stärke ist, stürze ich mich auf gründliche Internet-Recherche, wobei mir diverse BND-Trojaner und Passwort-Cracker aus guten alten Innenministeriums-Zeiten recht behilflich sind. Wie gesagt bin ich dazu verdonnert, in Feldern zu forschen, die Bankern normalerweise am Gesäß vorbeizischen. Dabei stieß ich im Kontext einer routinemäßigen ACTA-Durchleuchtung auf einige sehr beunruhigende Phänomene.

Hintergrund dieser Gesetzesinitiative ist ja in erster Linie der Schutz vor Produktpiraterie vor allem im industriellen Bereich – verbunden mit einer findigen Schnüffel-Software, die räuberische Netzies juristisch verfolgbar macht. Ein Segen vor allem auch für die Kulturindustrie, besonders die Filmwirtschaft, die bekanntlich wegen illegaler Download-Plattformen ganz elend darbt. Anhand einiger Schlagwörter landete ich auf den Trailer-Seiten großer und etwas kleinerer Companies. Und fand dort erschreckende Blockbuster-Beispiele für grundgesetzwidrige Bewusstseins-Manipulation mit erheblichem terroristischem Potenzial. Streifen wie »Robin Hood«, »Gegen alle Flaggen«, »Freibeuter der Meere« oder – jüngst die vier Folgen von »Fluch der Karibik« mit Johnny Depp – transportieren ideologisch eine Enteignungsmentalität, die an den Grundfesten unserer sozialen Marktwirtschaft rüttelt.

Demontiert die Kulturindustrie ihr eigenes Geschäftsfeld? Ist sie mittlerweile fest in chinesischer Hand? Gar in iranischer, oder in den Fängen unbelehrbarer altlinker Möchtegern-Intellektueller, die sich nach Vorwende-DEFA-Zeiten zurücksehnen? Gespenstisch. Am Rande fand ich selbst in unserer ansonsten doch stockbraven »ZEIT« auch noch einen fetten Vierspalter, in dem ein 40-jähriger überzeugter Raubkopierer als heldenhafter Kämpfer wider die »Content-Mafia« aufgeplustert wurde. Bestürzend. Doch damit nicht genug.

Dank eines bangen Geistesblitzes begann ich, die Programme griechischer Fernsehsender und Lichtspielhäuser zu durchforsten. Mein Verdacht bestätigte sich aufs Grausigste: Abgesehen von einem hellenischen Serien-Derivat von »Goodbye Deutschland – Die Auswanderer« seit einem halben Jahr nur »Fluch der Karibik 1 bis 4« – und überraschend viele Somalia-Dokus mit eindeutig piratenfreundlicher Tendenz. Flugs brach ich in den Pentagon-Zentralrechner ein und besorgte mir aktuelle Satellitenfotos griechischer Häfen. Ein Abgrund tat sich auf: Einst schmucke, weiße Milliardärs-Yachten jetzt umgespritzt in Tarnfarben. Versehen mit seltsamen Aufbauten, eindeutig Raketenwerfer und Radarkuppeln. Scheints harmlose Kaikis, aus deren Bug plötzlich bedrohliche Torpedorohre ragen. Tanker, deren Deck von allen sonstigen Aufbauten befreit als Flugzeugträger dienen. Und eine verdächtige Konzentration (natürlich unbezahlter) brandneuer U-Boote aus der Kieler Howaldts-Werft vor der Küste von Lesbos.

Hochalarm! Sofort entwickle ich ein Krisen-Szenario. Als Rache für die Euro-Repressionen verwandelt sich das hoch nautik-affine griechische Volk in eine Armee von Freibeutern, die alle Mittelmeerküsten unsicher machen, den Suez-Kanal blockieren und mit ihrer fetten Beute flugs alle Schulden tilgen. Auch ein – natürlich kulturhaltiges – Rettungskonzept liefere ich mit: In das Repressions-Paket der EU zwecks Bewältigung der Griechenland-Krise wird die Verpflichtung gepackt, ein halbes Jahr über alle Kanäle und Leinwände nur noch »Alexis Sorbas« flimmern zu lassen, damit sich der gemeine Hellene auf alte Tugenden zurückbesinnt: Das Tanzen und Lachen im Angesicht des höchstpersönlichen wirtschaftlichen Zusammenbruchs.

Prompt platziere ich diese Infos mithilfe meines Schäuble-Wurms auf allen Rechnern der EZB. Die vernichtende Antwort folgte binnen Minuten: Ob ich denn nicht wisse, dass der Pentagon-Zentralrechner aufgrund der klammen amerikanischen Finanzlage längst an die Universal-Studios vermietet sei. Ich wäre unberechtigt in den streng geheimen Plot des jüngsten Spielberg-Thrillers eingedrungen. Schadenersatzforderungen in Milliardenhöhe hätte ich persönlich zu begleichen. Mein Arbeitsplatz sei ohne Mitnahme jedweder Unterlagen binnen drei Minuten zu räumen. Ich will aufstehen, gehorchen, da fliegt schon die Tür auf. Weil mein Zimmer so klein ist, streift mich der Rammbock des Sondereinsatz-Kommandos am Kopf. Plötzlich ist alles so dunkel …

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

KARIKATUR: DIEKO MÜLLER

KURZNACHRICHTEN

Fuchs vertrat Kulturrat beim 5. Integrationsgipfel in Berlin
Der 5. Integrationsgipfel am 31. Januar 2012 fand, wie bereits die Treffen zuvor, unter Beteiligung des Deutschen Kulturrates statt. Auf dem Gipfel wurde der Nationale Aktionsplan Integration vorgestellt, der erstmals verbindliche Ziele für eine gelingende Integration formuliert. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder warb für eine Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements bei Migrantinnen und Migranten. Eine Bewertung des Gipfels von Max Fuchs finden Sie im online unter *www.kulturstimmen.de*.

Treffen mit der »Internet-Enquete«
Der Deutsche Kulturrat traf die Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« am 6. Februar 2012. Während eines sehr konstruktiven Gesprächs wurden auch strittige Punkte wie Urheberrecht und Digitalisierung angesprochen. Weitere regelmäßige Treffen sind geplant. Neben vielen interessanten und zum Teil strittigen Themen, die angesprochen wurden, war besonders erfreulich, dass die »Internet-Enquete« den Aktionstag 2012 »Wert der Kreativität« ideell unterstützen möchte.

Fuchs als Experte im Bayerischen Landtag
Der Präsident des Deutschen Kulturrates, Max Fuchs, wurde vor dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur im Bayerischen Landtag gehört. Das Thema der Anhörung am 30. November 2011 lautete »Leitlinien bayerischer Kulturpolitik«. Inhaltliche Schwerpunkte waren Planung, Transparenz, Berechenbarkeit, Legitimation und Verantwortung von Kulturpolitik, Demokratisierung, Regionalisierung und Bedeutung der Hauptstadtfunktion sowie eine nachhaltige, verlässliche Kulturfinanzierung.

Zimmermann zum Sprecher des Bündnisses für Gemeinnützigkeit gewählt
Auf der diesjährigen Klausurtagung des Bündnisses für Gemeinnützigkeit Mitte Januar wurden Dr. Karin Fehres (Deutscher Olympischer Sportbund), Prof. Dr. Hans Fleisch (Bundesverband Deutscher Stiftungen) und Olaf Zimmermann (Deutscher Kulturrat) zu den Sprechern des Bündnisses gewählt. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit ist ein Zusammenschluss von großen Dachverbänden und unabhängigen Organisationen des Dritten Sektors sowie von Experten und Wissenschaftlern.

Gemeinsame Erklärung
Angesichts des erfolgreichen Treffens in Ankara am 21. November 2011 zwischen Vertretern von Bibliothek & Information Deutschland, ihrer Kommission Bibliothek & Information International und den Bereichen Information & Bibliothek der Goethe-Institute Ankara und Istanbul mit dem Generaldirektor für Türkische Öffentliche Bibliotheken und dem Türkischen Bibliothekarverband verständigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darauf, ein neues Kapitel in den bibliothekarischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei aufzuschlagen. Für die folgenden drei Jahre sollen in dieser Partnerschaft, erweitert durch Vertreter des wissenschaftlichen Bibliotheks- und Informationssystems der Türkei, regelmäßig Aktivitäten zwischen den bibliothekarischen und informationswissenschaftlichen Einrichtungen beider Länder stattfinden.

Bewerbung zum 8. Politik & Kultur-Journalistenpreis
Bis zum 23. März 2012 werden noch Bewerbungen für den Politik & Kultur-Journalistenpreis entgegengenommen. Alle Medien, sowohl Print- als auch Hörfunk-, Fernseh- und Internetbeiträge in deutscher Sprache sind zugelassen. Eigenbewerbungen sind möglich. Das Erscheinungsdatum beziehungsweise der Sendetermin muss zwischen dem 01. Januar 2011 und dem 31. Dezember 2011 liegen. Der undotierte Preis wird im Sommer 2012 in Berlin verliehen. Durch den Preis werden Beiträge ausgezeichnet, die kulturpolitische Themen allgemeinverständlich vermitteln. Weitere Informationen finden Sie online unter: *www.kulturrat.de*.

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Telefon: 030 . 24 72 80 14
Fax: 030 . 24 72 12 45
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Stefanie Ernst (Chefin vom Dienst), Andrea Wenger, Barbara Haack, Andreas Kolb

REDAKTIONSASSISTENZ
Theresa Brüheim, Tatjana Gridnev, Carolin Ries

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner
Telefon: 0941 . 945 93 35
Fax: 0941 . 945 93 50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Ilja Wanka

Politik & Kultur erscheint 6 mal im Jahr.

ABONNEMENT
18 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Telefon: 030 . 24 72 80 14
Fax: 030 . 24 72 12 45
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates (2–3 mal pro Woche) unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates wieder.

HINWEISE
Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen. Sollte in Beiträgen auf das generische Femininum verzichtet worden sein, geschah dies aus Gründen der besseren Lesbarkeit. Selbstverständlich sind immer weibliche als auch männliche Gruppenangehörige einbezogen.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.